

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Halbjährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
beträgt für die sechsstelligen Adressen
zwei oder deren Raum 40 Pf., für
Werbes- und Bekanntmachungs-Anzeigen,

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Samstag, den 12. September 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Aus dem Reich der Minister Thielens.

Die ungewöhnlich große Anzahl schwerer Betriebsunfälle,
die sich auf den Staats-Eisenbahnen im Laufe des Sommers
ereignet haben, hat mit recht in hohem Maße die öffentliche
Aufmerksamkeit erregt.

Selbst die Berliner Korrespondenz, wahrscheinlich inspiriert
vom Reichs-Eisenbahnminister, hat zugegeben, daß die übertriebene
Sparfamkeit des preussischen Eisenbahn- und des Finanz-
Ministeriums Schuld an diesen bösen Zuständen tragen.

Verbesserungen der Bahnanlagen anzuregen und vor-
zuschlagen, ist in erster Linie Sache der Techniker und Fach-
leute. Wir haben vor kurzem in einem Leitartikel diese Seite
der Frage berührt. Wir möchten heute noch hinzufügen, daß
auch die 'Kölnische Zeitung' zu der Ueberzeugung ge-
langt ist, daß im preussischen Eisenbahn-Betriebe viel-
fach schlechtes Material verwendet wird und daß
die Bahnhöfe, und Gleisverhältnisse im
ganzen rheinisch-westfälischen Industriebezirk durchgängig
unzureichend und theilweise geradezu trostlos
sind.

Wir haben von jeher der anderen Seite der Frage, der
Lage der Eisenbahn-Angestellten, unsere
besondere Aufmerksamkeit zugewendet, und es erscheint im gegen-
wärtigen Augenblick besonders nöthig, von neuem die Offen-
lichkeit auf diese Dinge hinzuwirken. Der letzte der
amtlichen Berichte über die Ergebnisse des
Betriebses der preussischen Staats-Eisen-
bahnen, den Herr Thielens selbst unterzeichnet hat, be-
stätigt wiederum die Thatfache, daß das preussische Eisenbahn-
wesen längst aufgehört hat, in erster Linie ein den Fort-
schritten der Kultur und der Entwicklung von Handel,
Industrie und Landwirtschaft dienendes Institut zu sein, daß
es vielmehr darauf eingerichtet ist, möglichst hohe Ueber-
schüsse zu erzielen, die entweder einzelnen bevorzugten
Klassen zu gute kommen oder aber zu kulturfeindlichen Zwecken
verwendet werden. Unter diesen rein fiskalischen Zwecken der
Eisenbahnbehörde hat nicht nur die moderne Entwicklung im
allgemeinen zu leiden, sondern besonders auch die vielen
Tausende von Eisenbahnarbeitern, die vom Staate in derselben
Weise ausgebeutet werden, wie in Privatinstituten angestellte
Arbeiter von Privatleuten.

In sämtlichen Dienstzweigen der preussischen Eisenbahnen
waren im Jahre 1895/96 96 195 Beamte etatsmäßig,
11 539 außeretatsmäßig angestellt. Die Zahl der Arbeiter
betrug sich in demselben Berichtsjahr auf 179 428, wozu noch
3946 nur vorübergehend beschäftigte Arbeiter hinzukamen. Die
Einnahmen der Eisenbahnen beliefen sich auf 1 039 420 046 M.,
welder Summe an Ausgaben 569 951 357 M. gegenüber-
standen. Der Ueberschuß betrug demnach 469 468 689 M.,
also fast eine halbe Milliarde. Diese Ueberschüsse sind im Laufe
der Jahre dauernd gestiegen.

Man sollte nun annehmen, daß ein Institut, das mit
einem so ungeheuren Gewinne arbeitet, seinen Arbeitern
eine wenigstens einigermaßen auskömmliche Existenz ge-
währleistet. Aber weit gefehlt. Trotz der überaus
langen, anstrengenden und gesundheitschädlichen Arbeitszeit
ist die Befolgung der Unterbeamten und Arbeiter eine überaus
geringe. Die Dauer des täglichen Dienstes des Betriebs-
personals ist ja nach den einzelnen Strecken und Stationen eine
verschiedene. So kommt es, daß z. B. von dem Lokomotiv-
personal, welches 18 844 Beamte umfaßt, nur 3351 bis zu
acht Stunden täglich im Durchschnitt beschäftigt sind, daß da-
gegen 7398 bis zu zwölf Stunden, 5726 zwölf bis vierzehn
und 2369 sogar vierzehn bis sechzehn Stunden hinter einander
thätig sein müssen. Ähnlich liegen die Verhältnisse beim
Zugbegleitungs-Personal, wo nur 4211 eine
planmäßige Dienstdauer bis zu acht Stunden, 9275 hingegen
eine solche von acht bis zehn Stunden, 5895 eine solche
bis zu vierzehn und 4164 eine solche bis zu sech-
zehn Stunden haben. Kein Wunder, daß sich diese
beiden Beamtenkategorien unverhältnismäßig schnell
abnutzen, sodas die meisten von ihnen bereits im Alter
von 46 bis 50 Jahren nach einem Dienstalter von 19,7 Jahren
pensionirt werden müssen. Auch die Arbeitszeit der Weichen-
steller, deren angespannteste Aufmerksamkeit zur Verhütung
von Unglücksfällen so sehr erforderlich ist, beträgt noch
bei 11 234 von 18 867 Angestellten dieser Kategorie 10 bis
12 Stunden, bei 2876 bis zu 14 und bei 480 sogar bis zu
16 Stunden. Ähnlichen Verhältnissen begegnen wir bei den
Bahnhofs- und Stationsbeamten und den
Bahnhofs-Arbeitern, während die Arbeit des
Bureaupersonals eine weit kürzere ist. Von letzterem sind noch
etwa 6 pCt. länger als 8 Stunden täglich im Dienst.

Auch mit der Gewährung von Ruhetagen sieht es
sehr schlimm aus. Von einer völligen Dienstbefreiung an
Sonn- und Festtagen kann gewiß keine Rede sein, wenn nicht

der ganze Verkehr leiden soll. Wohl aber könnte die Ver-
waltung jedem Angestellten mindestens einen
vollen Ruhetag in der Woche gewähren.
Das trifft jedoch fast bei keiner Beamtenkategorie zu;
von insgesammt 173 705 Beamten verfügen 2649 nur
über einen 'halbtägigen Ruhetag', d. h. eine achtzehnstündige
zusammenhängende dienstfreie Zeit im Monat, 25 086 er-
halten monatlich im Durchschnitt einen Ruhetag, 18 940 ein-
einhalb, 47 595 zwei und 79 435 mehr als zwei Ruhetage.
Gelegenheit zur Theilnahme an dem sonn- und festtäglichen
Gottesdienste erhält das Personal, soweit es auch an
den Sonn- und Feiertagen zum Dienste herangezogen
werden muß, bestimmungsmäßig an jedem zweiten, mindestens
aber an jedem dritten Sonntag, und sofern hierfür die auf
die Sonntage fallenden Ruhetage nicht ausreichen, wird die
erforderliche dienstfreie Zeit zum Besuche des Gottesdienstes
gewährt, ohne daß es der Nachsicherung eines besonderen
Urlaubs zu diesem Zwecke bedarf und auch ohne daß eine
Vereinträchtigung der für die Erholung bestimmten Ruhetage
eintritt.

Die Befolgungen sind für die höheren Beamten ver-
hältnismäßig hoch, für die mittleren und Unterbeamten jedoch
nur theilweise auskömmlich. So beziehen z. B. die Lokomotiv-
führer Gehälter von 1200 bis zu 2000 M., aber in anbetracht des
anstrengenden Dienstes, den sie zu leisten haben, und der be-
sonderen Ausgaben, die das Fernsein vom Hausalt mit sich
bringt, wird man diese Gehälter gewiß nicht als genügend
bezeichnen können. Noch weniger trifft das bei den Zugführern
und Schaffnern zu, von denen erstere 1100 bis 1500,
letztere 800 bis 1200 M. beziehen. Auf ganz niedriger Stufe
bewegen sich vollends die Tagesbefolgungen und Löhne der
Hilfsbediensteten und Arbeiter. Der durchschnittlich in einem
Tageverke erzielte Verdienst der Hilfs-Weichensteller betrug
1895/96 nur 2,15 M., der der Hilfs-Bahnwärter, Hilfs-
Krahnwärter und Wegehelfer-Wärterinnen sogar nur
1,61 M. Auch die Hilfsbremser und Hilfs-Wagenwärter
verdienen nur 1,92 Mark im Durchschnitt, also
nicht viel mehr als die Werkstätten-Geherlinge, deren
durchschnittlicher Tageslohn sich auf 1,08 M. belief. Ver-
hältnismäßig am günstigsten waren noch die Werkstätten-
handwerker gestellt, die im Tagelohn 2,99 M., im Stücklohn
3,95 M. verdienten; dagegen bringen es die im Telegraphen-
dienst beschäftigten Frauen, die sich zwar seit Jahren gut be-
währt haben, aber nicht pensionsberechtigt sind, sondern im
Alter auf den Gnadenweg verwiesen werden, nur auf
2,57 M. täglich, ein Lohn, von dem sie kaum etwas zurück-
legen können.

Schon diese wenigen, dem amtlichen Berichte entnommenen
Zahlen dürften einem Eisenbahnminister, der das ernste Be-
streben hat, die Staats-Eisenbahnen zu einem Musterinstitut zu
erheben, genug Fingerzeige geben. Durch eine bessere
Entlohnung und eine kürzere Arbeitszeit der
unteren Beamten und Arbeiter könnte mancher Unfall ver-
hütet, könnte manchem Angestellten sowie zahlreichen Personen
des reisenden Publikums Gesundheit und Leben erhalten
werden. Würden doch trotz aller Vorsichtsmaßregeln im Jahre
1895/96 noch 250 Bahnbeamte und Bahnarbeiter im Dienst
getödtet und 550 mehr oder weniger schwer verletzt!

Aber freilich, eine Befolgungsaufbesserung würde ja die
Ueberschüsse verringern, und ebenso hätte eine verkürzte Arbeits-
zeit die Einstellung neuer Kräfte und erhöhte Ausgaben im
Befolge. Ja, handelte es sich um eine Verabreichung
der Gütertarife im Interesse der nothleidenden Agrarier oder
einiger Großindustrieller, so ließe der Minister schon mit sich
reden, und selbst Herr Miquel würde keinen Einspruch dagegen
erheben. Aber für seine Angestellten in auskömmlicher Weise
zu sorgen, dazu ist der preussische Militarstaat noch nicht
gekommen. Und da die bürgerlichen Parteien im Land-
tage den leitenden Kreisen diese Verpflichtung nicht zum
Verpflichten bringen wollen, so muß der Protest der Offen-
lichkeit, der Unwille des schwer gefährdeten reisenden Publikums
sich kräftig vernehmbar machen, bis endlich Besserung ge-
schaffen wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, 11. September.

Ueber die geplante Revision der Zivil-
Prozess-Ordnung werden offiziell folgende Angaben gemacht:
'Es soll der Grundfah der Mündlichkeit überall strenger durch-
geführt werden, als es bisher der Fall gewesen ist. Sodann wird
eine Beschleunigung des Verfahrens erstrebt, die vorwiegend durch
besseren Vereinfachung erzielt werden dürfte. Auch steht eine
Erweiterung der Zuständigkeit des Einzelrichters in Frage. Ferner
betrifft die Revision Abänderungen in der Eideszusicherung
der Parteien, sodann eine Vereinfachung der Zustellung.
Auch ist eine Abänderung der Bestimmungen über die
Zwangsvollstreckung geplant, und endlich sollen allgemein die Un-
vollständigkeiten beseitigt werden, die sich insolge der bisherigen
Verschiedenheit des materiellen Privatrechts im Deutschen Reich
beim Uebergang der gegenwärtigen Zivil-Prozess-Ordnung als unvermeid-
lich ergeben haben.' - Es ist zu bedauern, daß der umfangreiche
Entwurf noch nicht veröffentlicht ist. Bei Gestaltung der Zivil-
Prozess-Ordnung sind außerordentlich wichtige Materien von sozial-
politisch großer Tragweite zu regeln. Beispielsweise haben wir be-
vor: Die Nothwendigkeit einer erheblichen Erweiterung des Kreis-
der unpfändbaren Gegenstände, Aufhebung des Anwaltszwanges,
Aenderung des Entmündigungsverfahrens. Es ist schlechterdings
unmöglich, diese und andere wichtige Fragen in wenigen Wochen zu
regeln. Da voraussichtlich der Reichstag vor Mitte November nicht

zusammenberufen werden wird, eine gründliche Berathung der in
betracht kommenden Fragen aber durchaus notwendig ist, so dürfte
die kommende Session den Zivil-Prozess-Entwurf kaum erledigen
können.

Neue Kolonialaufgaben werden von dem oft zu
offiziellen Mittheilungen gebrauchten 'Samb. Corr.' angefündigt,
so eine Forderung für den Ausbau der Abode von Swakopmund
in Südwestafrika. Lehterer Bau soll unaufschiebbar sein, nachdem die
Eisenbahn in Südwestafrika gebaut werde. Dieser Bau ist aber
bekanntlich vom Reichstag gar nicht bewilligt worden. Auch für
den Weiterbau der Eisenbahn nach Windhoek soll ein Posten in den
Etat eingestellt werden.

Wir wundern uns bloß, daß man die Aufschung besonders
scharfer Kämpfe um den Kolonialetat vor den bevorstehenden
Reichstagswahlen nicht scheut!

Zur Ausführung des Auswanderungs-
gesetzes. Unter den Verwaltungsmahnahmen, die den Bundes-
rath nach seinem für den Oktober in Aussicht genommenen
Wiederausammentritt beschäftigen werden, betreffen auch einige das
Auswanderungswesen. Darunter wird sich auch die Frage der
Errichtung des dem Reichskanzler zur Seite zu stellenden Aus-
wanderungs-Beirathes befinden. Während der Vor-
sitzende des letzteren vom Kaiser ernannt wird, hat der Bundes-
rath die 14 Mitglieder zu wählen. Es ist selbstverständlich,
daß, obgleich die Thätigkeit des Beirathes erst nach der Inkraft-
setzung des Auswanderungsgesetzes, also erst nach dem 1. April 1898,
beginnen wird und die Zusammenziehung also erst im Anfange
nächsten Jahres vorgenommen zu werden braucht, schon früher an
den zuständigen Regierungsstellen erwogen werden wird, welche
Vorschläge für die Wahl dem Bundesrath zu unterbreiten
sein werden. Der letztere wird sich allerdings erst im An-
fange nächsten Jahres hierüber schlüssig zu machen brauchen.
Dagegen wird er bald nach seinem Wiederausammentritt ein
Regulativ für die Organisation des Aus-
wanderungs-Beirathes in Berathung zu nehmen haben.
Die Vorbereitungen für die Aufstellung des Regulativs werden
bereits getroffen. Es werden hierin Bestimmungen über die Be-
fugnisse, die Entscheidungen in den einzelnen vorgelegten
Fragen u. a. m. getroffen werden. Die Geschäftsordnung für seine
Thätigkeit wird der Auswanderungs-Beirath sich selbst nach seiner
Konstituierung zu geben haben. Jedenfalls wird der Bundesrath sich
bald nach seinem Wiederausammentritt auch mit diesem Beirathe be-
schäftigen.

Die Großindustriellen und die Vorbereitung
der Handelsverträge. Die Berliner politischen Nach-
richten theilen mit, daß der Vorsitzende des Direktoriums des
Zentralverbandes deutscher Industrieller, Reichsrath Dahler, am
Freitag, die Ehre hatte, vom Staatsminister und Staatssekretär des
Reichsamt des Innern Grafen v. Posadowsky empfangen zu
werden und demselben die vom Direktorium beschlossene Eingabe in
Sachen der Vorbereitung der Handelsverträge zu
überreichen. Wie die 'B. v. R.' erfahren, soll die erbetene Kon-
ferenz von Mitgliedern des Deutschen Land-
wirtschaftsrathes, Zentralverbandes deutscher
Industrieller und Deutschen Handelstages am
25. d. M. im Reichsamt des Innern unter Leitung
des Grafen v. Posadowsky stattfinden.

Zum Eisenbahn-Unglück bei Kall wird noch
aus Köln, den 11. September, gemeldet, daß ein Bahnwärter die
Gefahr des Zusammenstoßes erkannte und durch Knallpatronen den
Führer des Personenzuges zu warnen versucht hatte. Allein es war
zu spät, der Zug fuhr mit voller Gewalt auf die im Geleise
stehenden Güterwagen, den auf seinem Posten ausdauernden Bremser
zerstümmend. Gestern Abend wurde ein Geleise frei. Die Auf-
räumarbeiten nehmen noch den ganzen heutigen Tag in An-
spruch. Der Maschinist und der Lokomotivführer des Personenzuges
hatten sich durch Abspringen retten können.

Die Beschönigungen der offiziellen Presse
zur Frage der Eisenbahn-Unfälle wird allenthalben
zurückgewiesen. Die 'Magdeburger Zeitung' erzählt in
einer Besprechung der Ursachen der Unfälle u. a. folgendes:

'Uns wird mitgetheilt, daß die Führung der sogenannten
D-Züge auch an nervenstarke Männer so hohe Anforderungen stellt,
daß sie fast durchweg nach nicht allzu langer Dienstzeit von nervöser
Ausregung, Schlaflosigkeit u. s. w. befallen werden. Hier müßte
also für eine öftere Ablösung des Personals, das mit der Führung
der Lokomotiven betraut ist, gesorgt werden. Auch der Umbau der
Bahnhofsanlagen soll nicht in der Weise gefördert sein, wie dies den
Interessen der Sicherheit des heutigen Eisenbahn-Betriebes entspricht.
Vielleicht schließt der Eisenbahn-Etat dann mit einem weniger großen
Ueberschuß ab; aber die Hauptsache bleibt doch, daß alles gethan
wird, was die Unfallgefahr auf den Eisenbahnen verhindern kann.'

Die 'Zeit' bemerkt:
'Daß die Fahrbeamten bei derartiger Ueberanstrengung und
so ungünstig gelegenen Ruhepausen ihren schweren Dienst nicht
ordnungsmäßig versehen können, liegt auf der Hand. Es
kommt daher auch oft genug vor, daß ein Zug bei der
Einfahrt in den Bahnhof nicht zur rechten Zeit zum
Stehen gebracht wird, weil die Bremser aus ihren Sigen einschlafen.
Sollte die Eisenbahn-Behörde die Zahl der Unglücksfälle nicht er-
heblich einschränken können, wenn sie ihre Beamten nicht so im
Dienst überbürdet?

Nach der im Reichs-Eisenbahn-Amt aufgestellten, im 'Reichs-
Anzeiger' veröffentlichten Nachweisung der auf deutschen Eisen-
bahnen, ausschließlich Bayerns, im Monat Juli dieses
Jahres vorgekommenen Betriebsunfälle waren
deren 226 zu verzeichnen, davon 10 Entgleisungen auf freier Bahn,
25 Entgleisungen in Stationen, 1 Zusammenstoß auf freier Bahn,
17 Zusammenstöße in Stationen und 173 sonstige Betriebs-
unfälle. Dabei wurden 60 Personen getödtet und 134
verletzt.

Der deutsche Werktag tagt gegenwärtig unter
jährlicher Theilnahme in Eisenach. Den ersten Gegenstand der
Tagesordnung bildete: Das Ausschneiden der Kerze aus der Gewerbe-
Ordnung. Der Referent Geh. Sanitätsrath Dr. Bent wendete sich
sehr scharf gegen das Kurpfuschertum, dessen Ueberbandnahme er
als eine Gefahr für das Publikum bezeichnet. Die Diskussion ge-

haltete sich fast allgemein im Sinne des Referats und wurden schließlich folgende Leitsätze des Referats angenommen:

1. Die Freigabe der Ausübung der Heilkunde hat das öffentliche Wohl direkt und indirekt und das Ansehen der Ärzte schwer geschädigt. 2. Die Voraussetzungen, unter denen die Ausübung der Heilkunde durch die Reichs-Gewerbe-Ordnung freigegeben wurde, haben sich nicht erfüllt, weil die Unterscheidung zwischen Arzt und Kurpfuscher (§ 29) vom Volke nicht verstanden wird, weil die Kurpfuscherei am Umfang erheblich zugenommen hat, weil die Bestrafung der Kurpfuscherei für angelegten Schaden nur selten erfolgt. 3. Die Kurpfuscherei, welche im Umberziehen vom Reichstoge (Gesetz vom 1. Juli 1889) schon wieder verboten wurde, ist wieder unter Strafe zu stellen. 4. Die Ausübung der Heilkunde ist den Bestimmungen der Reichs-Gewerbe-Ordnung (§ 6 cc.) zu entziehen und durch eine deutsche Heilberuf-Ordnung zu regeln unter der Voraussetzung, daß die Freigabe, freiwillige Hilfeleistung und freie Vereinbarung des ärztlichen Honorars bestehen bleibt.

Die Herren Ärzte sollten statt der ewigen Lamentationen gegen die ihnen mitleidigen Elemente lieber danach streben, sich selbst das vielfach abhandene getragene Vertrauen in der Bevölkerung wiederzugewinnen.

Die „Freisinnige Zeitung“ klagt mit bewegten Worten, daß durch das Auftreten der Sozialdemokraten manche Reichstagswahlkreise an die reaktionären Parteien verloren gegangen seien und daß diese Erscheinung sich vielleicht noch in vermehrtem Maße bei der nächsten Wahl zeigen werde, indem nach Ausmerzung des freisinnigen Kandidaten im ersten Wahlgang der Sozialdemokrat in der Stichwahl dem konservativen Gegner unterliegen würde.

Anstatt daß nun die „Freisinnige Zeitung“ in ihrer Partei, deren Anhänger doch diesen Zustand verurteilen, Besserung zu schaffen versucht, spricht sie sich für eine schärfere Bekämpfung der Sozialdemokratie aus, damit die freisinnigen Kandidaten in die Stichwahl kommen und dann mit sozialdemokratischer Hilfe die konservativen Gegner geschlagen werden.

Wenn die freisinnige Partei dem Zeitartikler der „Freis. Ztg.“, der diesen Artikel über „eine Klippe für Wahlerfolge“ schrieb, folgen würde, so dürfte sie in viel gefährlicheren Klippen und Untiefen geraten. Verhängbare Elemente in der freisinnigen Partei wissen sehr wohl, wie aussichtslos eine noch schärfere Kampfstellung derselben gegen die Sozialdemokratie sein würde. Man kann nengierig sein, wie der Münchener Parteitag der freisinnigen Partei sich entscheiden wird, aber wir haben wohl nicht unrecht, zu vermuten, daß er diese sonderbare Auffassung der Verhältnisse nicht zur Geltung machen wird.

Militärjustiz. Die „Mittelbadischen Nachrichten“ schreiben: Vor etwa 14 Tagen haben sich zwei in Oberarmen einquartierte Soldaten der 25er außer Dienst einer Gehorsamsverweigerung gegen einen Unteroffizier schuldig gemacht. Der Unteroffizier vergnügte sich beim Kegelspiel. Als ihm ein Regel aus der Bahn fiel, befahl er einem in der Nähe sitzenden Soldaten, den Regel zu holen, was der Soldat mit der Bemerkung ablehnte, er sei kein Kegelspieler. Das Gleiche that ein zweiter Soldat. Noch am gleichen Abend wurden sie beide in ihren Quartieren verhaftet, über Nacht in einen Stockraum verbracht und am anderen Morgen nach Maffalt abgeführt, wo sie vom Militärgericht zu je einem halben Jahr Festung verurteilt wurden.

Diese Nachricht klingt kaum glaublich. Aber bei der Militärjustiz ist allerdings alles möglich. Wenn nicht gerade hätte eher der Unteroffizier Strafe verdient, der es fertig bringt, Soldaten zu derartigen persönlichen Diensten mißbrauchen zu wollen.

Wieder ein grober Unfug entdeckt! Ein polnischer Schüler in Samter in Posen wurde wegen Tragens eines roth-weißen Schüpfes (die polnischen Farben) in der Schule wegen groben Unfugs von der Posener Strafkammer verurteilt. Das Kammergericht bestätigte dieses Erkenntnis. Als wir in die Schule gingen, hielten sich die Lehrer für belästigt, die Disziplin in der Schule ohne Hilfe der Gerichte aufrecht zu erhalten. Im übrigen sehen wir im Tragen eines roth-weißen Schüpfes keine Sache, die mit dem Strafgesetzbuch nur das mindeste zu thun hat. Bis zum vorigen Jahre waren diese Farben noch die offiziellen Landesfarben der preussischen Provinz Posen.

Dienst und Gegendienst. Das Leipz. Tagebl. erzählt, daß der Kaiser im Manöverfeld sich mit dem Grafen Oriola, der nationalliberaler Reichstags-Abgeordneter ist, sehr liebenswürdig unterhalten habe. Am Schlusse der Unterhaltung berührte der Kaiser auch das Thema der Garnison Bughach, die auf eine Eingabe der dortigen Bevölkerung vor kurzem errichtet wurde und er bemerkte dabei, er habe nun für die Garnison Bughach gesorgt, nun möge der Graf auch mit dafür sorgen, daß ihm (dem Kaiser) die Schiffe bewilligt würden.

Wenn es nur für den Grafen Oriola so leicht wäre, für die Bewilligung aller Schiffe, die der Kaiser wünscht, zu sorgen, wie dem Kaiser eine Garnison nach Bughach zu legen!

Prunk und Staatsmandver. In militärischen Kreisen bestehen starke Bedenken gegen die Art, wie in neuerer Zeit die großen Truppenübungen abgehalten werden. In der „Münch. Ztg.“ schreibt ein militärischer Berichterstatter:

Die heutigen Mandver (vom 8. September) waren Prunkmandver. Die kaiserlichen Gäste waren zum ersten Mal so grand complet, und so wurde denn, wie es vielerwärts immer, bei uns nur ganz ausnahmsweise üblich ist, um einen festen, zum voraus bestimmten Punkt herum exerziert. Dem Grafen Häfeler noch gestern Nachmittag oder in der Nacht auf dem Fuß zu folgen, hielt die Oberleitung der kaiserlichen Armee offenbar nicht für thöricht oder nicht für zweckmäßig. Die beiden heillosen Körper begünstigten sich vielwahr damit, etwa diejenigen Positionen einzunehmen, die am Morgen die preussisch-österreichische Schlachtlinie gebildet hatten. Nebenbei bemerkt, würden sie in Wirklichkeit auf dem Schlachtfeld reichlich Arbeit vorgefunden haben; wenigstens wird dem Grafen Häfeler angesichts des Mißverhältnisses, das im Grundsatz zwischen der Geschütz- und namentlich der Gewehrfeuerwirkung und der Draufgehenden eines großen Theiles der gestern engagirt gewesenen Truppen geherrscht haben würde, der Ausspruch nicht geschrieben: „Wenn das so weiter geht, weiß ich wirklich nicht, wer schließlich die Toten wird begraben sollen!“ Nun, nehmen wir an, die unwohnenden Bauern würden dies gethan haben; aber die Thatsache ist und bleibt richtig: Es wird bei den Mandvern heutzutage theilweise ein „Heldenthum“ entwickelt, der im Kriege schnell selbst ad absurdum führen würde. Ich möchte sogar noch weiter gehen: Die Normen, nach denen heute im Frieden Krieg geübt wird, preussischer Muster entstammend, aber einer Zeit entspringend, in der man von der jetzt erreichten Bevölkerungszahl der Feuerwaffen noch keine Ahnung hatte, haben sich überlebt. Sie müssen nothwendig von etwas neuem, das zu finden Sache der aktiven Militärs ist, ersetzt werden. Denn daß es so im Kriege nicht zugehen wird und wegen allgemeinen Todgeschehen wackerer aller Theilhaber nicht zugehen kann, wie am Sauerberg und am Wachsbau bei Wüddersdorf, wird uns jeder geben, der, als Kombattant oder Zuschauer, mit dabei war. Tapferkeit ist eine Tugend, doch wenn das, was wir gesehen haben, Tapferkeit ist, dann geht es besser ohne ihr!

Hannover wird mit dem Kriminalkommissar Grams, der sich selbst als Grafen II. bezeichnet, beehrt. Herr Grams war früher in gleicher Stellung in Rachen thätig. Wir kennen Leute, die eine Beförderung nach Hannover als ein Avancement und nicht als eine Strafe betrachten.

Mäßreglung eines Gemeindevertreters. Aus Langensfeld theilt der „Proletarier aus dem Culengebirge“ folgende recht interessante Begebenheit mit: Die im Laufe des Jahres unseren Ort wiederholt verheerenden Hochwasserkatastrophen haben hier Folgen gezeitigt, die wohl einzig dastehen. Im Mittelort liegt bekanntlich der ausgedehnte Häuserkomplex der Firma „Schlesische Holzindustrie-Gesellschaft, vorm. Anschwey u. Schmidt“

mit einem großen Holzlagerplatze. Trotzdem auf diesem mehr als ausreichend Raum vorhanden ist, benutzte die Fabrik einen öffentlichen Verkehrsweg, die von Lauban nach Greiffenberg führende Kreischauffee, um dort an der Seite, an welcher der Dorfbach fließt, eine große Zahl unbesetzter Baumrämme zu lagern. Als nun im Frühjahr das erste Mal eine Hochwasser-Katastrophe erfolgte, erhielt die Fabrikleitung die Aufforderung seitens der Behörde, die Dämme wegzuschaffen zu lassen. Aber das geschah nicht eher, als bis dem letzten Hochwasser eine Anzahl mit fortgeschwamm, die dann natürlich unterwegs an den Brücken, Stegen und Uferböschungen bedeutenden Schaden anrichteten. In einer geheimen Gemeindevorstandssitzung kritisierte ein Vertreter dieses Verhalten der Firma, die es nicht für nöthig befand, der behördlichen Aufforderung nachzugeben. Leider war aber der Gemeindevorsteher Arbeitnehmer in der bewußten Fabrik und bald nach jenem Vorkommniß erhielt er seine Entlassung. Das Eintreten seiner Arbeitskollegen für den allgemeinen geachteten und beliebten Mann vermochte nicht die Fabrikleitung zu veranlassen, die Klüftung zurückzunehmen, so daß es bei der Entlassung blieb. Ein paar Tage später wurde in einem Artikel in dem „Laubaner Tageblatt“ diese Angelegenheit würdig besprochen. Und wieder ein paar Tage später war auch der Verfasser des Artikels entlassen, dessen Namen die Fabrikleitung in Erfahrung gebracht hat, auf welche Weise, entzieht sich unserer Kenntniß. Da aber die beiden Entlassenen in Orte anderweitig untergebracht worden sind, ist es der Fabrikleitung selbstredend nicht gelungen, dieselben zum Dorfe hinauszutreiben, wie es wohl ihre Absicht war, und das weitere wird die Zukunft lehren.

Die allgemeinen Wahlen zum Landtag von Sachsen-Meinungen finden, wie uns eine Privatdepesche meldet, am 28. September statt.

Der hessische Landwirthschaftsrath richtet Verkaufsmittelungen ein, nach welchen die von Vertrauensmännern in den verschiedenen Orten des Großherzogthums ermittelten und mitgetheilten Verkaufspreise von Getreide, Kartoffeln, Obst und Vieh gesammelt und zusammengestellt werden sollen. Dieses gesammelte Material soll als Grundlage für die Ausgestaltung und Entwicklung des genossenschaftlichen Verkaufs dienen. Hauptzweck soll festgestellt werden:

1. Wie sich die Preise z. B. auf den kleinen Landorten gegenüber denen an den größeren Absatzorten und Handelszentren verhalten, an denen eventuell genossenschaftliche Unternehmungen ins Leben gerufen werden können?
2. welche Rolle der Zwischenhandel spielt als Abnehmer gegenüber dem direkten Konsumenten oder Großhändler?
3. welche Wege der Handel nimmt, welche Orte hierzu für die Errichtung genossenschaftlicher Unternehmungen besonders geeignet erscheinen?

Außerdem hat der hessische Landwirthschaftsrath die Schaffung einer Preisnotirungsstelle am Frankfurter Getreidemarkt und regelmäßige Bekanntmachung der hier ermittelten Preise ins Auge gefaßt.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. In Breslau wurde am 10. d. M. ein Kaufmann wegen Majestätsbeleidigung in Untersuchungshaft genommen.

In Rassel wurde auf Grund einer anonymen Denunziation die Frau eines Malermeisters wegen Majestätsbeleidigung denunzirt. Die Verhandlung ergab, daß die Anzeige auf gemeine Nachsicht zurückzuführen sei. 2 Monate Gefängniß wurden erkannt, leider nicht gegen die Denunziantin.

Oesterreich.

Wien, 11. September. Die Einberufung des Reichsrathes zum 28. September wird in der amtlichen „Wiener Zeitung“ veröffentlicht.

Wien, 11. September. („Magdeb. Ztg.“) Der Unter Ausschuh der Parteien der Rechten tritt am 15. September wieder hier in Wien zusammen, um die Verhandlungen mit Baden fortzusetzen. Heute wurden die offizielle „Reichswehr“ und das christlich-soziale „Deutsche Volksblatt“ vom Staatsanwalt beschlagnahmt.

Ans Eger wird gemeldet, daß das Oberlandesgericht die Verwahrungshaft des wegen Hochverrats in Untersuchung befindlichen Redakteurs Pöfer bestätigt. Die auf Grund des österreichischen Preßgesetzes durchaus ungehörliche Siftirung der „Egerer Nachrichten“ mußte auf die ergebene Beschwerde hin aufgehoben werden.

Ungarn.

Ueber die Empfangsvorbereitungen für den deutschen Kaiser in Budapest schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

Zuerst wurde, wie wir schon meldeten, in der Stadtvertretung gegen die Ausschmückung der Stadt und die Begrüßung des deutschen Kaisers feierlich Protest erhoben. Dann verlautete, daß der magyarische Adel sich nur sehr spärlich zu den Hoffestlichkeiten angemeldet habe, obwohl schon vor Wochen eine Verständigung erfolgt sei; als Grund schätzte man „Groß gegen Baron Banffy“ vor. Noch nie konnte man in den hauptstädtischen Blättern erbitterte Schimpfereien gegen das Deutsche Volk, gegen den „aufdringlichen deutschen Einfluss“, gegen die „reichsdeutsche Schmutzerei“ lesen, als eben jetzt. Bezüglich des Empfangsprogramms tauchen Tag für Tag neue Gegenstände auf, bald fühlen sich die einen, bald wieder die andern zurückgesetzt, kurz jeder Tag, ja, fast jede Stunde bringt neue Reibungen. Das Wiener „Deutsche Volksblatt“ berichtet in dieser Richtung:

Die „allmächtige Pester Polizei“ giebt klein bei, der „gefürchtete“ Ober-Stadthauptmann Rudnay unterhandelt seit mehreren Tagen mit den Sozialdemokraten, die bekanntlich gegen den deutschen Kaiser zu demonstrieren beabsichtigen. Die Führer der Pester „Nothen“ haben sich nun bereit erklärt, von diesem Vorhaben abzusehen, falls ihnen am 19. d. Mts., also einen Tag vor der Ankunft des deutschen Kaisers, eine große Demonstration zu gunsten der Einführung des allgemeinen Wahlrechts gestattet wird. Ober-Stadthauptmann Rudnay äußerte nun den Sozialdemokraten gegenüber sein Bedenken darüber, daß dieser Tag eben jene Straßen passieren soll, die am Sonntag bereits für den Einzug des deutschen Kaisers dekoriert sein werden. Da jedoch die Sozialdemokraten von ihrer Unzugewandtheit nicht abgehen und die Garantie für das Unterbleiben der Demonstration am Montag nur unter der Bedingung übernehmen wollen, daß ihnen am Sonntag freie Hand gelassen wird, so haben die Verhandlungen bisher noch kein positives Resultat ergeben. Die Pester Polizei hat übrigens in den letzten Tagen Verhärting erhalten, indem sowohl Wiener, als auch Berliner Geheimpolitiken zu dem Zweck dort eingetroffen sind, um die angeblich „ausländischen“ Störenfriede und Anstifter der geplanten Demonstrationen auszuforschen und dingfest zu machen.

Schweiz.

Bern, 8. September. (Sig. Ver.) Die Schweiz hat kein stehendes Heer und kennt daher auch das so sehr gemeinschädliche und das Volk schwer belastende Militärpensionswesen nicht. Selbst die 206 händigen Instruktionsoffiziere erhalten keinerlei Pension, welche auch für alle Zivilbeamten unbekannt ist. Dagegen werden nach den Bestimmungen der Bundesverfassung die im Militärdienste verunglückten Wehrmänner durch eine Invalidenpension unterstützt, die im Todesfalle die Hinterlassenen erhalten. Im Jahre 1896 wurden 87 Invaliden mit 28 925 Fr. und 171 Hinterlassene mit 97 665 Fr. unterstützt, sodas die gesammten Pensionausgaben 66 590 Fr. betragen. Für 1897 beträgt der Budgetantrag 70 870 Fr. Im Jahre 1877 betrug er 48 885 Fr., ist also in den 20 Jahren um 27 000 Fr. gestiegen. 1877 betrug die durchschnittliche Pension für einen Invaliden 246 Fr., für einen Hinterlassenen 196 Fr., 1897 398 Fr. resp. 298 Fr. — Interessanterweise stehen auch noch immer aus dem Auslande Militärpensionen in die Schweiz für von Schweizern geleistete ausländische Militärdienste. Im Jahre 1896 wurden aus Italien 63 568 Fr. an Militärpensionen für Schweizer ausbezahlt, 1895 waren es 74 546 Fr. Die Zahl der Pensionäre beträgt 165, 1896 sind 20 gestorben. Die

betreffenden Pensionäre hatten in Neapel und Rom Militärdienste geleistet.

Der Kanton Bern erhält ein neues Armeengesetz. Von den beschlossenen Neuerungen sind erwähnenswerth die Erweiterung der Unterstützungsfrist der Verwandten in dem Sinne, daß Blutsverwandte und Verschwägerete in auf- und absteigender Linie einander unterstützen müssen, im Falle sie unterstützungsbedürftig werden. In einem Theile des Kantons, dem sogenannten alten Kantonstheil, waren bisher die Kinder nicht verpflichtet, ihre Eltern zu unterstützen. Aus diesem Grunde erhielt ein Altberner keine Entschädigung aus Pasterpflicht, wenn sein Sohn bei einem Unfall das Leben einbüßte, selbst dann nicht, wenn er nachweisbar der Ernährer des Vaters war. Wichtig ist auch die Herausziehung der Frauen zur Armeupflege, speziell zur Beaufsichtigung von weiblichen Unterstützten, insbesondere zur Obhut armer Mädchen, in und außer Anstalten, sowie zur Ueberwachung der Kinderpflege in den ersten Lebensjahren.

Büsch, 9. September. (Sig. Ver.) In der ganzen Schweiz ist in den letzten Wochen eine empfindliche Steigerung der Brotpreise eingetreten, die in der Presse viel besprochen wird. Die Steigerung beträgt 20—25 pCt., die für kinderreiche Arbeiterfamilien sehr drückend wirkt, um so drückender, als derselben auf der anderen Seite natürlich keine Lohnerhöhung nachgefolgt ist. In Bern, Basel, St. Gallen und anderen Orten haben die Konsum- und Genossenschaftsbäckereien die Brotpreise nicht erhöht, was beweist, daß die Preissteigerung keine absolut dringende war und ferner, welchen hohen Werth für die Arbeiterschaft jene Bäckereien haben. Denn ohne sie würden natürlich die Bäckermeister, die überall ringartig organisiert sind, die Brotpreise noch mehr erhöht haben.

Der Luzerner Große Rath (Landtag) lehnte es ab, auf die von Schneiderinnen verlangten Verschlechterungen des Arbeiterinnen-Erhöhungsgesetzes einzutreten. Dem Rathe lag eine anonyme Eingabe aus Arbeiterkreisen vor, die eindringlich um die Aufrechterhaltung der Schutzbestimmungen bat. Der Große Rath lehnte aber auch die Einführung des proportionalen Wahlsystems für die Gemeindevahlen ab. Die Mehrheit des Luzerner Großen Rathes liegt in den Händen der Katholiken, die auch in den meisten Gemeinden die Mehrheit haben. Sie haben also kein Bedürfnis nach der Proportionalwahl und die Vertretung der Minoritäten rührt sie nicht.

Spanien.

Der Ministerpräsident und die Vereinigten Staaten. Telegramme aus Habana berichten von einem interessanten Schreiben, das der spanische Ministerpräsident General Acarraga an die einflussreichen Parteiführer auf Kuba gerichtet hat. Der General erklärt, daß er nie gestatten werde, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich in die Angelegenheiten der Insel Kuba einmische; eher wolle er mit der großen Republik den Kampf in Waffen aufnehmen. Weiter heißt es dann: „Als Bahnbreiter der europäischen Kolonisation in Amerika haben wir die Sympathien Europas auf unserer Seite, welches nicht gestatten wird, daß man uns aus Kuba verjagt. Am dem Tage, an welchem wir die Perle der Antillen verlassen müssen, wird England Kanada und Jamaica und Frankreich seinen amerikanischen Kolonialbesitz verlieren. Wenn der Krieg wirklich ausbrechen sollte, wird Spanien Mittel finden, zu zeigen, was es leisten kann.“

Im Großproletariat hat es bekanntlich den Spaniern niemals jemand gleich thun können.

Madrid, 10. September. Der Kriegminister General Acarraga sandte an General Weyler ein Telegramm, in welchem er weitere Mittheilungen über die Einnahme von Victoria de las Tunas durch die kubanischen Aufständischen erbat. Eine spanische Expedition soll organisiert werden, um den Platz wiederzugewinnen.

General Weyler hat auf die gestern gemeldete Drahtanfrage des Ministerpräsidenten Acarraga geantwortet, daß er eine Expedition zur Wiedereroberung der Stadt Victoria de las Tunas entsenden werde. Weyler wird im Oberkommando Kubas verbleiben.

Im gestrigen Ministerrathe verlas der Kolonialminister Castellano den Entwurf eines Reformdekrets für die Philippinen; dasselbe fand die Billigung der Minister und wird morgen der Königin-Regentin zur Unterzeichnung unterbreitet werden.

Madrid, 10. September. Nach einem Telegramm aus Ferro I richteten vor dem Hause des Stadtrichters und dem des Bürgermeisters in San Martin, welche eine Weile vor der Stadt wohnten, zwei dortselbst niedergelegte Dynamitbomben beträchtlichen Schaden an. Menschen wurden nicht verletzt.

Madrid, 11. Septbr. Der von dem Kolonialminister Castellano im Ministerrathe verlesene Entwurf eines Reformdekrets für die Philippinen ändert die Bestimmungen des Strafgesetzbuches ab, soweit sie Angriffe auf die Integrität des Gebietes und die öffentliche Ordnung betreffen und enthält ferner strenge Bestimmungen gegen die geheimen Gesellschaften. Ferner wird bestimmt, daß die Mitglieder der Gemeinde-Gerichtshöfe aus den Eingeborenen gewählt werden sollen. Die Priester erhalten die Oberaufsicht über die Schulen. Dem Gouverneur steht die Bekrafung eines jeden Angriffes auf die Nation, die Moral, die Religion, die Behörden und die Priester, außerhalb der Zuständigkeit der Gerichtshöfe, zu. Es soll eine General-Polizei-Inspektion in Manila geschaffen werden, von der die für den Konsulatsdienst verwandte Polizei abhängig sein soll.

Portugal.

Aus Lissabon wird der „Int. Corr.“ unterm 6. September geschrieben: Unter allgemeiner Erregung des Landes wurden die Kammerer verlegt, nachdem von den vielen durchgreifenden Gesetzentwürfen der Regierung nur eine einzige betreffend den Ausbau der Hafenanlagen von Lourenço Marques (Delagoabai) angenommen worden war. Die Vorlage betrifft Verpachtung des Tabakmonopols an eine Privatgesellschaft wurde derart verändert, daß die Gesellschaft sich jetzt entschieden weigert, den Vertrag anzuerkennen. Alle übrigen Entwürfe, besonders derjenige betreffend den Verkauf der Eisenbahnen an eine zumeist ausländische Gesellschaft, sowie der Entwurf betreffend die Umwandlung der answärtigen Schuld wurden selbst von den regierungsfreundlichen Kammergruppen derart bekämpft, daß die Regierung die Abstimmung darüber garnicht abwartete, sondern die Kammerer schleunigst verlegte. Man befürchtet nun aber allgemein, die Regierung werde das wichtigste dieser verunglückten Vorlagen durch königliches Dekret dem Lande einfach aufzuziehen. Da jedoch zwischen den oppositionellen Konservativen und den Republikanern geheime Abmachungen getroffen wurden, und die letzteren entschlossen sind, falls die Regierung ihre Vorlagen ohne Parlamentsbeschluß zu Gesetzen erheben würde, einen bewaffneten Widerstand zu organisieren, so herrscht eine außerordentlich reger und geängstigte Stimmung vor. Dabei ist die Presse- und Versammlungsfreiheit vollständig aufgehoben. Regierungsfeindliche Blätter werden sofort beschlagnahmt, sobald sie eine schärfere Kritik der gegenwärtigen Lage veröffentlichen, und die Führer der Republikaner und Sozialisten vermeiden jedes öffentliche Auftreten, da sie sonst die sofortige Verhaftung zu gewärtigen hätten. Aber gerade dieser Zustand greift die Veranlassung zu täglich neuen bewundernswürdigen Gerüchten über angebliche Verschwörungen oder Aufständischen von Komplotts. Am meisten leiden unter solchen Verhältnissen die Geschäftsleute, welche erklären, daß Handel und Wandel in Portugal seit Jahrzehnten nicht so darnieder gelegen habe, wie im gegenwärtigen Augenblicke, wo sich die Regierungskreise zur Lösung der schweren Tagesfragen vollständig unfähig zeigen, und damit nicht nur den inneren Frieden des Landes, sondern auch die Monarchie aufs schwerste gefährden.

Rußland.

Reformen. Aus Petersburg wird der „Int. Corr.“ geschrieben: Die gegenwärtig in großer Zahl auftretenden Meldungen

über weitgehende Reformen der Rechtspflege, des Strafvollzuges und des Gefängniswesens sind nur zu einem geringen Theile sachlich begründet. Thatsache ist, daß der Zar in bestimmter Weise eine Reform in der Verfassung nach Sibirien wünscht, da er in dieser das größte Hindernis einer schnellen wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung dieses Landes erblickt. Auf seiner eigenen Reise durch Sibirien überzeugte er sich davon, daß die Ueberfüllung aller sibirischen Städte mit Personen, die jedesmal an den Stellen der Zwangsarbeit als Sträflinge gelebt haben, jeden wirklichen Fortschritt des Landes unmöglich mache. Indem also mit der Fertigstellung der sibirischen Eisenbahn auch eine planmäßige Kolonisation des weiten Gebietes begonnen werden soll, wünscht der Zar zugleich eine Einschränkung der Strafverurteilung dorthin. Deshalb dürfte einerseits den unteren Polizeibehörden, besonders auch den ländlichen „Mirs“, die bisher alle ihnen unangenehmen Personen nach Sibirien zu schaffen pflegten, diese Befugnisse vollständig genommen werden, und andererseits sind Vorschläge zur Errichtung großer Zentralgefängnisse in Rußland selbst in Ausarbeitung. Endlich sind auch bereits Erwägungen betreffs Abschaffung der Prügelstrafe innerhalb der Regierung im Gange, und dürfte wohl zunächst die Verhängung der öffentlichen Auspeitschung durch die Polizeileiter der Landgemeinden im Wegfall kommen. — Es ist somit nicht zu bezweifeln, daß der Weg der Reformen bereits beschritten worden ist; aber die Durchführung wird sicherlich lange Jahre in Anspruch nehmen, ebenso wie die angekündigten Reformen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und des Volksschulwesens nur sehr langsam vor sich gehen werden. —

Aus der letzten Volkszählung ergibt sich nebst vielen anderen interessanten Wahrnehmungen auch die Thatsache der stetigen Verschiebung des Schwerpunktes der russischen Macht in südlicher Richtung. Was die Städte mit mehr als 75 000 Einwohnern anlangt, so liegen sie, mit Ausnahme von Petersburg und Nizza, insgesamt südlich von Moskau, und eine ganze Menge von südrussischen Städten, die vor 50 Jahren noch bedeutungslosere Nester waren, wie Charkow, Sfaratow, Zelaterinoflaw, Kostow am Don, Astrachan, Rischikow, auch Waku in Kaukasien sind jetzt industrielle Bevölkerungszentren mit weit über 100 000 Einwohnern geworden, ungeachtet eine Region anderer Städte, die sich aus einem vergleichsweise Nichts zu Bevölkerungsmassen mit über 50 000 Seelen entwickelten. Der Prozeß hält in Südrußland noch immer an, da jedes irgendwie günstig gelegene Dorf ebenfalls die Tendenz zeigt, sich zur Stadt herauszuwickeln. Man darf hieraus schließen, daß die Olfsee, die ehemals das erste russische Meeresbecken war, jetzt ihren Rang an das Schwarze Meer abgetreten hat, während andererseits auch der Kaspi-See rasch an Bedeutung für den großen Verkehr zunimmt. Der dem russischen Reiche innenwohnende Zug nach Süden ist sonach keineswegs ein Phantasma, sondern statistisch erwiesene Wirklichkeit. —

Griechenland.

Athen, 11. September. Wie verlautet, hat die griechische Regierung den Mächten mitgeteilt, daß sie die Kontrolle über die Staatseinnahme, welche die Mächte als Garantie für die Kriegsentwicklungs-Anleihe fordern, annehme. Die Frage der Garantie für die anderen Schulden ist aber von der Regierung in ihrer Kundgebung gänzlich unberührt geblieben. —

Aus Kanea wird den „Times“ gemeldet: Das Pazifikationswerk im Bezirk Kanea nimmt einen glatten Fortgang. Die internationalen Truppen haben fast alle Außenposten besetzt und so die türkischen Truppen innerhalb des Korons gebracht. — Der bisherige Präsident der freisinnigen Nationalversammlung Venizelos ist mit seinen Anhängern nach Athen abgereist. —

Türkei.

Konstantinopel, 11. September. Gestern wurden vier Armenier, in deren Wohnung man Bomben gefunden hatte, hingerichtet. — Der Dampfer „Scheres“ ist mit 75 wegen jungtürkischer Umtriebe vom Kriegsgericht zur Verbannung Verurtheilten nach Tripolis abgegangen. —

Indien.

Bombay, 11. September. Das Amtsblatt veröffentlicht eine Bekanntmachung, der zufolge von heute an Sovereigns und halbe Sovereigns von den Staatsskassen im Austausch gegen Rupien zum Satz von 15 Rupien für den Sovereign angenommen werden. —

Damit dürfte der zweite Schritt zur Einführung des englischen Goldwährungssystems gemacht sein. Der erste Schritt, der den Todesstoß der selbständigen indischen Silberwährung bedeutete, war die Schließung der indischen Münzstätten. —

Amerika.

Hungernoth im Goldlande. Aus San Francisco wird unterm 9. August gemeldet: W. Ryan, einer der Spezial-Berichterstatter der „Associated Press“, welcher sich auf dem Wege nach den Goldfeldern am Yukon befindet, schreibt aus St. Michaels, daß große Gefahr einer Hungernoth in Klondike während des Winters besteht. Es ist nach übereinstimmenden Berichten unmöglich, hinreichende Quantitäten Lebensmittel nach Dawson City zu bringen, um die ganze Bevölkerung zu erhalten, die jetzt schon ihre Lebensmittel von dort beziehen muß. Nach Angabe des Lokal-Agenten der „Naska Commercial Company“ zu St. Michaels befinden sich bereits 2000 Mann, die müßig gehen, dort, und es langen, über den Chilcot-Paß kommend, täglich mehr an, während die Gesamtfracht, welche in diesem Jahre dorthin gebracht werden kann, 4000 Tons nicht übersteigt, wovon nicht mehr als drei Viertel in Lebensmitteln besteht. Goldsucher, welche von Klondike kommen und im Juli von dort abgehen, sagen aus, daß um jene Zeit schon die Lebensmittel nichts weniger als reichlich vorhanden waren und ebenso schnell abforbirt wurden, als sie aus den Dampfern ausgeladen wurden. Erfahrene Leute und Kenner der Situation sagen daher als eine Folge der Klondike-Lohheit Hungernoth und Tod voraus. —

Montevideo, 10. September. Der Friede zwischen der Regierung von Uruguay und den Aufständischen ist geschlossen worden. —

Erklärung. Die gesammelten Aufsätze von Karl Marx über die Orientfrage werden von dem bekannten Dr. Müllers, der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ dazu benutzt, mich anzukempfen, weil ich seine spießbürgerlichen Ansichten über die Orientfrage nicht theile. Er hat zwar seinem eigenen Gefändnisse nach die Aufsätze nicht gelesen, und kennt bloß zwei Auszüge, die er in einer kurzen Rezension des „Vorwärts“ vorgefunden hat, allein er weiß schon, daß ich mich durchaus mit Unrecht auf Karl Marx berufe. —

Dem Doktor Müllers kann ich nur raten, das neueste Marx'sche Werk, zu dessen Veröffentlichung ich den ersten Anstoß gegeben habe, zu lesen. Ich selbst werde Gelegenheit nehmen, es eingehend zu besprechen. —

Berlin, den 12. September 1897.

W. Liebknecht.

Partei-Nachrichten.

Eine Parteikonferenz für den vierten hannoverschen Wahlkreis Osna-brück-3burg, die in Osna-brück tagte und von den Orten Bramsche, Dalver, Dissen, Gesepe, Osna-brück, Pente und Quakenbrück mit Delegationen besetzt war, erklärte sich für Aufhebung des Rölner Beschlusses, lebte es jedoch ab, sich für die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen zu entscheiden. Als Delegirter zum Hamburger Parteitag wurde Genosse Schrader gewählt, ferner derselbe als Kandidat für den Reichstag wieder aufgestellt. —

In Bremen erklärte sich eine Parteiverammlung für Aufhebung des Rölner Beschlusses. In der betreffenden, von Dr. Diederich verfaßten Resolution heißt es dann weiter: Die Versammlung spricht sich für die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen aus, überläßt es aber den Genossen der

einzelnen Landtagswahlkreise, zu entscheiden, ob sie durch Aufstellung einiger Wahlmänner oder durch sofortige Stimmabgabe für Wahlmänner der bürgerlichen Opposition den Wahlkampf führen wollen. Sie ist einverstanden, daß, unter strengster Wahrung der Grundsätze der Partei, von allen gebotenen Mitteln Gebrauch zu machen sei, Kandidaten unserer Partei in den preussischen Landtag zu bringen, und sie hält es für notwendig, für die Frage der Unterstützung bürgerlicher Wahlmänner und Kandidaten eine Liste der Mindestforderungen aufzustellen, von deren Anerkennung die Zuzählung der sozialdemokratischen Stimmen abhängig zu machen ist. — Weiter wurde, ebenfalls auf Vorschlag Dr. Diederich's, beschloffen, 1. es möge dem Antrag, betr. die Seemanns-Ordnung, unter den im Reichstage von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Initiativanträgen der Vorrang zugewiesen werden; 2. der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, unverzüglich ein die Frage der uferlosen Flottenpolitik behandelndes, zur Massenverbreitung bestimmtes und gratis an die Partei-Organisationen abzugebendes Flugblatt herauszugeben. —

Als Delegirter für den Parteitag in Hamburg wurde Genosse Beschung gewählt. —

Als ein unglückseliges Beginnen, nicht als ein nützliches — wie in voriger Nummer des „Vorwärts“ gedruckt war — betrachten im Sozialdemokratischen Verein in Lauenburg a. O. die meisten Parteigenossen die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. —

Eine Parteiverammlung in Hanau faßte eine Resolution, worin sie es als ihre Uebersetzung erklärt, „daß es von großem Vortheil ist, wenn der Rölner Parteibeschluß betr. das Landtagswahlrecht aufgehoben und es den Genossen freigestellt wird, sich an diesen Wahlen da zu betheiligen, wo sie es im Interesse der Partei für gut befinden.“ Weiter beschloß die Versammlung einstimmig, an der Reichstags-Kandidatur des Genossen Hoch festzuhalten. —

Zu zweiten Hamburger Wahlkreise wurde von einer öffentlichen Parteiverammlung Reichstags-Abgeordneter Heinrich Dieck aus Stuttgart wieder als Kandidat für den Reichstag proklamiert. Als Delegirte zum Parteitag wählte die Versammlung die Genossen Blume, Weinheber und Hoffmann. —

Für den 17. sächsischen Wahlkreis wurde von einer Parteiverammlung in Merane Reichstags-Abgeordneter Ignaz Kuer wieder als Reichstagskandidat aufgestellt. —

Eine Agitationstour durch Baden tritt am 11. September Reichstags-Abgeordneter Frohme an. —

Als Vertrauensmann für den Kreis Delitzsch-Bitterfeld ist der Parteigenosse L. Biedermann in Delitzsch wiedergewählt worden. —

Das Militärverbot ist in Lahr in Baden über alle Gastwirtschaften verhängt worden, wo jemals sozialdemokratische Versammlungen tagten oder wo der „Offenburger Volksfreund“ ausliegt. —

Todtenliste der Partei. In Delitzsch ist am 4. September der Parteigenosse Friedrich Kuhles im Alter von 82 Jahren gestorben. —

In New-York verschied am 17. August der Zigarrenmacher Heinrich Mehe, ein altbewährter Kämpfer, der im Jahre 1881 aus Altona ausgewiesen wurde und dann nach Amerika ausgewanderte. —

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen Verleumdung des Senators Zielmann wurden die Parteigenossen Thiel und Kauffmann, Redakteure des „Volksblatts für Harburg“, vom Landgericht in Stade zu je 100 M. Geldstrafe verurtheilt. Der genannte Senator hatte beim Schöffengericht eine der üblichen Reden gegen den „inneren Feind“ gehalten, woran sich das „Volksblatt“ in der Wochenplauderei und in einer Lokalnotiz mit dem Herrn beschäftigte. —

Der Trades-Union-Kongreß.

Birmingham, 9. September 1897.

In der heutigen Sitzung ward zunächst über die Beschäftigung der Kinder in der Industrie verhandelt. Es wird beschlossen, das Parlamentarische Komitee zu beauftragen, auf die Erlassung eines Gesetzes hinzuwirken, durch das jegliche gewerbliche Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren verboten sein soll. Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren dürfen des Nachts nicht beschäftigt werden. Hierbei kam es zu scharfen Auseinandersetzungen mit den Textilarbeitern von Lancashire. Diese waren gegen die Resolution; die in Lancashire angefertigten Gewebe erforderten geübte Hände; die Prosperität der Industrie von Lancashire beruhe auf der Geschicklichkeit seiner Arbeiter und diese Fertigkeit müsse in möglichst jungem Alter erworben werden. Wegen dieser sonderbaren Anschauung wauelten sich eine Reihe anderer Redner, die es als eine Schande bezeichneten, Industrien prosperiren zu machen auf Kosten der Kinderarbeit. Die Resolution fand denn auch Annahme mit 695 000 Stimmen gegen 274 000 Stimmen. Annahme fand ferner die übliche Resolution, in welcher die Nationalisierung (Verstaatlichung) von Land, Bergwerken, Eisenbahnen, Kanälen, Dampfern etc. verlangt wird. Ebenso werden angenommen die Resolutionen, die sich auf die „Fair Wages Clause“ beziehen. Von einer Reihe Gewerkschaften gestellt, verlangen sie, daß alle Staatsarbeiten nur gegen die Erfüllung gewisser Bedingungen in Bezug auf die Lohnhöhe und Arbeitszeit vergeben werden dürfen. —

Von der Sitzung vom Tage vorher ist nachzutragen, daß der Gedanke, im Jahre 1898 einen internationalen Gewerkschaftskongreß einzuberufen, endgiltig aufgegeben ist, nachdem sich die Mehrheit dagegen erklärt hatte. —

In der Freitag-Sitzung wurde, wie der Telegraph meldet, eine Resolution angenommen, einen Ausschuß zu ernennen, um einen Plan für die Vereinigung aller Trades-Union's im ganzen Lande zu entwerfen. Die Delegirten der Bergwerksarbeiter entzieten sich der Abstimmung. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Die Redaktion des „Vorwärts“ hat den neuesten Versuch in der „Zeit“, mich als Gegner der Gewerkschaften den Arbeitern anzuschwärzen und mich zugleich als den Urheber des unergütlichen Tarifstreites bei den Buchdruckern zu denunziren, bereits zurückgewiesen. Da aber die Veruche immer wiederkehren, mich den Gewerkschaften als den schwarzen Mann darzustellen, dessen Sinnen und Trachten nur darauf gerichtet ist, diesen Arbeiterorganisationen Verderben zu bereiten, sehe ich mich doch veranlaßt, auch selbst mit ein paar Worten auf die neueste Anspielung zu antworten. —

Ich schreibe voraus, daß, so lange ich in der Arbeiterbewegung stehe, ich mündlich und schriftlich sowohl der politischen wie gewerkschaftlichen Bewegung gedient habe. Es ist niemand im Stande, auch nur eine mündliche Aeußerung oder eine geschriebene Zeile von mir beizubringen, welche sich dahin deuten läßt, daß ich der gewerkschaftlichen Bewegung feindlich gestimmt sei oder daß ich sie nur als nebensächliches Anhängel der politischen Bewegung betrachtet wissen wollte. Auch in meiner Rede auf dem Rölner Parteitag habe ich kein Wort gegen die Gewerkschaftsbewegung gesprochen, sondern mich nur scharf gegen die Veruche gewendet, die bis dahin bestandene Harmonie zwischen gewerkschaftlicher und politischer Bewegung zu stören. Gegen solche Veruche aber, welche in der neuesten Zeit unter der national-sozialen Flagge wieder besonders eifrig betrieben werden, zu kämpfen, halte ich mich einfach als Parteigenosse für verpflichtet. —

Soviel über meine grundsätzliche Stellung zu den Gewerkschaften. —

Mit Gewerkschaftsführern freilich, die sich in Versammlungen und Privatgesprächen selbst als Parteigenossen bezeichnen, daneben aber sich unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes aus Angst, ihre Gewerkschaften würden sonst der Auflösung verfallen, auf dem Berliner Polizeipräsidenten Direktiven für ihr Verhalten in ihrer Gewerkschaft halten, oder mit Katheder-sozialistischen

Professoren korrespondiren über die beste Methode, die von ihnen geleitete Gewerkschaft vor dem Einfluß der Sozialdemokratie zu bewahren, will ich allerdings nichts zu thun haben. Für diejenigen, in deren Augen mich meine Abneigung gegen die vorgeschriebenen Praktiken zu einem Gegner der Gewerkschaften macht, will ich auch gerne ein solcher sein. —

Vorläufig aber bin ich noch der Meinung, daß die erdrückende Mehrzahl der deutschen Arbeiter sich dafür bedankt, ihre gewerkschaftlichen Angelegenheiten unter die Vormundschaft des Berliner Polizeipräsidenten zu stellen. Ebenso wenig glaube ich, daß unsere Arbeiter geneigt sind, ihre Gewerkschaften so einzurichten, wie dies die Herren Katheder-Sozialisten wünschen. —

Was nun die weiteren, der Redaktion der „Zeit“ gemachten Angaben über meine Beziehungen zu Herrn Gash betrifft, so habe ich diesbezüglich nur zu erklären, daß diese Angaben ebenso viele Lügen als Worte enthalten. —

Ich habe mit Herrn Gash in meinem Leben nie ein Wort über die Tarifgemeinschaft oder über sonst eine Buchdruckerangelegenheit gewechselt. Herr Gash hat, so lange er den „Correspondent“ redigirte, im Auftrage seines Vorgesetzten, wie er jetzt behauptet, mich wiederholt in der gehässigsten Weise angegriffen. Als ich dagegen den Versuch einer Berichtigung machte, wurden diese Angriffe erneuert und mit Keuschungen unterbrochen, die ich an Orten gethan haben soll, in denen ich in meinem Leben noch nie gewesen bin. —

Ich verachtete unter solchen Verhältnissen, in dem von Herrn Gash wenigstens nominell geleiteten „Correspondent“ mein Recht weiter zu suchen. —

Die Behauptung, daß ich Herrn Gash in seine Oppositionsstellung getrieben habe, ist um so komischer, als alle meine Freunde wissen, daß, so weit ich mich in dieser Frage — ich bin kein Fachmann — ein Urtheil erlaubt habe, dies dahin ging, daß eine prinzipielle Gegnerschaft gegen Verträge, wie ein solcher im Buchdruckgewerbe abgeschlossen ist, sich auch von unserem Standpunkte aus nicht rechtfertigen lasse. —

Ich habe Herrn Gash, meines Wissens, zum ersten Male zur Maifester dieses Jahres in Leipzig gesehen, wo er die Versammlung eröffnete, in der ich nachher sprach. Uebrigens erfuhr ich erst nach der Versammlung, daß der Größter Herr Gash gewesen sei. Eine irgendwie erwähnenswerthe Unterhaltung hat zwischen uns beiden auch bei dieser Gelegenheit nicht stattgefunden. —

Der Gewährsmann der „Zeit“ hat also diesem Blatte in Bezug auf meine Person nur Lügen und nichts als Lügen aufgesetzt; wie sich beide nun mit einander auseinander setzen, ist ihre Sache. Für mich ist die Angelegenheit bis auf weiteres erledigt. —

J. Kuer.

In der Gasaustalt zu Schöneberg sind gestern drei Vorstandsmitglieder der dortigen Verwaltungsgesellschaft des Verbandes der Arbeiter in Gasaustalten etc. gemahregelt worden. —

Deutsches Reich.

Zum Maurerstreik in Leipzig. In der gestern abgehaltenen Versammlung der freien Maurer wurde mitgeteilt, daß eine Veränderung im Streik nicht eingetreten sei. Auf Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 548 gegen eine Stimme die Fortsetzung des Streiks beschlossen. —

Der Streik der Steinhaue bei der Firma Merkel in Gotha ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. —

Wegen Tarifstreitigkeiten befinden sich 14 Buchdrucker in Emmendingen (Baden) im Ausstand. —

Die Schuhmacher-Zunung in München hat nunmehr, nachdem die Arbeiter das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen haben, gleichfalls diesen Weg beschritten. Die Zahl der Ausständigen betrug 152, davon sind 87 abgereist; bleiben mithin 115 zu unterliegen. Man hofft, daß die Angelegenheit zu einem gütlichen Austrag kommen wird. —

Rußland.

In dem Bericht des österreichischen Buchdruckerverbandes für das Jahr 1896 wird die Mitgliederzahl auf 6865 angegeben. Die Nichtorganisirten zählen 1424. Der Procentsatz der Organisirten hat sich dauernd vom Jahre 1893 bis 1896 gehoben. 1893 betrug er 78,44 pCt., während er jetzt 83,98 pCt. erreicht. —

Der schweizerische Textilarbeiter-Verband hielt am Sonntag in Zürich seine diesjährige Delegirtenversammlung ab, an welcher 11 Sektionen durch 16 Delegirte vertreten waren. Zürich wurde als Standort gewählt, sowie neue Statuten beschlossen und ein Arbeitsprogramm aufgestellt. Die Versammlung erklärte die Revision des Fabrikgesetzes zwecks Einführung des Zehn-Stunden-tages, weiblicher Fabrikspinneloren und Freigabe des Sonntagabends-Nachmittags für dringend geboten. —

Der Kampf der englischen Maschinenbauer hat auch in den letzten Tagen keinerlei Aenderung erfahren. Von der Gewerkschaft der Tischler und Zimmerer lief bei den Maschinenbauern die Nachricht ein, daß die Mitglieder durch Abstimmung sich verpflichtet haben, wöchentlich 8 Pence zur Unterstützung der Angehörigen zu zahlen, was wöchentlich eine Summe von 600 Pfund Sterling ausmacht. Der Londoner Gewerkschaftsrath beschloß die Gründung eines Nationalfonds zu betreiben, zu dem alle Gewerkschaften beisteuern und aus dem namentlich die Nichtgewerkschaften, die von der Ausperrung mit betroffen sind, unterstützt werden sollen. —

Die Schneider von Manchester haben sich mit den Unternehmern geeinigt, sodas der befürchtete Konflikt, der sich auf viele tausende von Arbeitern erstreckt haben würde, unterbleibt. —

Die Kohlengruben-Arbeiter von Süd-Wales und Monmouthshire vertrieben am Mittwoch darüber, welche Haltung sie zu dem Plane der Zehnstundenbeschränkung zu beschließen, einnehmen sollten. Die Konferenz beschloß, den Arbeitern zu empfehlen, nächste Woche die Arbeit einzustellen. Auch wurde beschlossen, sämtliche Kohlengruben-Arbeiter von Süd-Wales und Monmouthshire aufzufordern, namentlich darüber abzustimmen, ob am 1. Oktober die verschiebbare Lohnkala gekündigt werden solle. —

Zum amerikanischen Bergarbeiter-Streik wird aus Hazleton (Pennsylvanien) telegraphirt: Kushändige Arbeiter der Gruben bei Coleraine befanden sich gestern auf dem Wege nach Pittsimer, um auch die dortigen Arbeiter zum Aufstand zu veranlassen. Unterwegs wurden sie vom Sheriff angehalten und zum Auseinandergehen aufgefordert. Als diese Aufforderung nicht befolgt wurde, schossen die Beamten des Sheriffs auf die Arbeiter, obgleich letztere unbewaffnet waren. Es wurden 22 Arbeiter getödtet, 36 schwer und 40 leicht verwundet. Es werden internationale Schwierigkeiten befürchtet, da viele der Getödteten und Verwundeten Ausländer sind. Eine Versammlung von Bürgern beschloß, die gerichtliche Verfolgung des Sheriffs zu verlangen. —

Soziales.

Aus dem Verwaltungsbericht der Knappschafts-Versicherungsgenossenschaft: Im Jahre 1896 waren beim deutschen Bergbau 445 000 Personen gegen Unfall versichert. Von diesen erlitten 44 000 oder 9,9 pCt. einen Unfall. Von den Unfällen waren 5406 durch die Berufsgenossenschaft zu entschädigen, weil sie eine Erwerbsunfähigkeit von länger als 13 Wochen oder den Tod zur Folge hatten. 971 Unfälle hatten einen tödtlichen Verlauf. Die Aufwendungen für Unfallsentschädigungen beliefen sich auf nahezu 7 1/2 Millionen Mark, wozu noch etwa 1 1/2 Millionen Mark Einlage in den Reservefonds, Kosten der Feststellung der Entschädigungen, Schiedsgerichts- und Verwaltungskosten treten, so daß der Jahresbedarf fast 9 Millionen Mark betrug. Der Reservefonds ist in Reichs- und Staatsanleihen zum Betrage von rund 27 Millionen Mark angelegt; die im Unfallversicherungsgesetze vorgeschriebene Höhe ist dadurch schon bedeutend überschritten. Die Versicherungskosten der Berufsgenossenschaft betragen 3,8 pCt. der Jahresausgabe. Auf einen Versicherten kamen an Unfallkosten 19,9 M. oder auf 1000 M. Lohnsumme 21,3 M. Die an die Versicherten ausgezahlten Löhne betragen 417 Millionen Mark, sie sind

gegen das Vorjahr um 82 Millionen Mark zugenommen. Pro Kopf der Bevölkerung betrug die anrechnungsfähige Lohnsumme 933 M. Die Schiedsgerichte wurden in 90877 Fällen in Anspruch genommen; beim Reichs-Versicherungsausschuss wurden 995 Klagen eingeleitet. Die Frage des Entschadens von Unfallverletzungen-Vorschriften soll vorläufig nicht weiter verfolgt werden, weil die Mehrzahl der Sektionen zu der Ansicht neigt, daß die in den deutschen Bundesstaaten bestehenden Bergpolizeivorschriften eine ausreichende Gewähr zur Verhütung von Unfällen böten.

Große Unzufriedenheit herrscht, wie man uns schreibt, zur Zeit unter den Eisenbahn-Unterbeamten in Breslau's wegen einer Massenverweisung nach dem nahe gelegenen Dorfe Brodau. Die von der Verweisung betroffenen sind: Zugführer, Packmeister, Schaffner, Beamter, Hilfsbremser und Bahnarbeiter. Insgesamt 250 Unterbeamte und Arbeiter erhielten im Juli die Anweisung, vom 1. Oktober an ihren künftigen Aufenthaltsort in Brodau zu nehmen, wie sie nur einen jährlichen Wohnungsgeldzuschuss von 60 M. erhalten, während ihnen bisher ein solcher von 180 M. gewährt wurde. Aber auch sonst bedeutet die Verweisung nach Brodau für die meisten von ihnen eine schwere materielle Schädigung. Bei den geringen Löhnen seien die Leute zum Theil gezwungen, ihre Frauen und Kinder mitarbeiten zu lassen, damit die notwendigen Ausgaben bestreiten werden können; nach der Verweisung falle dieser Nebenverdienst fort. Die Königl. Eisenbahn-Direktion freilich ist der Ansicht, daß die unteren Beamten, die doch ohnehin ein sehr lässliches Gehalt beziehen, durch eine Verringerung des Wohnungsgeld-Zuschusses von 180 M. auf 60 M. und durch den Verlust des Nebenverdienstes von Frau und Kindern eine erhebliche Schädigung nicht erfahren. Die Eisenbahnbediensteten und ihre Familienangehörigen erhalten ja, so sagt sich die Behörde, in ausreichendem Maße — das heißt monatlich sechs Mal — freie Fahrt zum Markt- und Kirchenbesuch und die Kinder zum Schulbesuch nach Breslau; damit können die Leute zufrieden sein. Sie sind es aber nicht. Diese eisenbahn-fiskalische Sozialpolitik, wodurch jährlich etwa 25 000 M. allein an Unterbeamten und Arbeitern erspart werden, hat vielmehr in den beteiligten Kreisen allgemeinen Unwillen hervorgerufen, und wird für die zur Verweisung bestimmten Personen eine angemessene Lohn- und Gehaltsberhöhung und ein Wohnungsgeldzuschuss in bisheriger Höhe gefordert.

Ausgewandert aus dem Deutschen Reich sind über deutsche Häfen und über Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam in den Monaten Januar bis Juni dieses Jahres 11 871 Personen.

Um das Trinkgeld der Barbiergehilfen in die Taschen der Meister zu bringen, beschloß — so wird uns aus den Kreisen der Barbiergehilfen geschrieben — der in Dessau tagende Kongress der Barbier-Zünfte, die „Kassabücher“ der Gehilfen in „Kontraktbücher“ umzuwandeln und diese mit einer „Entlassungsklausel“ zu versehen. Begründet wurde der Beschluß wie folgt: Weil die Gerichte bei der Rechtsprechung die Meister im Stich gelassen haben (?), trotzdem es in den Kassabüchern heißt, daß der Gehilfe kein Trinkgeld annehmen darf, bekommt das Kontraktbuch folgenden von einem Rechtsanwalt empfohlenen Zusatz: „Jede Zuwiderhandlung gegen eine dieser Verpflichtungen berechtigt den Meister, den Gehilfen sofort zu entlassen.“ Durch diese Fassung wollen die Zunftmeister gegen das Verklagtwerden auf Lohn und Kost geschützt sein. — Weil also, wie durch Gerichtsbeschlüsse festgestellt und was dem gesunden Menschenverstand am nächsten kommt, dem Gehilfen das Trinkgeld gehört und rechtlich nicht dagegen anzukommen ist, wollen die Zunftmeister ihre Gehilfen zwingen, durch Unterschrift der Kontrakte sich zu verpflichten, auf das Trinkgeld zu verzichten. Das kolossale Ueberangebot von Arbeitskräften, hervorgerufen durch die Lehrlingskrise der hierzu privilegierten Zünftler, die laut eigenem Bericht auf ihren Arbeitsnachweiser nur 15 271 Gehilfen Arbeit nachweisen konnten, während sich 28 471 um Stellung bewarben, steht den Meistern bei ihrem Vorgehen helfend zur Seite. Der eigentliche Zweck der Einführung der Kontraktbücher ist, den Gehilfen das Trinkgeld „rechtmäßig“ nehmen zu können. Die Anerkennung der Kontraktbücher durch die Gehilfen soll diesen das Recht nehmen, auf Unterhaltung der Kündigungsfrist klagen zu können. Vor den Gehilfen soll dieser Zweck geheim gehalten werden; natürlich werden die organisierten Barbiergehilfen dieses Spiel vereiteln.

In Kassel wird am 1. und 2. Oktober der zweite deutsche Fortbildungsschultag abgehalten. Der Berliner Lehrerverein hat wegen der Wichtigkeit der Sache seinen Vorstand beauftragt, auf Vereinskosten einen Delegierten zu entsenden.

Ferienkolonien in der Schweiz. Nach einer statistischen Zusammenstellung gab es im Jahre 1895 in der Schweiz 20 Orte, welche 2199 Kinder in 73 Kolonien sandten und 4545 Kindern eine Milchkur ermöglichten. Die Einnahmen betragen 122 000 Fr., die Ausgaben 187 000 Fr. und das Vermögen der Kolonien 2 242 852 Fr. Aus dem Alkoholgehalt verarbeiteten die Kantone 16 140 Fr. für Zwecke der Ferienversorgung armer Kinder. Die Kolonien sind meistens in den Bergen und für die Kinder von den heilsamsten Folgen.

Scheidungen in der Schweiz. Im Jahre 1896 wurden in der Schweiz 1087 Scheidungen vollzogen, gegen 897 im Jahre 1895. Die meisten Scheidungen, 219, kamen im Kanton Zürich vor, 214 im Kanton Bern, 103 im Kanton Waadt, 90 in Genéve, im Kanton Schwyz keine. Eine Ehe wurde wegen Doppellehe der Frau für nichtig erklärt.

Unternehmer-Verbände.

In dem Verein Berliner Herren- und Knaben-Konfektionsfirmen ein gross berichtet der Vorsitzende, daß sich in Berlin eine Zentralstelle bilde, die an Stelle der noch immer fehlenden Handelskammer für Berlin die Interessen der Kaufmannschaft aller Branchen vertreten solle; insbesondere solle diese Zentralstelle dazu dienen, bei Abschluss von Zoll- und Handelsverträgen die Regierung durch gütliche Verhandlungen aus den von den Verträgen betroffenen Branchen zu informieren und zu unterstützen. Ueber die Wirksamkeit der Bundesrats-Verordnung für die Konfektions-Industrie wurden keine Beschwerden vorgebracht, da die meisten Konfektionäre der Branche keine eigenen Werkstätten besitzen und auch nicht weibliche und jugendliche Arbeitskräfte im Hause beschäftigen. Die Mitglieder sollen aber bei ihren „Meistern“ Umfrage halten, wie dort die Verordnungen gewirkt habe, und ob bereits „Schädigungen“ des Betriebes durch dieselbe entstanden seien. Das geringste Stück Arbeiterlohn bedeutet bei diesen wortbrüchigen Engros-Käufern natürlich Schädigung des Betriebes. Als neueste Fürsorge für ihre Arbeiter haben sie die Föhrung von Listen für die bei ihnen beschäftigten Schneider geplant. Natürlich zu dem Zweck, das Interesse der Branche zu wahren, auf gut Deutsch übersetzt: Mahnung derjenigen Arbeiter, die sich nicht willig jedem Zwange unterwerfen.

Das Zuckersyndikat ist, wie wir bereits gemeldet haben, noch zu keinem festen Zusammenschluss gekommen. Wie mitgeteilt wird, sind von den 400 Zuckersabriken in Deutschland nur 240 auf der Konferenz vertreten gewesen und nur 169 haben sich dem Kartellvertrag angeschlossen. Dagegen ist wohl anzunehmen, daß die Organisation mit genügender Beteiligung noch zu hande kommt, denn durch die differenzielle Behandlung des deutschen Zuckers in Amerika, die Erhöhung der Exportprämie in Oesterreich und des auf fünf Jahre fest abgeschlossenen Kartells in Oesterreich, wird der Anreiz zu einer Kartellbildung in Deutschland stark gesteigert werden. Die Organisation soll in ihrem Aufbau ganz ähnlich der österreichischen Kartellbildung gestaltet werden. Das Konsortium giebt den Rohzucker zu einem nach den Verhältnissen mit entsprechendem Ausschlag berechneten Preis an die Raffinerien ab und diese normieren dann den Inlandspreis. Dieser Preis soll in gewisser Stetigkeit über den Weltmarktpreis gehalten werden. Die deutschen Zuckerkonsumenten werden also noch um ein Bedeutendes mehr geschädigt werden als das bisher schon durch die Produktionswirtschaft geschah.

Der deutsche Zuckerkonsum hat zu gewärtigen, daß er künftig neben der Steuer und der Ausfuhrprämie, die den Preis in die

Höhe treiben, auch noch von dem Zuckersyndikat geschädigt wird. Traglich erscheint es, ob die Landwirthe, die den Rübenbau pflegen, Nutzen von dieser Ringbildung haben. Solche Syndikate führen nicht selten zu Betriebsbeschränkungen und sind ihren Lieferanten gegenüber in sehr starker Position.

Vom Ruhrkohlenmarkt wird der „Rln. Volksztg.“ von sachmännischer Seite geschrieben: „Das diesjährige Bergwerksgeschäft steht unter dem Zeichen eines empfindlichen Arbeitermangels, dem abzuhelfen den Zechen trotz der Herausziehung zahlreicher fremder Arbeiter aus allen Richtungen der Provinz bis heute noch immer nicht gelungen ist. Zu Ueberflüssen, zu welchen man sonst in solchen Fällen seine Zuflucht zu nehmen pflegt, wollen die im Gebirge arbeitenden Bergleute sich nicht verstehen, da sie behaupten, nach Beendigung einer Schicht zu weiterer Arbeit untauglich zu sein. Man darf diesen Leuten dies ohne Bedenken glauben und auch die Grubenbeamten wissen es, wenn sie sich auch ab und zu den Aufsehern geben mögen, als wählten sie es nicht. Kurz: der Absatz in Kohlen ist gegenwärtig ungewöhnlich stark, und die Zechen sind fast ohne Ausnahme bis zu ihrer vollen Leistungsfähigkeit, zum Theil sogar bis über dieselbe hinaus in Anspruch genommen. Das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat hat im Verlaufe des Sommers stotter verkauft und verkauft noch immer, denn die Nachfrage ist sehr groß und das Syndikat hat das Geschäft fast ganz allein in der Hand. Denn was wollen die paar „Quetschen“ besagen, die so „eigenartig“ waren, dem großen und mächtigen Verbande nicht beizutreten, von dem doch nur allein alles Heil zu erwarten ist? Das Kohlenyndikat ist mächtig und die Käufer sind gefügig, daher auch höhere Preise! Was nützt mir der Mantel, wenn er nicht gerollt ist, und was nützt der flotte Kohlenabsatz, wenn die Preise nicht hoch genug sind! — Nicht hoch genug? — Dumme Frage — steht ihr denn nicht, wie rasch die Arbeitslöhne und die Preise für Grubengebäude-Gegenstände steigen und wie die Zechen schwerer erliegen unter den schweren, durch die sozialpolitische Forderung ihnen auferlegten Verpflichtungen? — Seht die mageren Dividenden, die vertheilt werden, 8—15 pCt., und wenn es hoch kommt, auch 20. Ist das noch ein Geschäft? — Darum der Ruf auf der ganzen Linie nach höheren Preisen. Werden solche eintreten? Nein, die „Nichtpreise“ bleiben bestehen; nur für Kohlen sollen sie um 1 M. die Tonne erhöht werden. Und die „Verkaufspreise“? Nur bei „Nachbestellungen“ tritt eine geringe Erhöhung ein, sonst bleibt alles beim alten. Wie beschaffen! Wenn's nur wahr wäre. Die Kohlenverbraucher werden ganz anders. Da ist ein Hagener Eisenwerk und ein westfälisches Stahlwerk, die beide in ihren letzten Jahresberichten lebhaften Klagen über die Vertheuerung der Brennstoffe führen und das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat allein dafür verantwortlich machen, weil es bei der Preissteigerung auf die Lage des Schwefelergewerbes zu wenig Rücksicht nehme. Und diese nicht allein, auch anderswo werden zahlreiche Klagen laut, ohne daß sie Berücksichtigung finden. Der Syndikatsvorstand stört sich wenig an „Nichtpreisen“ und bestimmt die „Verkaufspreise“ kraft der ihm erteilten Vollmacht nach seinem Gutdünken lieber zu hoch als zu niedrig.“

Der Anregung des eisenfischen Syndikats folgend, haben die Ramnagar Spinner in einer Versammlung in Frankfurt am Main, in der die deutschen Ramnagar Spinner mit einem Betrieb von 1 800 000 Spindeln vertreten waren, beschlossen, eine Betriebs-einschränkung von 20 pCt. eintreten zu lassen. — In Augsburg hatte sich eine gleiche Interessenten-Versammlung, die 87 000 Webstühle in Betrieb haben, für die Einschränkung erklärt. Die französischen Baumwollspinnereien und Webereien des Mosellales haben in Hinblick auf die durch die Ueberproduktion entstandene Krise beschlossen, die Arbeit wöchentlich um einen halben Tag zu reduzieren.

In der Textilindustrie ist allgemein ein starker geschäftlicher Rückgang wahrzunehmen. In der Schweiz ist die Ausfuhr um ein bedeutendes zurückgegangen. In England machte sich im Verband der Baumwoll-Fabrikanten von Nordost Lancashire, der in Manchester seine Sitzung abhielt, eine starke Stimmung geltend, die Löhne herabzusetzen. Der Verband vertritt 6 000 000 Spindeln und 200 000 Webstühle und sind dabei 140 000 Arbeiter interessiert. Vollauf ist der Versuch, Lohnreduktionen vorzunehmen, gescheitert, da die Arbeiter gesonnen sind, sehr energischen Widerstand zu leisten. Die Textilindustrie in Deutschland zeigt einen nicht minder gedrückten Geschäftszug. Die Einschränkungen der Produktion kommen immer mehr zur Geltung und herrscht bereits sehr empfindliche Arbeitslosigkeit.

Soziale Rechtspflege.

Die Bezahlung der christlichen Feiertage verlangte der Werkmeister E. in einem Prozeß, den er gegen seinen früheren Unternehmer angestrengt hatte. Die Verhandlung ergab, daß Kläger Wochenlohn erhielt und die Ueberzeitarbeit besonders bezahlt bekam. Die Kammer V des Oberberichts unter dem Vorsitz des Assessors Tschow wies den Anspruch auf die Feiertagsbezahlung zurück. Da ihm die Mehrarbeit berechnet worden sei, könne er für die Tage nichts verlangen, wo nichts zu thun war.

Unbefugtes Verlassen der Arbeit. Gegen eine Lohnentschädigungsklage des Hausdieners und Portiers A. machte der besagte Hotelier Hübner geltend, der Kläger habe die Arbeit unbefugt verlassen. A. behauptete dagegen, er sei nur schnell in die Destille an der nächsten Ecke gegangen, um Geld zu wechseln, und zwar sei dies im Geschäftsinteresse nöthig gewesen, da er abends kleines Geld gebraucht hätte. Die Kammer VI, der Assessor Krause vorsah, wies ihn jedoch ab. Als Portier hätte ihm auch die Bewachung des Hauses obliegen; er hätte deshalb, wollte er wirklich Geld wechseln, für eine Vertretung sorgen müssen. So liege aber unzweifelhaft ein unbefugtes Verlassen der Arbeit vor.

Eine weit verbreitete Unsitte wird durch ein Urteil getroffen, das die Kammer I. des Oberberichts gefällt hat. Gegen Frau Wolfstein, die Inhaberin einer Arbeitsstube, klagte die Mantelnäherin St. auf Zahlung von 8 M., die sie für drei Arbeitstage verlangte. Die Beklagte wandte dagegen ein, die Klägerin habe „auf Stück“ arbeiten sollen, sie habe jedoch die angefangene Arbeit nach drei Tagen liegen lassen, so daß sie von anderen fertig gemacht werden mußte. Diese hätten den ihr zugesagten Akkordlohn erhalten. Zum Erkennen des Gerichtshofes gab die Beklagte dann zu, der Klägerin garnicht gesagt zu haben, daß es sich um Akkordarbeit handele, auch habe sie ihr nicht mitgeteilt, wie viel für das Stück gezahlt werde. Sie meinte, Mantelnäherinnen arbeiteten gewöhnlich in Akkord, und daß es Akkordarbeit sei, habe sich die Klägerin denken können. Auf Verlangen erklärte die Frau es für ganz selbstverständlich, daß den Reingehälften beim Beginn der Arbeit nicht gleich der Akkordlohn genannt werde. Die Arbeiterinnen erkundigten sich gewöhnlich bei ihren Kolleginnen nach dem Preise. Der Gerichtshof fand aber diese Thatfache in vielen Werksstätten und Arbeitsstuben eingetragene Unsitte durchaus nicht schön und auch nicht selbstverständlich. Der Standpunkt der Beklagten sei unbillig. Wenn eine Lohnverabredung nicht erfolge, dann sei einfach Tage- oder Wochenlohn zu geben. Der ursprüngliche Tagelohn betrage aber 1,50 M., für drei Tage händen Fräulein St. somit 4,50 M. zu.

Gewerbekrankheit oder Betriebsunfall. Bei dem Arbeiter Hennig hatte sich eine Entzündung des linken Handgelenks eingestellt, nachdem er mehrere Stunden lang in einem Eiseller das zusammengeformte Eis mit einer Brechstange gelöst hatte. Sein Zustand verschlechterte sich derart, daß er arbeitsunfähig wurde. Er wandte sich dann wegen einer Unfallrente an die Expeditions- und Speicherei-Versicherungsgesellschaft. Sie wurde ihm verweigert, und auch das Schiedsgericht erkannte zu seinen Ungunsten. Es nahm gleich der besagten Versicherungsgesellschaft an, daß es sich hier höchstens um die Folgen einer Gewerkekrankheit, nicht aber um die eines Betriebsunfalls handele. Die Entzündung habe sich sicherlich durch das fortwährende Aufstoßen mit der Brechstange langsam entwickelt. Der Kläger legte Rekurs ein und gab vor dem Reichs-Versicherungsausschuss an, man rutsche manchmal bei dem Aufstoßen aus und

dann gebe es einen Ruck. In einem Obergutachten führte der Bezugsphysikus Sanitätsrath Beder aus, die Krankheit der Hand sei eine chronische Sehnencheiden-Entzündung. Zur Frage nach dem Vorliegen eines Unfalles bemerkte er, die Streckungsverbindung der linken Hand werde bei dem Einstoßen besonders stark angestrengt und sie könne bei einem unsicheren oder ungeschickten Stoße sehr leicht beschädigt werden. Die größere Wahrscheinlichkeit spreche für eine mehr oder minder plötzliche Einwirkung auf die Hand, und daß umso mehr, als schon eine heftige Sehnencheiden-Entzündung arbeitsunfähig mache. Das Reichs-Versicherungsausschuss verurtheilte die Versicherungsgesellschaft zur Rentenverpflichtung, indem es sich auf das Gutachten stützte und annahm, die auf einen kurzen Zeitraum beschränkte schädliche Einwirkung des Einstoßens auf das Handgelenk sei als Unfall zu betrachten.

Ein Kapitel vom Ungern. Die Firma S. Sternberg junior (Wäschefabrik) verklagte die Plätterin H. beim Gewerbegericht und verlangte ihre Verurteilung zur Zahlung von 9 M., indem sie geltend machte, die Beklagte habe durch die Nichtbeachtung der Kündigungsfrist einen Kontraktbruch begangen. Fräulein H. betonte demgegenüber vor der Kammer I., sie sei plötzlich fortgeblieben, weil sie zu wenig verdient habe. Thatsächlich habe dann auch das Mädchen während der zwei Jahre, wo sie bei S. Sternberg junior thätig war, im Durchschnitt ungefähr acht Mark wöchentlich verdient; manchmal war es weniger, manchmal hatte sie ein paar Pfennige oder Groschen mehr. Der Vorsitzende Hellwig machte sie darauf aufmerksam, daß sie die Kündigungsfrist hätte inne halten müssen und daß sie gut thun werde, auf den Vorschlag von Sternberg's Vertreter einzugehen und noch 14 Tage bei der Firma zu arbeiten. Von ihrem Gefühl fortgerissen und unter Thränen erklärte das Mädchen darauf in sich überstürzten Worten, sie gehe nicht wieder zurück zur Klägerin, lieber gehe sie ins Wasser. Sie hätte nicht dableiben können, sie sei dort halb verhungert und hätte nicht noch länger hungern können, und schlecht werden wolle sie auch nicht. — Der Vertreter von S. Sternberg jun. lehnte es ab, auf die Forderung zu verzichten. Die Mädchen liefen so oft ohne Kündigung fort, daß man sich nicht anders als durch ein Exempel helfen könne. — Die Beklagte wurde verurtheilt, entweder auf 14 Tage zu S. Sternberg jun. zurückzukehren, oder 9 M. zu zahlen. Verdiente sie zu wenig, so sei das kein Grund, die Arbeit plötzlich zu verlassen. Die Nichtbeachtung wäre eine andere, wenn man sie als Akkordarbeiterin nicht ausreichend beschäftigt hätte.

Das Reichs-Versicherungsausschuss hatte in der Unfallsache des Maurers Schulte zu entscheiden, ob ihn die landwirtschaftliche oder die Bauwerks-Versicherungsgesellschaft für einen Unfall zu entschädigen habe. Die Landwirthin Krausemann hatte den Maurer Tornow dazu engagirt, ihre Wohn- und Stallgebäude zu repariren und zu weissen, und Tornow nahm sich den Schulte dabei zur Hilfe. Neben der Landwirtschaft betreibt nun Frau Krausemann noch einen kleinen Kauschank. Als Schulte in dem Gastraum arbeitete, fiel er von der Leiter und erlitt einen Leistenbruch. Die Bauwerks-Versicherungsgesellschaft lehnte seinen Anspruch auf eine Unfallrente mit der Begründung ab, daß hier die landwirtschaftliche Versicherungsgesellschaft einzutreten habe. Dieser Bescheid wurde rechtskräftig. Kläger wandte sich dann an die landwirtschaftliche Versicherungsgesellschaft, indessen ebenfalls ohne Erfolg. Das Schiedsgericht jedoch verurtheilte demnach diese Versicherungsgesellschaft. Das Weissen von Wohn- und Wirtschafts-räumen gehöre in landwirtschaftlichen Betrieben zu den laufenden Reparaturarbeiten. Während ihrer Dauer hätten deshalb die beiden Maurer, die ohne Vermittlung eines Unternehmers beschäftigt wurden, der landwirtschaftlichen Unfallversicherung unterlegen. Die Schankwirtschaft als Nebenbetrieb der Landwirtschaft komme nicht für die Entscheidung in Frage. Das Reichs-Versicherungsausschuss hob aber das Urtheil auf und stellte den abgehenden Bescheid der Versicherungsgesellschaft wieder her. Es könne nicht davon die Rede sein, daß die Arbeit, bei der der Kläger verunglückte, dem landwirtschaftlichen Betriebe versicherungspflichtig zugehöre. Kläger sei in einem Räume zu Schaden gekommen, der ausdrücklich und ausschließlich der Schankwirtschaft gewidmet gewesen sei. Als Reparaturarbeit im Interesse des landwirtschaftlichen Betriebes könne die unfallbringende Thätigkeit im Gastraum aber nicht angesehen werden, sie sei vielmehr bei der örtlich zuständigen Bauwerks-Versicherungsgesellschaft versichert. Das Reichs-Versicherungsausschuss werde letztere zu bewegen suchen, dem Kläger trotz ihres rechtskräftigen Bescheides die Rente zu gewähren.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Swinemünde, 11. Sept. (W. Z. B.) Der Lloyd-Dampfer Kaiser Wilhelm der Große ist flott und hat heute Nachmittag den Ausgang der Kaiserfahrt und die Swine-Einfahrt passiert.

Swinemünde, 11. September. (W. Z. B.) Der Lloyd-Dampfer Kaiser Wilhelm der Große ist mit Hilfe von drei Eisbrechern, drei Vergugsdampfern und drei Schleppdampfern im hiesigen Hafen eingetroffen.

Frankfurt a. M., 11. September. (W. Z. B.) Wie die „Frankf. Zeitung“ berichtet, hat dem Frankfurt-Hamburger Personenzug gestern Abend vor der Station Bodenheim ein Zusammenstoß mit einer Maschine gedroht. Den Stationsbeamten gelang es durch Rufe und Zeichen, den Zugführer auf die Gefahr aufmerksam zu machen. Die Premsen funktionirte vorzüglich.

Frankfurt a. M., 11. September. Die „Frankfurter Ztg.“ meldet aus Konstantinopel, die neuerliche Redaktion des Artikel 6 des Friedensvertrages, welche Lord Salisbury's Vorschläge mit den deutschen Propositionen vereinigt, ist von Salisbury telegraphisch abgelehnt worden, doch betrifft die Ablehnung noch den Versicherungungen der Volschaffer keinerlei prinzipielle Fragen, sondern lediglich die Stillföhrung, so daß die Volschaffer hoffen, in der nächsten Sitzung die richtige Fassung zu treffen.

Wien, 11. September. (W. Z. B.) Das Ehepaar Rudolf und Katharina Kreise, welches eines am 4. September bei dem Juwelier Dombrowelli in Karlsbad verübten großen Juwelendiebstahls verdächtig ist, wurde, wie der hiesigen Polizeidirektion aus Leipzig gemeldet wird, dort verhaftet.

Budapest, 11. September. (W. Z. B.) Nach nahezu dreiwöchiger Dauer kann der Ausstand der Maurer nunmehr als beendet angesehen werden, da in der heutigen Konferenz der Meister und Arbeiter beschloffen wurde, die noch bestehenden Differenzen auszugleichen und gewisse Aenderungen an der Arbeitsordnung vorzunehmen.

Meran, 11. September. (W. Z. B.) In der letzten Nacht wurde in das Komtoir der eisenfischen Fabrik von Gang u. Co. eingebrochen und eine Kasse gerahbt, in welcher sich mehrere tausend Gulden befanden. Von den Dieben fehlt jede Spur.

London, 11. Sept. (W. Z. B.) Nach neuerer Meldung aus Bohamburg scheint die im Dynamitwerk der George Goch Amalgamated Mine — nicht George Goch Deep Level Mine, wie Mutter's Bureau meldete — stattgehabte Explosion einen beträchtlichen materiellen Schaden nicht angerichtet zu haben. Auch der Verlust an Menschenleben ist geringer, wie ursprünglich mitgeteilt. Von schwarzen Arbeitern sind acht getödtet und zwölf erheblich verwundet worden. Weiße Arbeiter sind von dem Unfall nicht betroffen worden.

Athen, 11. September. (W. Z. B.) Aus Athen ist bei der hiesigen Regierung ein Telegramm eingelaufen, welches besagt, daß der Artikel II des Friedensvertrages, betreffend die Kontrolle und die Höhe der Kriegsschadung, geföhrlich in allen Einzelheiten festgestellt und von der Pforte angenommen worden ist. Die griechische Regierung hegt die Befürchtung, daß ihre Meinung in der Frage des Arrangements mit den alten Gläubigern überhaupt nicht gehört, und daß der zu zahlende Zinsfuß einfach von den die Kontrolle führenden Vertretern der Mächte festgestellt werden wird.

Belgrad, 11. Sept. (W. Z. B.) In der Staats-Tabakfabrik sind große Unterschleife entdeckt worden. Der Direktor der Fabrik, sowie drei andere höhere Beamte sind in Untersuchung gezogen worden.

Für die Opfer der Hochwasser-Katastrophen

Sind uns ferner die folgenden Beiträge zugegangen:
Geburtstagsfeier „Weiße Rette“, Königsgraben 4.— Seifert, Köpenickerstr. 19a 1,50. Orchesterchor „Vorwärts“, Nizdorj 10.—
Ranchklub „Rauch“ beim Stiftungsfest gesammelt 3,75. Kraftklub „Jugendkraft“, Moabit 8.— Vergnügungsfeier der Träger bei Priester u. Eid 2,20. Korbmacherverstöße Zimmer, Blumenstr. 37 15,40. Heintze 1.— Gr. Lichterfelde d. Schlüter 1,50. Ueberschuss von der Matinee in Nizdorj, Viktoriafale: Gef. B.: Z. u. G. Ar. Sch. Or. G. „Eintr.“ „Garm. III.“ „Eintracht“ 40.— Ueberschuss von der Abschiedsfeier eines sog. Rekruten 1,40. Von einer Wette der 1887er Wahl 2.— Summa 55,75.
Bereits quittirt 3077,54. Gesamtsumme 8163,09.
Weitere Beiträge können unsere Expedition entgegen.

Lokales.

Dem Provinzial-Parteitag von Brandenburg, der heut Mittag zu wichtigen und auch für die Gesamtpartei bedeutungsvollen Beratungen zusammentritt, anbieten auch wir herzlichstes Willkommen!

Das ganze sozialistische Deutschland interessiert sich für die Beratungen und Beschlüßfassungen des Parteitages, an dem die Vertreter der Wahlkreise Berlins und seiner näheren und weiteren Umgebung teilnehmen werden.

Für die Entschlüsse des gesamt-deutschen Parteitages in Hamburg wird es nicht gleichgültig sein, wie sich die Genossen der Provinz Brandenburg heute zu den schwebenden Parteifragen stellen werden.

Beste Arbeit im Interesse des kämpfenden Proletariats wünschen wir unseren allezeit im Vordertreffen stehenden Brandenburgern!

Arbeiter-Bildungsschule. Heute Abend 7 Uhr in Cohn's Festsaal, Deutstr. 20, Vortrag des Genossen W. Viehnecht über: Wichtigkeits-materialistische Weltanschauung. Wir machen die Genossen und Genossinnen hiermit noch besonders auf das interessante Thema aufmerksam und bitten um zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

Die Freie Volksschule beginnt heute Nachmittag um 8 Uhr mit der Premiere von Carl Müllers „Fusionen“ den Winter-Spielplan. Die Mitglieder der ersten Abteilung werden gebeten, pünktlich zur Vorstellung zu erscheinen. Im Theater werden Beiträge nicht entgegen genommen, daher würde sich jedes Mitglied überzeugen, daß seine Mitgliedskarte in der Rubrik 5 für neun Mitglieder 2 Mark, für alle Mitglieder in der Rubrik 6 und 8 je eine Marke enthält. Die erste Abteilung ist geschlossen. Neuauflagen für die zweite Abteilung können nur noch bis Mittwoch, den 16. September, erfolgen. Die zweite Vorstellung für die zweite Abteilung findet Sonntag, den 19. September, nachmittags 8 Uhr, statt. Die Hauptrollen liegen in den Händen von Herrn Wendt und Fräulein Willy Krause vom Königl. Schauspielhaus zu Berlin als Gästen. Der Vorstand.

Die städtische Parkdeputation hat gestern unter Vorsitz des Stadtrats Rocham beschlossen, zur Regulierung und Bepflanzung des Platzes D Abteilung XII des Bebauungsplanes, der von der Dunder-, Lette-, Löhner- und Raumerstraße begrenzt wird, 80.000 M. in den nächstjährigen Etat einzustellen. — Bei der Bürgerchaft ist bei den Regensauern des diesjährigen Sommers eine Insektenplage im Viktoriapark empfindlich vermisst worden. Die städtische Parkdeputation hat nun beschlossen, dem Uebelstande dadurch abzuwehren, daß in dem beregneten Park Schutzbücher errichtet werden. — Durch Bittgesuche der Anwohner des Planufer ist angeregt worden, den Sandstreifen zwischen Waterloostraße und Tempelherrenstraße mit gärtnerischen Anlagen zu versehen. Diesen Gesuchen will die Parkdeputation baldmöglichst entsprechen; die erforderlichen Mittel sollen in den nächstjährigen Etat eingestellt werden. — Die Parkdeputation hat beschlossen, den dem Fiskus gehörigen, bereits aufgekauften, 2997 Quadratmeter großen Anlandungsstreifen an der Spree zwischen dem städtischen Steindampfaback und dem Mastenkrahn in Treptow zum Preise von 50 Pf. für das Quadratmeter zu erwerben.

Das Berliner Proletariat vor fünfzig Jahren.

Es dürfte überflüssig sein, die Gründe näher anzugeben, warum wir gerade in diesem Jahre einen Blick auf das wirtschaftliche Leben Berlins vor fünfzig Jahren werfen. Das Sturmjahr 1848 läßt sich nur auf Grund einer genauen Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse der damaligen Zeit verstehen. Die politischen Ereignisse des Revolutionsjahres finden in den wirtschaftlichen Zuständen der nächst vorhergehenden Zeit ihre Erklärung und Erläuterung.
Berlin war trotz seiner 800.000 Einwohner vor fünfzig Jahren noch eine Handwerkerstadt, die freilich nur die Schattenseiten des Handwerks in verstärkter Maßstäbe wieder spiegelt. Während draußen in der Provinz das Handwerk noch kräftig sich zu erhalten wußte, war in der Hauptstadt sein Niedergang eine ausgemachte Sache. Wohl 200.000 Personen hingen in ihrer Existenz direkt von dem Ergehen des Handwerks ab. Man zählte, abgesehen von den Webern, im Jahre 1846 27.125 selbstständige Meister und 50.938 Gehilfen und Lehrlinge. Alle Berufe waren überfüllt; Handwerker, die in der Provinz nicht reüssierten, drängten nach Berlin, und die Gewerbe-Gesetzgebung begünstigte diesen eigenhümlichen Aufschwung Berlins, das 1810 erst 162.000, 1816 195.200, 1840 aber 322.820, 1847 endlich gegen 390.000 Einwohner zählte. Die Masse der Meister wuchs in einzelnen Berufen so stark an, daß ein damaliger Kenner der Gewerbeverhältnisse sagen konnte, die Arbeit sei bei der wachsenden Masse der Bevölkerung zum Hazardspiel geworden. Nur der glückliche und begünstigte Teil hatte guten Verdienst. Alle anderen aber lebten in einer permanenten Unsicherheit, ob sie auch Arbeit erhalten würden. Eine große Zahl der kleinen Meister arbeiteten die Woche hindurch ohne jede Sicherheit, bloß auf die Möglichkeit hin, ihre Arbeit am Ende der Woche zu verwerten. Die Verdauernswerte fielen den damals aufkommenden Zwischenhändlern in die Klauen, die dem Handwerker die Kunden abnahmen und seine Arbeit zu Spottpreisen abkauften. Berlin zählte damals an 4000 selbstständige Schneider, von denen zwei Drittel keine hinreichende Bestellungen hatten. Dagegen gab es 206 Kleiderhändler, die ihre Waaren zu Spottpreisen von den kleinen Meistern bezogen. Wollten die Meister nicht billig genug liefern, so wandte man sich an die Militär Schneider, die damals den Zivilschneidern die schärfste Konkurrenz machten. Die sogenannten Arbeiterkompagnien nahmen von den Händlern Bestellungen entgegen, fertigten z. B. das Paar Hosen zu 4—5 Silbergroschen an. Dabei konnten freilich die kleinen Meister nicht bestehen. Nebenbei wie bei den Schneidern war es in anderen Zweigen des Handwerks. Selbständige Schuhmacher zählte man 3000, Tischler 2000, deren größter Teil auch für die Händler arbeitete. Am schlimmsten daran waren freilich die Weber, die für Berlin und Umgegend auf 20.000 geschätzt wurden. Auch im glücklichen Fall der Arbeit konnten diese Leute von ihrem Verdienst nicht leben.

Ueber Berliner Wohnungs-Komfort, gegen dessen angebliche Zunahme auch in weniger bevorzugten Stadtteilen und bei kleineren Wohnungen zwei Hausbesitzer-Organen kürzlich so geäußert haben, geben die bei Gelegenheit der Volkszählungen angefertigten wohnungswirtschaftlichen Ermittlungen Aufschluß. Die letzten Veröffentlichungen hierüber behandeln erst das Jahr 1890, sind aber noch heute von Interesse. Es wird ja auch mit dem Wohnungs-Komfort in Berlin, trotz gegentheiligter Behauptung der Hausbesitzer, inzwischen kaum viel anders geworden sein, — wenigstens nicht in den kleinen Wohnungen der Arbeiterviertel. Die Ergebnisse von 1890 bekräftigen die jedem bekannte Thatsache, daß eine „komfortable“ Wohnung sehr verschieden ausfällt, je nachdem sie für „Herrschaften“ oder für den „kleinen Mann“ bestimmt ist. Es bestehen in Berlin in dieser Hinsicht die schroffen Gegensätze. 1890 schloß z. B. die Küche, die man doch gewiß als das Minimum des „Komforts“ anzusehen hat, bei 65 von je 1000 Vorder- und bei 115 von je 1000 Hinterwohnungen. Daß diese Wohnungen ohne Küche nicht zu den „herrschastlichen“ gehörten, darauf deutet schon der Umstand hin, daß sie in den Hinterhäusern viel häufiger als in den Vorderhäusern gefunden wurden. Ihre Zahl blieb auch in den mittleren Stockwerken (Beletage u. s. w.) beträchtlich hinter den oben angegebenen Durchschnitt zurück, während sie in den unteren (Erdegesch., Keller) und den oberen dementsprechend darüber hinausging. In den obersten Stockwerken stieg die Zahl bis 101 bezw. 154 pro 1000 Vorder- bezw. Hinterwohnungen! Hier mußte überdies am häufigsten die Küche, wenn eine solche vorhanden war, von mehreren Familien gemeinschaftlich benutzt werden. Selbstverständlich hatten auch von den verschiedenen Stadtteilen die vorwiegend von einer ärmeren Bevölkerung bewohnten im allgemeinen die meisten Wohnungen ohne Küche. Neben die Küche gehörte von Rechts wegen eine Speisekammer. Für diese bildet aber in Berlin wegen des Fehlens, sondern das Vorhandensein die Ausnahme; doch besteht natürlich auch hierbei noch ein scharfer Gegensatz zwischen „herrschastlichen“ und anderen Wohnungen. Nur 157 bezw. 19 pro 1000 Vorder- bezw. Hinterwohnungen hatten eine Speisekammer, speziell in den obersten Stockwerken nur 74 bezw. 16, im Keller sogar nur 11 bezw. 4 pro 1000. In der Thiergartenvorstadt wurden aber 542 bezw. 177, in der Schöneberger Vorstadt 517 bezw. 74, dagegen auf dem Wedding nur 88 bezw. 4, im östlichen Teil der jenseitigen Luisenstadt nur 16 bezw. 1 pro 1000 gezählt. Zum eigentlichen „Komfort der Neuzeit“ gehört ein Wasser-Kloset. Ein solches hatten 539 bezw. 770 pro 1000 Vorder- bezw. Hinterwohnungen. Die verschiedenen Stockwerke weichen, ebenso wie die verschiedenen Stadtteile, nur wenig von diesen Durchschnitten ab. Die Gegensätze treten hier mehr in der größeren oder geringeren Häufigkeit gemeinschaftlicher Klosets hervor. Wenn in den mittleren Stockwerken 495, in den obersten aber 355, im Keller gar nur 147, andererseits in der Thiergartenvorstadt 711, im östlichen Teil der jenseitigen Luisenstadt aber nur 206 pro 1000 (Vorder- und Hinter-) Wohnungen ein besonderes Wasser-Kloset hatten, so wird man zugaben, daß auch in diesem Punkte die kleineren Wohnungen erheblich schlechter ausgestattet sind. Eine Wade-Einrichtung hatten nur 101 bezw. 7 pro 1000 Vorder- bezw. Hinterwohnungen, und zwar z. B. in der Thiergartenstadt 533 bezw. 55, Schöneberger Vorstadt 370 bezw. 30, aber auf dem Wedding 17 bezw. 1, in der östlichen jenseitigen Luisenstadt 15 bezw. 1 pro 1000. Ähnliche Unterschiede befanden zwischen den Stockwerken. Ein Hängeboden endlich — denn auch der hat lange genug als unentbehrliches Zubehör einer „komfortablen“ Berliner „Herrschastwohnung“ gegolten — fand sich z. B. in der Schöneberger Vorstadt in 574 bezw. 140, in der Thiergarten-Vorstadt in 489 bezw. 190, aber in der östlichen jenseitigen Luisenstadt nur in 61 bezw. 18, auf dem Wedding nur in 62 bezw. 14 pro 1000 Vorder- bezw. Hinterwohnungen. Hier stehen unter den Stadtteilen die wohlhabenderen — nebenbei bemerkt: auch unter den Stockwerken die theureren — mit den meisten Hängeböden an der Spitze. Das erklärt sich sehr einfach; man denke nur an die humane Sitte der Benutzung des Hängebodens als Mädchenkloset, die so lange in „herrschastlichen“ Häusern ziemlich allgemein üblich war.

Auf dem Tische des Proletariats ist Fleisch ein äußerst selten erscheinender Leckerbissen. Ein Teil derjenigen, die sich gutes Fleisch überhaupt nicht leisten können, greift zu mehr oder minder fragwürdigen Ersatzmitteln, die, obgleich sie in anbetrachter ihrer Qualität theuer genug bezahlt werden müssen, oft nur mit großer Mühe und unerbittlichem Fleiß zu erlangen sind. Seit einigen Wochen sind die Fleischpreise gestiegen. Kein Wunder also, wenn neuerdings der Andrang der Käufer

Ein sehr geschickter Weber, der an einem Stück (68 Ellen) 17 1/2 breiter Leinwand vierzehn Tage zu arbeiten hatte, verdiente hieran etwa 8 Thlr. 5 Sgr. Frau und Kinder lebten abwechselnd von Kartoffeln und Hasergrübe, was sie 2 1/2 Sgr. kostete. Der schlecht gekleidete Kinder wegen ward täglich, die längere Hälfte des Jahres, geheizt, was 1 1/2 Sgr. pro Tag ausmachte. Die Monatsausgaben einer solchen Familie beliefen sich auf 7 1/2 Thlr., während die Einnahme im glücklichsten Falle nur 6 1/2 Thlr. betrug.

Kein Wunder, daß gerade die Weberbevölkerung in schrecklicher Weise demoralisirt. Namentlich war der Diebstahl an der Tagesordnung. Denn leben mußten die Leute, nur von dem Verdienst der Arbeit zu leben, war auch bei der strengsten Lebenshaltung unmöglich. Kommandos bei Potsdam, dessen Bevölkerung fast ausschließlich aus Weberfamilien bestand, war damals bei den Besitzenden wegen der sorgfältigen Diebereien verurteilt.

Doch nicht nur die Lage der Weber, sondern die der ganzen Handwerkerbevölkerung mußte zu den bedrohlichsten Erscheinungen trotz Polizei und strengster Strafgesetze führen. Das, was man heutzutage Lumpenproletariat nennt, erhielt aus den Schichten der verkommenen Handwerkerbevölkerung die stärkste Zuspitze. Es sind geradezu ungläubliche Zahlen, mit denen die Summe dieser Unglücklichen geschätzt wurde.

Berlin zählte an 6000 Almosenempfänger, ebenso viele arme Kranke, 3 bis 4000 Bettler, für die die Stadt mit annähernd 400.000 Thalern sorgte. Dazu kam das Heer der Verbrecher und des lichtscheuen Gefindels, das nach einer Schätzung allein aus 24.000 bestanden haben soll. Ist auch diese Angabe entschieden zu hoch, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß diese großstädtische Bevölkerungsschicht im damaligen Berlin sehr stark vertreten war. Schon die Tätigkeit der Polizei giebt uns über die Stärke der Delinquenten einige Anhaltspunkte. Um tausend Personen herum lieferte sie pro Monat als Gefangene an die Stadtvogel am Molkenmarkt ein. Dabei beherbergten die Gefangenenanstalten Berlins fast 4000 Personen. Außerst zahlreich war auch die Prostitution in den verschiedensten Abarten vertreten. Man schätzte die Zahl solcher Mädchen auf 10.000, ganz abgesehen von dem Kontingent, das die 18.000 Dienstmädchen dazu stellten, und das mindestens noch 5000 Köpfe betrug. Die Dienstmädchen erhielten in sehr vielen Häusern schmale Kost und nur 8—20 Thaler Jahreslohn. Dafür wurde aber manchen von der Herrschaft der Haushälterin zugesetzt, was nach damaliger Auffassung soviel bedeutete, als daß sie das sonst Nützliche sich durch Prostitution zu verdienen sollte. Die damaligen Dienstmädchen sollen theilweise so kurz gehalten gewesen sein, daß sie, um überhaupt existieren zu können, zum Stehlen und Betriegen geradezu angehalten waren. Selbstverständlich war auch die Zahl der unehelichen Geburten nicht gering. Auf 13.000 Geburten kamen 2000 uneheliche; außerdem zählte man 2000 Waisen und ebenso viele Pflegekinder. Für die Erziehung der Kinder wurde wenig getan; von 68.000 schulpflichtigen Kindern besuchten nur etwa 37.000 die Schule; die

an der Kochanstalt für das Fleisch sinniger und verächtlicher Thiere auf dem städtischen Schlachthofe besonders stark ist. Vor dem Verkaufsschalter ist durch eine längs der Mauer aufgeschlagene Barriere ein Gang gebildet, derart, daß die Käufer der Reihe nach einzeln an den Schalter herantreten müssen, ähnlich wie im Kassensturz eines Theaters, nur entsprechend primitiver. Schon einige Stunden vor Beginn des Verkaufes kommen Frauen und Kinder, um als vordefte in der Reihe Platz zu nehmen. Immer mehr schwillt die Schaar an, die von dem hier feilgebotenen Proletariatsbraten für gutes Geld etwas ersehen wollen. In glühendem Sonnenbrand, wie bei riesendem Regen harren sie aus, bis der Verkauf beginnt. Endlich wird der Schalter geöffnet, ein Mann in weißer Schürze fragt die Kunden in barschem Ton, was und wieviel sie wünschen, greift aus dem Vorrath ein Stück heraus, wiegt es ab, wirft es dem Käufer in den bargereichten Korb, flucht, wenn das Geld nicht schon in Bereitschaft gehalten ist, um dann den nächsten Kunden in der gleichen Weise zu bedienen. Geradezu wütend wird der Mann am Schalter, wenn er die Entdeckung macht, daß eine Käuferin, die endlich glücklich vor seinen Tisch gelangt ist, einen Einkauf für eine noch außerhalb der Barriere stehende Frau, die vielleicht nicht Zeit zu längerem Warten hat, mitbesorgen will. So etwas giebt es nicht. Jeder hat hinten argzutreten und in drangvoll fürchterlicher Eile geduldig zu warten, bis an ihn die Reihe kommt. Auch ein Schuhmann ist zur Stelle, um über die Innehaltung der Reihenfolge zu wachen. Jedoch, auch hier werden Ausnahmen gemacht. Ein Mädchen erscheint und stellt sich sofort als erste in die Reihe. Der Mann am Schalter fährt sie erst groß an, doch das scheint diesmal nicht ernst gemeint zu sein. Allem Anschein nach kennt er sie. Sie sagt etwas von Bestellung, der Mann macht ihr unter dem Gesächter der Umstehenden einige gelungene „Schmeicheleien“, und wiegt ihr ein großes und, soweit die Bezeichnung hier gestattet ist, gutes Stück Fleisch ab. Dann fällt sie sich in dem nebenan liegenden Raum eine große Blechkanne voll brauner Brühe, welche den Fleischkäufen gratis verabfolgt wird, und hat nun, beneidet von den seit Stunden Harrenden, ihr Geschäft erledigt. Die äußere Erscheinung des Mädchens sieht von den hier weilenden Arbeiterfrauen wesentlich ab. Die weiße Blouse und Schürze lassen auf ein Dienstmädchen schließen. Da „Herrschast“ wohl schwerlich ihren Fleischbedarf an dieser Stelle entnehmen, so liegt die Annahme nicht fern, daß das Mädchen in Diensten eines Restaurateurs steht, der das hier erstandene verächtliche Rindfleisch seinen Gästen als leckeren „Schmorbraten“, „Knochenbraten“ oder dergleichen verleiht. Im Verkaufsraum gehen mittlerweile die Vorräthe auf die Reize. Jetzt beginnt ein geradezu unheimliches Drängen und Stößen unter den harrenden Käuferinnen. Jeder möchte noch etwas von der „köstlichen Waare“ haben. Wohl ein Duzend Körbe werden dem Manne am Schalter entgegengetrieben, in einige derselben steigt je ein mehrspindiges Stück Fleisch, der Mann nennt mit Stenortimmung den Preis, erhält das Geld dafür und die Käuferinnen ziehen mit zufriedener Miene davon, während eine große Anzahl von Frauen und Kindern, die sich stundenlang vergebens gedrängt haben, unverrichteter Sache heimgehen. —

Desinfektoren, so werden die Arbeiter der städtischen Desinfektionsanstalt genannt. So schön diese fremdsprachliche Bezeichnung klingen mag, so verdoelt sind die Dienstverhältnisse dieser Arbeiterkategorie. Um die Stellung eines Desinfektors zu erlangen, muß man zunächst als Hilfsarbeiter bei der Desinfektionsanstalt eintreten. Hat der Arbeiter sich hier die erforderlichen Kenntnisse angeeignet, dann kann er gegen Bezahlung von 6 M. eine Prüfung vor dem Physikus ablegen und wird nun, falls Bedarf an Desinfektoren ist, als solcher beschäftigt. Er hat eine Ration von 30 M. zu stellen und muß sich außerdem durch Unterschrift verpflichten, für etwa von ihm bei Ausübung seiner Berufsarbeit verursachten Schäden mit seinen ganzen Vorfahren zu haften. Die Desinfektoren müssen morgens 7 Uhr in der Anstalt antreten, haben dann bis 1/2 8 Uhr Zeit zum Frühstück und zum Ordnen ihrer Arbeitsfachen. Nun werden sie in Fuhrwerken nach den zu desinfizierenden Wohnungen beordert. Da jeder Wagen mehrere — meist 4—5 — Arbeiterkolonnen zu je 2 Mann gleichzeitig einnimmt, so vergehen, wenn die Arbeitsstätten weit von der Anstalt entfernt sind, oft 1 1/2 bis 2 Stunden, ehe die letzte Kolonne ihren Arbeitsplatz erreicht. Die Arbeitszeit der Desinfektoren soll eigentlich um 4 Uhr beendet sein, was jedoch nicht immer der Fall ist. Nach der bestehenden Vorschrift muß die Desinfektion eines Zimmers vollständig beendet sein, ehe die Desinfektoren dasselbe verlassen. Die in einem Zimmer zu verrichtende Arbeit ist aber, je nach der Größe desselben und nach der Menge der darin befindlichen Gegenstände, eine der Zeit nach sehr verschiedene. Während die eine Kolonne vielleicht schon um

anderen wuchsen wild und der größten Demoralisation preisgegeben auf.

Aus einem solchen wirtschaftlichen und sozialen Milieu heraus entwickelte sich nun in seinen Anfängen das Berliner Fabrikproletariat.

Die Zahl der Fabriken in Berlin war zwar um die Mitte dieses Jahrhunderts verhältnismäßig schon recht ansehnlich, aber nur wenige Fabriken hatten einen dem heutigen Begriff des Wortes entsprechenden, ausgedehnten Betrieb. Die moderne Großindustrie fing überhaupt erst an, festen Boden zu fassen. Im Norden Berlins kamen jene Fabriken auf, die den Grund zu der später in Berlin blühenden Maschinenindustrie legen sollten. Doch waren schon 1847 an 4000 Personen in ihr beschäftigt. Die fabrikmäßige moderne Textilindustrie beschäftigte auch schon einen ansehnlichen Stamm von Arbeitern, die man auf 3800 veranschlagen kann; in Seidenfabriken waren 1812, in Rattundrudereien 1760 Personen thätig, 40 Zigarrenfabriken beschäftigten 1279, 17 Zuckerrübenzucker 425 Arbeiter. In 58 Buchdruckereien und 8 Schriftgießereien zählten nur 1044 männliche, in der Strohhutfabrikation an 800 weibliche Arbeiter.

Im Verhältnis zu der Zahl der Handwerkerbevölkerung war die eigentliche Proletariatschicht äußerst schwach, so daß es sehr begreiflich ist, daß sie sich weder sozial noch gesellschaftlich von ihr unterschied. Ja mit Ausnahme einzelner Berufe konnte man das damalige Fabrikproletariat noch am ehesten als die unterste Stufe der Handwerkerbevölkerung bezeichnen.

Die Industrie entwickelte sich vorerst schwächer als die Zahl derer, die nach Arbeit verlangten. Die Folge davon war, daß die Löhne äußerst gedrückt und die Arbeitsbedingungen in den Fabriken durchaus entwürdigende waren. Wo immer nur möglich, wurde Kinderarbeit als die billigste bevorzugt und die Eltern trieben ihre Kinder schon im jüngsten Alter aus in die Fabrik. Dort arbeiteten sie von morgens 6 bis abends 9 Uhr und verdienten die Woche 15—22 1/2 Silbergroschen, also täglich etwa 3. Ja, man genierte sich damals nicht, die Kinder in Kleiderfabriken unterzubringen, wo ihre Gesundheit durch das Einathmen der giftigen Dünste total ruiniert wurde. An dem fortwährenden Husteln und an der gebückten Körperhaltung konnte man sofort das Fabrikkind von anderen Kindern unterscheiden.

Nicht viel besser waren die Arbeiterinnen daran, die meist Fabrikkindern gewesen waren. Ihr Verdienst war so gering, daß sie selbst dann nicht ohne Nebenbeschäftigung zu existieren vermochten, wenn sie morgens nur trodenes Brot, mittags nichts, abends nur eine Mehl- oder andere Suppe aßen. Am schlimmsten erging es den Schneiderinnen, die für Läden arbeiteten. Für ein feines Hemd, an dem sie mindestens einen Tag zu arbeiten hatten, erhielten sie 4—5 Silbergroschen und hatten Zwirn, Nadeln und alle anderen Zubehöre selbst zu bestreiten. Da allein an Miethe für eine noch so bescheidenen Schlafstelle 2 1/2 Thaler oder die Hälfte des ganzen Monats-

2 oder 3 Uhr mit der Arbeit fertig ist, hat eine andere etwa bis 4 oder 5 Uhr, oder noch länger zu thun. Die Arbeiter dürfen nicht nach beendeter Arbeit die Arbeitsstätte verlassen. Das ist, um eine Verschleppung von Krankheitskeimen zu verhindern, streng verboten. Sie werden wieder mit dem Wagen abgeholt, und zwar in derselben Reihenfolge, wie sie am Morgen hingeschafft wurden. Hat nun eine Kolonne etwa bis 4 oder 5 Uhr zu thun, so müssen auch alle mit demselben Fuhrwerk besetzten Arbeiter entweder im Wagen oder auf der Arbeitsstelle so lange warten, bis auch die länger arbeitenden Desinfektoren zur Abfahrt bereit sind. In der Regel treffen die Arbeiter zwischen 3 1/2 und 4 1/2 Uhr wieder in der Anstalt ein. Wenn Verzögerungen der angegebenen Art vorkommen, wird es auch manchmal 6 Uhr. Nun müssen die Arbeiter ein Bad nehmen und die Kleidung wechseln, so daß sie erst 1/4 Stunden nach der Ankunft in der Anstalt ihre Wohnung aufsuchen können, wo sie endlich Gelegenheit haben, ihren hungrigen Magen zu befriedigen. Während der Arbeitszeit giebt es nämlich keine Pausen, auch ist es bei Strafe sofortiger Entlassung verboten — aus begrifflichen hygienischen Gründen — auf der Arbeitsstätte Speisen oder Getränke zu genießen, oder nach beendeter Arbeit ein Schanklokal zu betreten. Die innerhalb der Anstalt beschäftigten Arbeiter haben eine Arbeitszeit von 7—12 Uhr und von 2—5 Uhr. Am schlechtesten geht es denjenigen Desinfektoren, welche die in der Anstalt zu desinfizierenden Sachen aus den Wohnungen abholen. Sie besahen am Vormittag mehrere Stellen, kommen dann etwa zwischen 12 und 1 Uhr, manchmal auch später, wieder in der Anstalt an. Dann haben sie eine zweistündige Mittagspause, und nach Ablauf derselben besahen sie die inzwischen desinfizierten Sachen wieder zurück. Es wird oft 8, auch 10 Uhr abends, bis diese Arbeit beendet ist. An Lohn erhalten die Desinfektoren anfangs 3 M. pro Tag, und kommen im Laufe der Zeit auf 3,50 M., in seltenen Fällen auf 4 M. Der Sonntag wird gleichfalls bezahlt, er ist in der Regel dienstag, jedoch müssen die Desinfektoren auch des Sonntags für dringende Arbeiten der Anstalt zur Verfügung stehen. Etwa jeden achten oder neunten Sonntag trifft auf jeden einzelnen Arbeiter ein regelmäßig in der Anstalt zu verrichtender Sonntagsdienst. Dem jetzigen Verwalter in der Desinfektionsanstalt wird nachgesagt, daß er mit den Arbeitskräften zu sparen suche, indem er die Zahl der Arbeiter möglichst einschränkt. Dadurch kommt es, daß bei Arbeitshäufung nicht nur die Desinfektoren außerordentlich angestrengt werden, sondern der Verwalter giebt ihnen in solchen Fällen auch die mit der Desinfektion gar nicht vertrauten Hofarbeiter zur Hilfe mit. Es liegt die Annahme nahe, daß unter diesen Umständen die Ausführung der Desinfektionsarbeiten nicht immer eine zuverlässige ist. Natürlich wird, wie in jeder Fabrik, so auch in der Desinfektionsanstalt strenge Disziplin geübt. Jedes Zuspätkommen wird zu den Personalakten des betreffenden Arbeiters gemeldet und zieht, je nach Ermessen des Verwalters, einen strafweisen Sonntagsdienst nach sich. Man sieht aus dem Vorstehenden, daß die Lage der Desinfektionsarbeiter, obwohl deren Beschäftigung im höchsten Grade unangenehm und durchaus nicht gefahrlos ist, eine zufriedenstellende nicht genannt werden kann.

Sozialdemokraten als Arbeitgeber. Zu dieser neuesten, von der „Nordd. Allg. Ztg.“ und ähnlichen Blättern beliebigen Verdächtigung, von der wir gestern Notiz nahmen, erhalten wir folgende Zuschrift:

Zu Ihrer heutigen, der „Nordd. Allg. Ztg.“ entnommenen und von Ihnen mit Handbemerkungen versehenen Notiz „Sozialdemokraten als Arbeitgeber“ erlaube ich Sie um Abdruck folgender Berichtigung: Es ist unwar, daß ich gesagt habe, „Sie haben zu warten, bis Sie erfragt werden, denn hier sind Sie Arbeitnehmer und wir die Arbeitgeber.“ — Ich war niemals Vorstandsmitglied der Orts-Krankenkasse für Handlungsgehilfen und Lehrlinge und habe auch in keiner Krankenkassen-Kommission je den Vorhitz geführt. Ergebenst

B. Maas.

In der „Mediz. Reform“ nimmt nun Herr Dr. D. Munter das Wort, um die in jener Notiz enthaltenen Angaben, die übrigens vom Vorstande des Vereins Deutscher Kaufleute Berlin VIII im Abzuge an alle Zeitungredaktionen gefandt wurden, stark zu berichtigen. Herr Dr. Munter konstatiert zunächst ausdrücklich, daß der Verkehr, der sich zwischen den Ärzten und Vorstandsmitgliedern der Ortskrankenkasse entwickelt, in anfänglicher Form geführt wird. Die einzige Ausnahme hätten die Führer und Sprecher der Ortskrankenkasse der Handlungsgehilfen gemacht. Bei Schilderung einer Versammlung, in der die Delegierten der Krankenkasse mit den Ärzten über einen abzuschließenden Vertrag verhandelten, giebt Herr Dr. Munter folgende Darstellung:

Im folgenden Jahre bereits machte sich unter einem Theil der Delegierten das Streben auf Wiedereinführung der freien Arztwahl geltend. Auf deren Wunsch wurde eine Sitzung anberaumt, zu welcher der Vorstand des Vereins der freigewählten Rosenärzte eingeladen wurde. Wir Ärzte erschienen pünktlich zur angelegten Zeit um 3 1/2 Uhr abends. Es wurde 1/4 10 Uhr, da fragte einer von uns die Delegierten der Kasse in höflicher Form an, warum die Sitzung nicht eröffnet werde, einige von uns hätten schwer

verdienter draus gingen, so kann man sich leicht vorstellen, daß solche Mädchen sich genöthigt sahen, ihre körperlichen Reize sich bezahlen zu lassen. Verhältnismäßig besser standen sich die männlichen, unehelichen Arbeiter, die in manchen Verufen leicht so viel verdienen, um für die damaligen Ansprüche reichlich davon leben zu können. Ein alleinstehender, unabhängiger Arbeiter hatte in damaliger Zeit für seine wichtigsten Lebensbedürfnisse nöthig: für Schlafstelle zahlte er 2—2 1/2 Thaler, für Mittagessen 3, für Abendessen 2 1/2—3, für Frühstück 1 Thaler; also durchschnittlich 9 Thaler ungerichtet Trinken, Kleider und Schuhe.

Nun wurden aber von einem Arbeiter pro Tag zwischen 10—15 Silbergrößen verdient, so daß er allein wohl zu bestehen vermochte, nicht aber wenn er für eine Familie zu sorgen hatte. Für den verheirateten Arbeiter war die Noth so groß, wie für den kleinen Handwerkermeister, freilich mit dem Unterschiede, daß der Handwerker der Kunden halber immer noch etwas besser wohnen mußte, wie der Fabrikarbeiter, der sich am liebsten vor den Thoren niederließ. Der größte Theil der armen Arbeiterfamilien wohnte in den schlechten Vierteln, hauptsächlich aber im sogenannten Voigtland, einer großen Zahl erbärmlicher Hütten, die sich vor dem Hamburger Thore befanden. In diesem Viertel wurden auch die ersten Arbeiterkolonien, genannt Familienhäuser, in Berlin erbaut. Mitten unter den elenden Hütten ragten große Häuser, sieben im ganzen, empor, in denen sich in den vierziger Jahren etwa 2500 Personen in 400 Gemächern aufhielten. In vielen der Stuben wohnten zu gleicher Zeit zwei Familien, und ein Weil, das quer durch die Stube gezogen war, trennte die beiden anwohnenden Familien. Große Familien wurden in diesen Häusern nicht gebildet; der Mietzpreis betrug im Durchschnitt zwei Thaler pro Monat. Daß ein derartiges Zusammenwohnen auf die Sittlichkeit der Leute verheerend wirkte, braucht nicht weiter begründet zu werden. Heute kämpfen wir ja noch gegen solche Zustände, namentlich auf dem Lande. Aber trotzdem werden uns auch aus dem Leben und Treiben jener Familienhäuser Einzelheiten berichtet, die auf die Moral und die Gesinnung der Massen das günstigste und erfreulichste Licht fallen lassen. In einem der Familienhäuser wohnte ein Mann von 82 Jahren, dessen Söhne in den Freiheitskriegen gefallen waren und der so schwach war, daß er nicht mehr gehen, sondern fortwährend im Bette liegen mußte. Die Armenverwaltung Berlins fand sich jedoch nicht veranlaßt, den Greis genügend zu unterstützen, sondern zahlte für ihn nur die Miete. Der Mann hätte verhungern müssen, wären die armen Nachbarn nicht gewesen. Diese sorgten abwechselungsweise für Essen und Trinken, so daß der Greis wenigstens nicht zu verhungern brauchte.

Es ist kein erfreuliches Bild, das wir hier entworfen haben. Daß ein degenerirtes Volk auch in seinen Vergnügungen roh und verkommen sich äußerte, bedarf keiner weiteren Begründung. Die Besessenen und Sotten schauten verachtungsvoll auf die Arbeiter

franke Patienten und Können so lange Zeit nicht vom Hause fernhalten. Daraus wurde ohne ein Wort der Entschuldigung die Sitzung eröffnet, und gleich im Beginn der Sitzung durften sich — ohne von dem Vorsitzenden daran verhindert zu werden — einige dieser Herren so grobe Verleumdungen gegen alle parlamentarischen Anstand gegenüber den eingeladenen Ärzten erlauben, daß selbst zwei sozialdemokratische Delegierte (Herr G. und Herr H.) auf das energischste gegen diese Art Geschäftsführung des Vorsitzenden protestirten. Herr Kollege Mugdan erklärte einfach, daß ihn die Mißheilen als Person ganz kalt ließen, als Privatperson würde er auf das Vergnügen verzichten, mit Personen zu verhandeln, die die von den einfachsten Arbeitern sonst gegenüber eingeladenen Gästen geübte Höflichkeit nicht gelernt haben, als Vertreter öffentlicher Interessen gehöre es zu seiner Pflicht, auch derartige Unannehmlichkeiten in Kauf zu nehmen. Als nunmehr versucht wurde, in eine Diskussion über die Bedingungen zu treten, unter denen die Kasse wieder freie Arztwahl erlangen könnte, und wir Ärzte energisch darauf bestanden, daß in ärztlichen Angelegenheiten die Ärzte nur der Disziplin ihrer Kollegen unterliegen sollen, that Herr Raas, späterer Redakteur des sozialdemokratischen „Handelsangelegten“, den denkwürdigen Ausspruch: „Was wollen Sie denn überhaupt? Wir sind Ihre Arbeitgeber, Sie unsere Arbeitnehmer. Sie haben uns Ihre Offerten gemacht. Wir haben zu entscheiden, welche Offerte wir annehmen.“ Natürlich können wir, wenn sich der Vorfall in dieser Weise abgespielt hat, nur bedauern, daß solche Dinge im Verkehr der Ärzte mit den beauftragten Personen der Krankenkassen vorgekommen sind. Solche einzelnen Vorkommnisse als typisch für die sozialdemokratischen Arbeitervertreter hinzustellen, ist aber höchst albern, und daß es sich hier nur um eine Ausnahme handelt, giebt Herr Dr. Munter rüchlos zu. Daß die bürgerliche Presse mit solchen zwei Jahren alten Dingen hausiren gehen muß, um der Sozialdemokratie etwas anzuhängen, zeigt, wie wenig wählerisch, aber auch wie dürftig sie mit ihren Mitteln zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bestift ist.

Der Berliner Lehrerverein befaßte sich in seiner Monats-Sitzung am Freitag nochmals mit der Herabsetzung der Stundenzahl in der sechsten Schullasse von 22 auf 18. Zur Verabredung stand die kürzlich von uns veröffentlichte Protestresolution der Vertrauensmänner-Versammlung des Lehrervereins gegen die Abtät der Regierung und der Schuldeputation, die eigentliche Unterrichtszeit auf 18 Stunden festzusetzen, die freizuerwerbenden 4 Stunden aber mit fröhlichen Beschäftigungsspielen bzw. mit Gesang und Turnen auszufüllen. Wie der Vorsitzende Groppler mittheilte, hat auf Veranlassung eines Schuldeputations-Mitgliedes zwischen diesem und dem Vereinsvorsitzenden eine Konferenz in der Angelegenheit stattgefunden, die das überraschende Resultat lieferte, daß lediglich die königliche Regierung auf Beibehaltung der zwei und zwanzig obligatorischen Lehrstunden besteht und daß die Schuldeputation vergeblich versucht hat, die ihr sympathischen 18 obligatorischen Lehrstunden der Behörde gegenüber durchzusetzen. Aus diesem Gesichtswinkel heraus hatte sich nun für den Vorstand die Nothwendigkeit ergeben, der Protestresolution folgendes Amendement anzufügen:

„Der Beschluß der städtischen Schuldeputation, 18 obligatorische Unterrichtsstunden für die VI. Klasse festzusetzen und in den 4 freizuerwerbenden Stunden nur diejenigen Kinder angemessen zu beschäftigen, welche mit Zustimmung ihrer Eltern freiwillig daran theilnehmen, ist unter der Voraussetzung einer Stoffbeschränkung als ein Fortschritt anzuerkennen. Es ist daher zu bedauern, daß die königliche Behörde ihre Zustimmung zu einem Verluße in dieser Richtung versagt hat.“

Der Antrag fand die Billigung der Versammlung. Lebhaftes Bedenken machten sich jedoch geltend gegen den Passus der Resolution, der den Fröhelspielen unter gewissen Voraussetzungen die Eingliederung in den Unterricht, sei es als selbständige Disziplin oder als Bestandtheil einzelner Unterrichtszweige (Anschauung, Rechnen) erleichtern will. Die Nichtbewältigung des bisherigen Pensums, mangelnde Vorbildung der Lehrer im Handfertigkeitsunterricht, vor allem aber die Rücksichtnahme auf das platte Land, dessen Lehrer bereits einen förmlichen Fehdekrieg gegen ihre Berliner Kollegen ob der warm vertheidigten Fröhelspiele eröffnen, bestimmten die Versammlung, die Beschäftigungsspiele überhaupt aus der Resolution fortzulassen, um die Berliner Lehrerschaft nach dieser Richtung hin nicht zu binden.

Wie in Berliner Gemeindeschulen geprügelt wird. In der 190. Gemeindeschule in der Graunstraße ging es am Donnerstag Vormittag recht lebhaft zu. In der Freipause um 9 Uhr sollte sich in der Vo-Klasse eine Maus gezeigt haben, ein zwar nicht ungewöhnliches Ereigniß, aber immerhin bedeutungsvoll genug, um die Neugierde der kleinen Schulkinder zu reizen. Auf den Ruf hin: „Eine Maus! Eine Maus!“ der von ungefähr ertönte, stürzte daher voll Jugendlust eine Knabenchaar nach der Stelle, wo sich angeblich das Wunderthier gezeigt hatte. Doch das Verhängniß nahte schnell und zwar in Gestalt des Lehrers

herab und stellten sie mit dem Lumpenproletariat auf eine und dieselbe Stufe. So heißt es in einer Beschreibung des Straßener Fischzuges aus dieser Zeit: Handarbeiter aller Art, Handwerker, Soldaten, Gesellen, Lehrlinge, sogenannte Straßenjungen, Dienstmädchen, ledliche Frauenzimmer, mit einem Worte, die Hefe des Volkes bildet an diesem Tage das Hauptpublikum, dessen einzige Lust in unmaßigem Essen und Trinken, in Singen gemeiner Lieder, in Mittelungen unnützlich Dinge, in höchst trivialen Spielen und Redereien und gegenseitigen Anschimpfen und endlich in Kaufereien besteht. Am allerschlimmsten freilich beurtheilt man zu damaliger Zeit die Fabrikarbeiterin. Schon an den Dienstmädchen, die in der Regel mit ihrem Schatz und zwar fast güteweg einem Soldaten des Sonntags zum Tanz gingen, ward kein gutes Haar gelassen. Aber doch sei diese Klasse immer noch die bessere im Vergleich zu den Frauenzimmern, die den Tag hindurch in den Fabriken arbeiten, oder umhergehen und Früchte aller Art verkaufen, oder endlich die niedrigste Handarbeit versehen. Diese Mädchen seien zu einer Gemeinheit ausgeartet, die auch noch nicht den geringsten Begriff von Moral voransetze. Viele von ihnen wohnen bei ihren ebenso gemeinen Eltern, noch andere haben ihre eigenen Wohnungen, die täglich zum Schauplatz der größten sinnlichen Ausschweifungen würden.

Solche Arbeit entkamen allerdings Schriftstellern, die für die Besten schrieben, aber sie zeigen uns doch, wie niedrig zu damaliger Zeit in sozialer Beziehung die Arbeiterbevölkerung gestanden haben muß, daß sie der Hefe des Volkes kurzerhand beigezeichnet wurde. Niemand dachte zunächst daran, das aus dieser Hefe des Volkes die Klasse unserer jetzigen Gesellschaft sich herauszubilden sollte, auf deren Schultern der ganze wirtschaftliche und soziale Fortschritt der Gegenwart und nächsten Zukunft beruht. Ein Zusammengehörigkeitsgefühl konnte in damaliger Zeit unter den Arbeitern noch nicht aufkommen; sie waren numerisch und sozial viel zu schwach. Sie fühlten sich vielmehr als Aushängel der unglücklichen und unzufriedenen Handwerkerbevölkerung, mit deren politischen Bestimmungen sie auch während der Bewegung des nächsten Jahres sympathisirten. Sie fanden dazu um so mehr Veranlassung, als auch die Gehilfen der Meister, damals noch immer Leute, die selbst Meister zu werden hofften, ganz und gar mit ihren Meistern gemeinsame Sache gegen die Feinde des Handwerks machten. In der Maschine wurde der Todfeind erblickt, der den Menschen Arbeit und Brot nehmte und einzelne wenige zum Nachtheil der großen Masse bereicherte.

Von solchen Anschauungen war der Berliner Arbeiter, soweit er überhaupt an öffentlichen Leben Theil nahm, befreit, als das Jahr 1848 herannahte. Auf alle Fälle kam das Proletariat Berlins, den Begriff im modernen Sinne des Wortes genommen, als selbstständiger Faktor während der Bewegung des Jahres 1848 in seiner Weise zur Geltung. Dazu war die großindustrielle, moderne Fabrikbevölkerung um diese Zeit noch viel zu schwach entwickelt. R. C.

Jänich. Ob des fürchterlichen Frevels, den die Knaben begangen, griff er frühlich und frisch hinein ins volle Menschenleben, packte den Paul Hans, Sohn des Zimmermanns Hans, Graunstraße 8, II wohnhaft, beim Schlaflichen und züchtigte ihn durch Schläge mit dem Hockstock auf die Hände (H). Als der Knabe darauf zu weinen begann, war dies für den Gestrangenen Ursache den Knaben noch recht zu schlagen. Nach dem ärztlichen Urtheile, welches der Vater des Knaben, als er abends von der Arbeit nach Hause kam, sich erwirkte, ergab die Untersuchung durch den praktischen Arzt Dr. Jacobson, Brunnenstraße 93, folgenden Befund:

„Auf der rechten Stirnseite unweit des Auges befindet sich eine Wunde, die etwas dunkel verfarbt ist. Auf dem rechten Hinterboden sind mehrere blutige Striemen sichtbar. Unweit des rechten Schulterblattes befindet sich eine blutunterlaufene Stelle, etwa von der Größe eines Dreimarkstückes. Der Knabe klagt außerdem über Schmerzen am rechten Auge.“

Man sieht, der Lehrer Jänich hat wacker zugehauen. Nur schade, daß er einen Unschuldigen erwischt hat. Paul Hans ist nach dem Zeugniß seines eigentlichen Klassenlehrers einer seiner besten Schüler und war nicht der Mann wegen, sondern aus einem anderen Grunde noch vorn gekommen. Beim Rektor der Schule ist selbstverständlich sofort Beschwerde erhoben worden, doch vermag dieser wohl auch kaum dem Uebel wirksam zu steuern, so lange die Prügelei in den Schulen überhaupt noch als Haupterziehungsmittel gehandhabt wird. Der Vorfall hat in dortiger Gegend große Erregung hervorgerufen.

Das Zentralkomitee für die Ueberschwennten ersucht uns um Abdruck folgender Zuschrift: Trozdem bis jetzt seitens des hiesigen Zentralkomitees 2619 Listen und Rollen versandt worden sind, laufen von allen Seiten aus den überschwemmten Gegenden Schreien und der Lauff Auftragen und Bittschriften wegen weiterer Sendungen von getragenen Kleidungsstücken, Schuhwerk, Lebensmittel und Wirtschaftsgegenständen ein und können die darin ausgesprochenen Wünsche nur zum kleinsten Theil berücksichtigt werden. Sowohl für Geschäfte minderwerthig gewordenen Waaren als auch gebrauchte Sachen werden von jedem in Berlin domicilirenden Expeditur oder von dem Bureau, Holzmarktstr. 65, völlig kostenlos aus den Geschäften bezw. Wohnungen abgeholt. Wir appelliren daher nochmals an die mildthätige Einwohnerschaft Berlins, recht reichhaltige fernere Zuwendungen für die Ueberschwennten zu machen.

Die Durchführung der Verordnung, betreffend Einführung der kleinen Theaterkonzession für Chantants etc., ist, wie wir erfahren, auf einige Zeit hinausgeschoben, und zwar wird das Gesetz wohl nicht vor dem 1. Januar 1898 in Kraft treten. Einem großen Theil der in Frage kommenden Unternehmer ist es unmöglich, die erforderlichen Ergänzungen in der von der Polizei vorgeschriebenen kurzen Zeit zu bewerkeln, weil Engagementsverträge resp. Neubauten die Einhaltung dieses Punktes unmöglich machen. Auf eine diesbezügliche Eingabe beim königlichen Polizeipräsidenten aus den beteiligten Kreisen ist aus angeführten Gründen die Pinaussetzung des Termins für die Durchführung des neuen Gesetzes angeordnet worden. Wir können den Uingeltangel-Wirthen diese Galgenfrist, müssen aber erwähen, daß die Polizei bei Verordnungen und bei seltensamen Gesetzesauslegungen, welche Arbeiter betrafen, noch niemals danach gefragt hat, ob es auch möglich sei, den betreffenden Anordnungen nachzukommen.

Eine der beiden Selbstmörderinnen, die den Tod im Wasser gesucht haben, ist als das 30 Jahre alte Dienstmädchen Johanna Ludwig erkannt, das An der Stadtbahn 39 bei einem Kaufmann L. in Stellung war. Das Mädchen hatte schon vor mehreren Monaten bei einer Schwester in Rixdorf in selbstmörderischer Absicht die Köpfe von Streichhölzern in einer Lösung eingenommen und trug auch auf der linken Seite, die es erst acht Tage innehatte, ein merkwürdiges Benehmen zur Schau. Es zeigte sich zerstreut und erregt, gab aber auf Fragen nach der Ursache keine Antwort. Dann verließ die L. ohne weitere Angaben ihren Posten, irrte von morgens bis mittags im Friedrichshain umher, nahm Gift zu sich und ging ins Wasser. Der Beweggrund ist völlig unbekannt.

Dauernde, unheilbare Krankheit hat den 41 Jahre alten Webergesellen Karl Weber, der in der Andrastraße 38 wohnte und bei seiner Mutter am Grünen Weg arbeitete, in den Tod getrieben. Er hatte sich, während er allein in der Wohnung war, erhängt und wurde später als Leiche aufgefunden.

Sehr „patriarchalische“ Zustände herrschen in der Dampf wäscherei von F. Naack, Mühlenstr. 65a. Dort führt mit seiner Ehegattin der Geschäftsführer Martin Wiese das Regiment. In welcher Weise der Herr seines Amtes waldet, mag aus einem dieser Tage passierten Fall hervorgehen: Die Plätterinnen hatten eben ihre Wäsche beendet und tranken noch, während sie schon arbeiteten, den Rest ihres Bieres aus. Da kam der Gewaltige in die Plätterstube, beseitigte das noch vorhandene Bier und belegte die Arbeiterinnen mit Ausdrücken, die auch nicht einmal andeutungsweise wiederzugeben sind. Den Plätterinnen verbot natürlich ihr Anstandsgesühl, auf das Betragen des Aufsehers auch nur ein Wort zu erwidern; sie packten resignirt ihre Sachen zusammen und verließen auf der Stelle gemeinschaftlich die Arbeitsstätte. Es muß dahingestellt bleiben, ob der Geschäftsführer durch diese Würdigung seiner Handlungsweise dazu beledet worden ist, fortan mit dem Gefühl der Arbeiterinnen etwas rücksichtsvoller umzugehen; auf seinen Charakter mag die Thatsache ein Licht werfen, daß er es am anderen Morgen wagte, eine der Plätterinnen um Wiederaufnahme der Arbeit zu ersuchen. Die Arbeiterinnen wünschen sehr, daß der Inhaber der Wäscherei, den sie als respektablen Mann achten, sich seinen Geschäftsführer einmal genauer ansieht.

Zum Doppelmord in der Königgräberstraße weiß ein hiesiges Blatt zu berichten: Aus dem Nachlasse der beiden ermordeten Damen fehlen bekanntlich sechs Stücke Mexikanischer Anleihe, durch deren Verkauf sich der Mörder Gönczi die nothwendigen Reisemittel beschafft haben dürfte. Trozdem um alle die Nummern dieser Papiere festgestellt werden konnten und an allen Börsenplätzen bekannt gegeben sind, sowie durch Nachfragen bei den Bankiers nach dem Verbleib der Papiere gefordert wurde, hat sich auch nach dieser Richtung hin nichts ermitteln lassen. Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß das Gönczi'sche Ehepaar, das nunmehr seit 24 Tagen verschunden ist und andere größere Saarmittel nicht besaß, die Papiere veräußert hat. Man vermuthet deshalb, daß Gönczi diese Papiere schon längere Zeit vor der Ermordung der beiden Frauen verkauft hat, und zwar dürfte die Wittve Schanze, die ihn häufig mit Kommissionen beauftragte und ihm viel Vertrauen schenkte, ihm die Papiere selbst zum Verkauf übergeben haben. Dies kann schon Wochen vor der Noththat geschehen sein, vielleicht auch erst einige Tage vorher. Nicht ausgeschlossen erscheint es, daß in Gönczi der Gedanke, die Frauen zu ermorden, erst gekommen ist, als er den Erlös aus den verkauften Papieren abliefern sollte.

Fein von der Primas und den Angehörigen. Das war der Grund, weswegen sich gestern Morgen das 16 Jahre alte Dienstmädchen Emilie Soult zu vergiften versuchte. Das junge Mädchen war bei einem Redakteur in der v. d. Heydstraße in Stellung, dessen Gattin sofort merkte, was mit Emilie S. vorgegangen war, und für ärztliche Hilfe sorgte. Nach Anwendung von Gegenmitteln wurde die jugendliche Lebensmüde einem Krankenhaus zugeführt. In einem Briefe hatte das Mädchen als Grund für die That hervorgehoben, daß ihm das Elternhaus verschlossen, und daß auch eine Schwester, die in einem Hamburger Krankenhaus Oberin sei, nichts von ihm wissen wolle. Daher ziehe es den Tod dem Leben vor. Inwieweit dies zutrifft, läßt sich unumwogener beurtheilen, als Emilie erst gestern von ihren Eltern — der Vater ist Stationsvorsteher — mit einem Briefe zugleich eine Selbstbindung erhalten hatte, in dem erleren aber weder ein Vorwurf, noch ein hartes Wort zu finden war. Es scheint, als ob das junge Mädchen plötzlich vom Heimweh befallen sei und in diesem Zustande zum Gift gegriffen habe.

Durch Kurzschluss der elektrischen Leitung entstand Freitag Abend zweimal Feuer. Gegen 9 Uhr brach durch Kurzschluss im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater, Chausseestraße

Verband d. Korbmacher
Berlin und Umgegend.
Montag, den 13. Sept. 1897,
abends 8 1/2 Uhr, Crandstr. 51;
Aussereidliche
General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Die Situation in den Werkstätten
von Aelion u. Co. (Zubeh. Ersatz)
und Schmidt u. Co. 2. Die Be-
schlüsse der öffentlichen Versammlung
vom 7. Sept. d. J. 3. Berichtes.
Am zahlreichsten Besuch bittet
Der Vorstand.

Verband der in der Kürschnerei
beschäft. Arbeiter u. Arbeiter-
rinnen Berlin u. Umg.
Montag, 13. Sept., 8 1/2 Uhr,
im Restaurant Feind, Weinstr. 11:
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes Dr. Joch
über: "Die erste Form des Lebens."
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
93/16 Der Vorstand.

Herrn Kapellmeister G. Berner,
Weidenweg 42, zu unrichtig beschildigt
durch Matthei in der Wäldchen.
4916
Deutschbain.
Das von mir in der Erregung ver-
weilte Gerüst, das Herr Kaufmann
v. u. n. d. berg mich ausleihen wollte,
erkläre ich hiermit für unbrauchbar
und nehme es zurück. Frau Wittke,
Kurfürstendamm 227. 4799

Ewinemünder Gesellsch.-Haus
Swinemünderstrasse 42.
Sonntags, den 13. September:
VII. Stiftungsfest
Das Haus "Humboldt".
Um zahlreichsten Zutritt bittet
Der Vorstand.
4905

C. Köhler's Festsäle
Teltowerstr. 38.
Noch einige Sonnabende im Oktober
an Vereine zu vergeben. 4985

Wolpeisen-Platz
Vonn. Kl. 181,
Crandstr. 181,
Hof part.
Mittag u. Abd.
50 Pf. von 12 u.
4 Uhr. Abend-
essen 30 Pf. an
u. 1/2 u. 12 Uhr.
23472* Große Auswahl.

W. Liebehenschel,
Mariannenstr. 48.
empfiehlt frische Frühstücks-, Mittags-
und Abendessen zu festen Preisen.
Krieger's Festsäle
Krausenstr. 68 (30021)*
empf. seinen Saal für Privatfeiern,
Festen, Konzerten, Vereinen und zu
Versammlungen. - Jeden Sonntag,
Dienstag u. Donnerstag: Gr. Ball.
Achtung! 4 Säle
zu Versammlungen und Vereinen-
festlichkeiten. 30044*
Alexanderstr. 27c (Engl. Gart.).

Feuerstein Festsäle
Alte Jakobstrasse 75.
Grosse und kleine Säle zu
Versammlungen unentgeltlich, so-
wie zu Sommer- u. Winterfestlich-
keiten, kulantesten Bedingungen.
Keine halbe Abendkarte
zu solid. Preisen. Pilsener
und Bismarck-Bier.
Weber-
Str. 17
D. Nieft's
Fest-Säle
Weber-
Str. 17
Empfiehlt Vereinszimmer. Mehrere
Sonnabende und Sonntage frei.
Herrspröcher.
30242*
B. Nieft.
Den Parteinossen des 4. u. 6. Bezirk-
freies zur Verfügung, doch ist
Gollnowstr. 28
ein Weiss- u. Bayr.-Bier-
Lokal eröffnet habe und bitte um
freundl. Zutritt. 625*

Joh. Grychta,
F. Schlote,
Schulstr. 66,
empfiehlt allen Freunden seinen
renovierten Saal, 300 Personen
fassend, zu Versammlungen und Fest-
lichkeiten. - Vereinszimmer, 50 Pers.
fassend, mit Piano. 29482*
Achtung! Neu eröffnet!
Restaurant
und Bierverlag von
Paul Zimmermann,
Waldstr. 8, fröh. Keller Weg 19.
Gabe alle Freunde, Bekannten und
Genossen zur heutigen Eröffnung
erfreut ein.
Roh-Tabak
en gros. en détail.
Zeun & Ellrich
Königsbergerstr. 67, nahe Brunnenstr.

Roh-Tabak
billigste Preise 29872*
Max Jacoby
Streititzerstrasse Nr. 52.
Roh-Tabak.
Größte Auswahl. Billigste Preise.
H. Kiermerstr. 66-80 Pf. verk.
P. E. Platt & Söhne,
Brunnenstr. 197 (am Rosenhäger
Thor). 29892*

Alte Stiefel, repar. u. versch.
Reichstr. 43.
Heinrich Brandt,
Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185

Cohn's Festsäle
Beuthstrasse 20.
Meine eleganten neu renovierten Festsäle mit Bühne, bis
1000 Personen fassend, sind noch an einigen Sonnabenden
und Sonntagen zu vergeben. 30041*
Dr. Wörichel, C. Züdenstr. 35/36,
(An der Stralauerstr.) 29842*
empfiehlt sein Weiss- u. Bairisch-Bierlokal nebst gr. Vereins-
zimmer f. 20-50 Pers. Frühstücks-, Mittags- u. Abendessen a. solid. Preis.
Etablissement Süd-Ost, Waldemarstr. 75.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.** - Anfang 5 Uhr. - Ende 2 Uhr.
Einige Sonnabende sind noch im Oktober und November zu vergeben.
Hermann Brüder. 29893*

Jägerhaus, Schönhauser Allee No. 109.
Neu renov. Garten (6000 Pers. fass.) mit neu
gebannter Bühne für Vereine, gr. Tanzsaal,
4 Regalbahnen, Kaffeehaus von 2 Uhr ab.
Grösste Volkabelustungen in ganz Berlin. 29832*

„Wärfischer Hof“, Admiralsstr. 18e. Jeden
Sonntag in produktiven
Spielhallen: Gr. Festball.
Anfang 4 Uhr, Ende 2 Uhr. Gr. Horn- u. Streichmusik. Beide Säle zu Hoch-
zeiten, Vereinsfestlichkeiten u. Versammlungen u. verg. Die Restaurationsräume
haben Sonntags den geehrten Familien zur Verfügung. Große und kleine
Vereinszimmer sind noch frei.

Kur-Bade-Anstalt und Massage
für Rheuma-, Gicht- und Nervenranke
von H. Mania, Brannenstrasse No. 16. 30066*
Loh-, Dampf- und Heissluft-Kasten-Bäder,
Kohlensäure und andere medizinische, sowie Wasserbäder.
Lieferant u. Massour sämtlicher Ortskranken- u. Freier Hilfskassen.
Die Fülle nur für Massage ist Thurmstr. 46 (4-5 1/2 Uhr).
Langjähriger, nicht in einigen Tagen auszubildeter
Anstalts-Masseur.
NB. Bitte meine Anstalt nicht mit der Brunnenstr. 2 zu verwechseln.

M. u. W. Müller's Nordlicht
hat sich durch seine vorzüglichste wohnschmeckende Qualität in
vielen Haushaltungen einen hängenden Platz erworben. Statt
theurer Kacheln und and. Bilden nimmt man nach der
Möglichkeit gern ein Bildchen von M. u. W. Müller's
Nordlicht als Bekleidungsgegenstand.
M. u. W. Müller's Nordlicht, ein hoch-
feiner alter Nordhäuser, 1895 mit goldener Reiballe
und Ehrenzeichen prämiiert, ist nur echt und unverfälscht
in unseren mit Himmelsblau im Glase verriebenen Original-
Kästen, die mit unseren Firmenpapieren versehen sind und mit
unserem geschützten blauen Etikett versehen sind, überall
für 1 Mk. inkl. Flasche käuflich, wo unser pedegedrucktes
Etikett aushängt.
Zu Konkurrenzgeschäften giebt man ähnliche Qualitäten Nordhäuser
nicht unter 1,50 Mk. ab. Ein Versuch liefert Beweis.
Nordhäuser Korndrahtwein-Brennerei, Berlin, Waldemarstr. 29.

Färberei und chem. Wäscherei
für Herren- und Damen-Garderobe,
Ball- u. Gesellschaftskleider, Blousen etc.
Gardinen-Wäscherei und -Spannerei
Spez.: Färben, Reinigen, Kräuseln von Straussfedern.
Radtke & Bergmann
Alte Jakobstr. 80. 30861*
Telephon Amt III. 6029.
Weinmeisterstr. 14. Eissackstr. 64/65. Landsberger Platz 5.
Jernalemerstr. 58. Eingang Kochstr. Strandergerstr. 15.
Charlottenburg: Spandauerstr. 28. Salfelderstr. 9.

Dr. Simmel, Moritzplatz,
Hand u. Fußchirurg
Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12-4
Bahn-Artikel.
Richtl. Jähne in tadelloser Aus-
führung u. 5 Mk. Blumen u. 2 Mk. an
Schmuckst. Jagdgesch. mitt. Cocain,
Gloratyl, Chloroform und anderen
unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei
Bestellung v. Ankl. Jähne Jagd-
gesch. Jagdgesch. ansonst; Patent-
zahlung geteilt, Woche 1 Mt.
Guckel, Langher Platz 2,
Krausenstr. 12, Steglitzerstr. 71.

Dr. med. Schaper,
pr. homöop. Arzt u. Spezial-
arzt f. Haut- u. Hautleiden,
Frauenkrankheiten.
W. 35, Schöneberger Ufer 25.
Spr. 9-1, 4-7, f. Damen 4-5 nachm.
Auswärts brieflich.

Dr. Derrnehl's
Eisenpulver.
Ganz vorzügliches Eisenpulver seit
30 Jahren bekannt und überall be-
kannt. Schachtel 1,50; Neblische 3 Sch.
4,25. Kein Geheimmittel, Qualität
beim gepack. Hauptverpackung: Apotheke
am weißen Schwan, Berlin,
Spandauerstr. 77, echt u. Schwanmarke
Achtung! Kein Laden.
Nur eigene Fabrikation, 25 Cigarren
1 Markt. Garantie rein amerikanische
Fabrik. Ribpentad 2 Pf. 60 Pf.
H. F. Dinslage, (30088)*
Kottbuserstr. 4. Hof partier.

Die Möbel-Fabrik
von P. Nolte, Zionskirchstr. 40,
empfiehlt für reichhaltigen Lager voll-
ständiger Wohnungs- und Geschäftszimmer
eigener Arbeit. Theilzahl. 29842*

Mhren-Goldwaaren-Berjand.
Haar-Verkauf u. Theilzahlung.
Beleg. Briefl. 2. Bogdt. Auguststr. 92

Rohtabak
Größte Auswahl! Billigste Preise!
Unter Brand! Vorzügliche Qualität!
Sämtliche
Fabrikations-Messingen.
(Neue Formen, sehr gr. Answ.
a. 1.40 Mk.) Man verlange Preis-
Verzeichnis. 29442*

Gardinen
denkbar größte Auswahl
in den neuesten Mustern
zu bekanntlich. Preisen
Reste
zu 1, 2 bis 4 Fenster
passend, bedeutend
unter Preis.
Carl Schloss,
Warenhaus „Zub-Oh“,
22, Wienerstrasse 22,
1. Grünauerstr. 1.

Möbel
in jedem Stil und jeder Holzart
höchst billig, auch auf Theilzahlung.
Gr. Lager gedruckter und verlegter
gewonnener Möbel. 29504*

Fertige Garderobe.
Paletot zu 15, 17, 20, 25, 30 Mk.
Anzüge zu 18, 20, 25, 30, 35 Mk.
Mäntel zu 20, 25, 28, 33 Mk.
Hosen zu 8, 10, 12, 15, 18 Mk.
verkauft mit wenigem Verdienst
J. Temprowski,
Schneidernstr., Züdenstr. 37, 1. Etage.
Reich Laden. Bei Garderobe nach
Maß Theilzahl. monatl. 10 Mk. gekostet.

Wichtig für Brautleute!
**Möbel, Spiegel, Polster-
waren**, waaren verkaufte
wegen Ordinarität der Ladenmiete
bedeutend billiger. Gig. Werkstätte i. Hause.
Tischlermeister,
Bukow, Invaliden-Strasse 18.

Bettfedern
das Pfund für 50 Pfennig.
Gänsefedern 1/2 Pf. 1,25 Mk.
enorme Auswahl
(auch in Jalousien und Bezügen).
Fertige Betten
der große Stand 12 Markt.
A. Schonert
8 Mariannen-Platz 8.

Größtes Spezialgeschäft für
Bettfedern und Betten.
Weltbekannte billige Bezugswaare.
L. Beuller, Berlin. Haupt-
geschäft
Krausenstr. 28, Ecke Invalidenstr. 11.
2. Geschäft: Zionskirchstr. 25.
4. Geschäft: Reinholdenbr. 64c.
Bettfedern Pfund 50 u. 75 Pf.
Goldwännen 1,00-1,50 Mk.
Graue Dämmen 2,00-2,50
Perlige Betten, Oberbett, Unter-
bett, 2 Kissen 10 Mk., mit guten
Federn, bessere Sorten: Stand
12, 15-18, 24 Mk. Hochelaste
Brautbetten 30-45 Mk. Große
Vollherbetten 80-100 Mk.
Prima 10 Markt. 30142*

Rinderwagen
Rosten, Leitern,
und Sportwagen,
Rinder-Goldd.
Niefenauwag.
Fabrikpreis-
Rinderwagen,
hochmodern, 150 Mk.
Rufhersteller
gratis. Alle Wagen kunstl. Theil-
zahlung gekostet. Woche 1 Mk.
Andreasstr. 53, part. u. 1. Et.

Teppiche,
Sopha u. Salongröße, 5, 6, 8, 9, 10 bis
100 Mk. Käuferstoffe 40, 50, 60, 80-150.
**Gardinen, Portièren, Tisch-
decken, Steppdecken** etc. etc.
zu spottbilligen Preisen. Fabriklager
A. Michaelis,
Friedrichstr. 7. 30311*

Anzüge nach Maass
für Herren und Knaben.
Größte Auswahl in in und aus-
ländischen Stoffen für Paletots,
Anzüge, Reifkleider etc. werden
unter Garantie des guten Zieles
zu überaus billigen Preisen
(Anzeigens angefertigt im Tagesgeschäft)
bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Möbel,
Spiegel u. Polsterwaren
recht zu soliden Preisen, empfiehlt
H. Sirelow, Tischlermstr.
Rixdorf, Richardstr. 116,
am Deutmal.

Läuferstoffe
für Korridore, Treppen und
zum Auslegen ganzer Zimmer zu
billigsten Preisen.
von 4-15 Meter spott-
billig! Muster franco.
S. Unger,
Berlin 8, Cranienstr. 48.
Teppich u. Käuferstoff-Spezialgeschäft.

Möbel
verkauft gewasene und neu, hübsch
billig, Theilzahlung gekostet.
Beamten ohne Anzahlung. 29172*
Neue Königstr. 59.
Streifwolle-Kuderverkauf.
Reihe in Zephyr und Rodwolle zu
Fabrikpreisen. Holzmarktstr. 60, S. I. I. Tr.

Schankwirtschaft, monatl. Umsatz
25-28 halbe Tonnen, für 1300 Mk.
verkauft. Rühlstr. 50a. Big.-Werk.
Preßkugeln-Bräu
loftet ab 65 Pf. 4628
A. Herrmann's Kohlenlager:
Schlesl. Bahnhof, Mühlentstr. 12.
Bahnhof Weidit, Luisenwärfstr.

Billards, große Auswahl, billigst,
auch auf Theilzahlung,
empfehlen die Billardfabrik von
Herrmann Otto & Co.,
80. Cranienstr. 25 (u. Adalbertstr.)

M. Krüger's
Speise-Feinöl
ist das anerkannt Beste. Zu haben in
allen Kolonialwarenen- und Sorten-
Geschäften. Engros-Lager: Berlin,
Erfurterstr. 105.

Achtung!
Die Hosenfabrik
30092* verkauft jetzt:
Pr. Stoffhosen von 3,00-7,50
Arbeits-Hosen von 2,25-5,00
Winter-Joppen von 5,00-9,00
Winter-Anzüge 12,00-20,00
Kinder-Anzüge 2,50-8,50
Damen-Anzüge 4,50-12,00
Knaubenhosen 65 Pf. bis 2 Mk.
nur bei **W. Mathews,**
Krausenstr., zur rothen 7.

Steppdecken-(Fabrik)
Vorzügl. Handarbeit; hübsch und billig.
Alle Decken werden aufgearbeitet.
Berlin C., Wallstrasse 72.
auf
Möbel Theilzahlung.
Neu
J. Kellermann, Jakobstr. 26.

Für 17 Mk. fertige Anzug nach
Maß, gute Zu-
fuhren, tabel. Stig.
**Wilhelm Schmidt, Neue Schön-
hauserstr. 1, 1 Tr., Ecke Weinmeisterstr.**

Möbel
unter Garantie guter Arbeit. Theil-
zahlung gekostet. 30832*
H. Brandt, Alte Jakobstr. 65.

Möbel
Polsterwaren-Fabrik
173, Cranienstr. 173.
Billigste und vertrauenswürdigste
Bezugsquelle für billige, Wohnungs-
einrichtungen. Verkauf zu Kredit.
Gig. Tischlerei u. Tapezierwerkstatt.
Möbel, großes Garderoben-Spind
35 Mk., Sophastrich 13 Mk.,
Stühle, Wäscheliste 4 Mk., Beistelle
4 Mk., Spinde, Bertilow, Spiegel,
Cranienstr. 25 Hof I.

Beiten, Gardinen, Wäsche, Portièren,
Remontoirwaren, Regalato-
ren, Kleidungsstücke, Operngläser,
Reisekoffer (spottb. Reanderstr. 6 Pfundl.)

Steppdecken,
direkt v. d. Arbeiter, keine Fabrik-
arbeit, nur reelle Zufuhren.
Georg Schmeidler,
30882* Blumenstr. 13, I.

Unzuchtig, wenig gebraucht, so-
wohl Beistellen, billig. 5035
Färbenmalderstr. 19, im Keller.
Rinderwagen-Käber Polsterwaren
für 101. 5015

Beiten, schöner Stand, sofort für
20 Mk. zu verk. Crandstr. 26, v. II. z.

Gesunde kleine Wohnungen
in Balken per 1. Oktober im Süd-
osten. Eisenstrasse 84.
Elektrische und Stadtbahnverbindung
Treptow. 4298*

Kanarienhähne, Vorküßler, verl.
Joachim, Scherbellenerstr. 46. 5106
Bergstr. 74a Mittagstisch 30 Pf.
Kardobane, Leder, Käse, Beifisch
25 Pfennig. 4785

Arbeitsmarkt.
Achtung!
Holzarbeiter!
Drehler, Stellmacher.
Die Werkstatt von Engel, Dem-
minerstr. hat die Forderungen
noch nicht bemittelt.
Bautischler.
In der Werkstatt von Helsing,
Tunderstr. 74 und Schönhauser
Allee 141 stellen sämtliche Kollegen
nach Fertigstellung ihres Auftrages
wegen Unzufriedenheit die Arbeit ein.
Parkettbodenleger.
Die Firma Rosenfeld & Co.
zahlt den Tarif nicht.
Zuzug nach obigen Werkstätten
ist fernzuhalten.
29220 Die Ordungsverwaltung.

Die Formner und Herumacher
der Firma **Borsig**
haben Montag, den 29. August wegen
Lohnminderungen die Arbeit eingestellt.
Zuzug nach betriebsföhrer Firma
ist fernzuhalten!
L. Müller, Gerichtstr. 31,
Bertramswald. 63/4*

Steinmetz-Lehrling verl.
ist gegen Köpzig R. Stodewand
Nachh., Bergmannstr. 70. 4615
4 Gef. auf Büffelt und gute Möbel
verkauft. Frenkel, Reinholdenbr.,
Waldemarstr. 18, dicht am Bahnhof
Lichtenberg-Heidebrückstr. 4169

Schneider auf Joppen u. Paletots
verkauft.
H. B. Rosenthal & Comp.,
Kaiser Wilhelmstr. 48.
Geschäft wird per sofort aber 1. Ok-
tober ins sächsische Vogtland eine ge-
stirte 4405

Plätterin
für Herrenwäsche (Rosen, Pfan-
schellen etc.) in dauernde Stellung.
Offerten nebst Gehaltsansprüchen be-
schränkt unter F. 3 die Expedition
dieses Blattes.

Goldschmiede.
1. Einmaliger, der gravieren kann, für
Ripa sofort. Selbständige Stelle.
Hofvergoldung. 1. Schmiedemacher auf
Zinnschmelzen. 2. Verfertigerinnen mit
Schulbildung. 1. Gehaltarbeiter nach
Vereinbarung per sofort. 7212

Arbeitsnachweis
Deutscher Goldschmiede.
Baillhelle Berlin, Holzmarktstr. 8.
Ein Jagarantien-Gehälter oder wer
es erlernen will. G. Rothkopf,
Landsberger Allee 44. 4885

Tüchtige Zementarbeiter
gesucht. Zu melden auf Bau Wer-
kstatt 5. 4956
Stahlgraveure für Detailswaren,
Luisie Schilling
sacht Fink, Moritzstrasse
No. 17 (part.) 4755

Tüchtige selbständige Kunstschlosser
verlangt. 5066
Ed. Pils, S.W., Tempelhofer-Ufer 10.

Plätterinnen auf geschweifte
Unterlagen u. Wäsche in und
außer dem Hause sucht M. Treppe,
Volklingerstr. 10, Cuesd. IV. 4965

Tüchtige Lehrling verl. Crand-
str. 189, 3 Tr. 5085
Tüchtige selbständige Kunstschlosser
verlangt. 5066
Ed. Pils, S.W., Tempelhofer-Ufer 10.
Ich suche zum sofortigen Eintritt
einen durchaus tüchtigen
Stuischreiner
für Best.-Gutd., Catalogen u. Bestel-
listen; ebenso einen
Stuisarbeiter
der die erste Stelle besetzen könnte.
(Gandbergelder bevorzugt). Ich sichere
demselben Lebensstellung u. noch
höherem Lohn. Reise wird vergütet,
wenn derselbe mindestens 2 Jahre
bei mir thätig ist.
Gg. Häussler, Stuisfabrik,
Schwab. Gmünd.
(Warttemberg.)
Bertreter
gesucht
für gangbaren Arbeiter-Konsum-
Artikel. Höher, leichter Verdienst.
Off. m. Ref. unter E. T. 8077 an
Rudolf Hesse, Dresden.
Mädchen, im Baden von Spozier-
huden gelüdt, suchen
Herrn Goldmann, Grüner Weg 118,
Zilberpollerinnen
haben dauernde Beschäftigung bei
Bergas Gebrüder,
496
Schillingstr. 12.
Tüchtiger Schlossergeselle auf Weid-
schneide in Alfordlage gesucht. 10411
Paul Westermann Nachh.,
Magdeburg, Gr. Marktstr. 13.
Tücht. Koronarbeiterinnen verl.
Theob. Nathan, Salfschreiberstr. 29

Zur preussischen Landtagswahl.

Die „Neue Zeit“, unsere wissenschaftliche Revue, hat in letzter Zeit zwei sehr beachtenswerthe Artikel über die Beteiligung an den Landtagswahlen veröffentlicht, die für die Debatte eine Reihe neuer Gesichtspunkte ins Feld geführt haben. Kautsky ist aus einem früheren Artikel als Befürworter der Wahlbeteiligung bekannt, dagegen plädierte er noch im Jahre 1893 auf dem Parteitag in Köln in überaus scharf ablehnender Weise gegen jede Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen, während er nun zur Wahl auffordert. Es müssen recht bedeutende Dinge sein, die solchen Sinneswechsel hervorgerufen haben. Bebel erblickt eben in der gegenwärtigen politischen Lage eine Konstellation, die ihm eine veränderte Taktik zur Nothwendigkeit zu machen scheint. Diese Darstellung der politischen Lage, die sich auch bei Kautsky findet, scheint mir die bürgerliche Opposition sehr zu überschätzen. Beide Verfasser sehen gegenüber dem Anwachsen der junkerlichen Begehrlichkeit, der Begünstigung ihres wirtschaftspolitischen Einflusses, die bürgerliche Opposition erstarken, die Gegenläufe schärfer hervortreten. Bebel sagt hierüber wörtlich in seinem Artikel:

„Es ist also ein ganz eigenartiger nie dagewesener Geisteszustand, in dem unsere Bourgeoisie sich befindet, und ihr Gedanke und Gefühl und schließlich auch Handlungen aufständisch vor denen sie vor kurzem noch zurückschröckte. Oder will man bestreiten, daß es ein geradezu einzigartiges Schauspiel ist, daß diejenige Partei, die seit fünfundsiebzig Jahren für alle Annehmlichkeiten und alle Ansehens- und Unterdrückungsvorteile gegen ihre politischen und sozialen Gegner förmlich schwärmte und mit Wollust ihnen zustimmte, ihrer inneren Natur zuwider sich zu Vertheidigern des bestehenden preussischen Vereins- und Versammlungsgesetzes aufzuwerfen möchte? Ich brauche nicht zu sagen, daß ich damit die Nationalliberalen meine, der ausgeprägteste politische Repräsentant der großen Bourgeoisie.“

Die Beweggründe, weshalb die nationalliberale Partei gegen das preussische Vereinsgesetz stimmte, dürften doch andere sein, als Bebel annimmt. Die Vergangenheit der Partei hat Bebel treffend skizziert, er kann überzeugt sein, daß sie auch ferner diese Wege wandeln wird, ohne daß ihr „Antipode“ in der bestehenden Gesellschaftsordnung, das Junkertum, sie zur Umkehr bewegen könnte. Den kleinen Seitenprung, den sie sich bei dem Vereinsgesetz leisteten, entspringt einer wohl überlegten Taktik, bei der die Rücksicht auf die nächsten Reichstagswahlen eine größere Rolle spielt, als der Karger über die Junker. Die preussischen Landtagswahlen, die im nächsten Jahre bevorstehen, hätten der nationalliberalen Partei diese Taktik nie aufständigen können, ihr Bestehen im Abgeordnetenhaus kann durch die erregten Arbeiter nicht ernstlich gefährdet werden; aber sie hoffen, daß ihre Thesen im Landtag ihnen bei den Reichstagswahlen in Anrechnung gebracht werden, diese Taktik war unter der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts für die Vertretung im Deutschen Reich ein Gebot der Selbsterhaltung. Die Nationalliberalen, die ausgeprägtesten politischen Repräsentanten der großen Bourgeoisie, wie sie Bebel treffend bezeichnet, haben den Gegensatz zum Agrarierthum immer fester betont. Schritt für Schritt sind sie zurückgewichen, so manche sind sogar Mitglieder und Stipendiaten des Bundes der Landwirthe geworden. Bei der Liebesgabenpolitik, so noch vor kurzem bei der Minderung der Zuckersteuer, haben sie sich immer als treue Vasallen des Junkertums bewährt. Die Großbourgeoisie hat längst ihren Frieden mit dem Junkertum geschlossen, immer mehr gleichen sich die Gegensätze an. Beide Theile suchen die vielfachen Berührungspunkte ihrer Interessengruppen zum gemeinsamen Vortheil auszunützen. Die mächtige einflussreiche Vertretung der Großindustrie und das Junkertum suchen abwechselnd bald der eine, bald der andere vor allem auf Kosten der Arbeiterklasse und auch weiterer Kreise des Kleinbürgertums ihre wirtschaftlichen Interessen rücksichtslos zu fördern. Haben die einen ihren Raub eingeholt, dann halten die Verbündeten die Hand aus, um den Lohn für ihre Mitwirkung in Empfang zu nehmen. Die Regierung aber pendelt zwischen den Interessen dieser beiden politischen Wegelagerer hin und her. Sie darf es weder mit der mächtigen Spitze der Steuern und Zölle, noch mit den Bauernemagogen Pflanz und Hühner verderben. Die Rede-Jedlitzsche Vereinsgesetz-Novelle wäre beiden nicht unerwünscht gewesen, aber den frommen Wünschen mußte die bessere Einsicht geopfert werden. Allerdings hat die nationalliberale Partei auf ihrem letzten Parteitag sehr liberal schillernde Grundzüge aufgestellt, eine Anzahl Vertreter mögen das Bestreben haben, ehrlich diese Beschlässe zu halten; die Majorität in der Partei würde mit ihrer ganzen Vergangenheit brechen, wenn sie derartige Resolutionen irgendwie ernst nehmen würde.

Erst vor einigen Tagen ging durch die Presse die Meldung, daß der Landwirtschaftsrath an den Zentralverband deutscher Industriellen herangetreten ist, um ein gemeinsames Vorgehen bei dem Abschluß künftiger Handelsverträge anzubahnen. Herr Bueck, der Leiter dieser einflussreichsten Unternehmerratschaft, hat bereits früher im Abgeordnetenhaus die Zusage im Rahmen der Großindustrie gemacht, daß die Schutzzölle für die Landwirtschaft ganz entsprechend den Wünschen der Großgrundbesitzer erhöht werden sollen. Die Schlotzjunker und Grundbesitzer können es eben tragen, wenn durch die Zölle die Preise für die unentbehrlichen Lebensmittel gesteigert werden; sie haben sogar ein Interesse daran, die Getreidezölle auf einer bestimmten Höhe zu halten, um beim Abschluß der Handelsverträge mit Getreide exportierenden Ländern den Großgrundbesitzern die Opfer zu erleichtern. Denn in unseren wichtigsten Handelsverträgen ist die Verminderung der Getreidezölle mit dem vertragschließenden Staat der Einfachheit halber die der Industrie gewährt worden. Die erhöhten Preise für Lebensmittel mag der Arbeiter tragen. Eine Abwägung der erhöhten Lebensmittelpreise auf die Löhne fürchten die Besitzer der Kohlengruben und Eisenwerke in Rheinland und Westfalen nicht, haben sie doch erfolgreich, wenn auch oft nur zu patriarchalisch-brutal, das Aufkommen und die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter zu verhindern verstanden. Und wo dies nicht ganz gelang, vertrauen die Industriellen auf die Regierung, und in diesem Vertrauen haben sie sich noch nie getäuscht. Die Stellung zum Koalitionsrecht charakterisiert die Leute, die die ausgeprägtesten politischen Repräsentanten der großen Bourgeoisie sind, die gerade in der nationalliberalen Partei ihre beste politische Organisation hat.

Das mittlere und kleinere Bürgerthum nimmt ja zum Theil eine andere Stellung ein. Soweit diese Kreise nicht dem Antisemitismus oder konservativ-junkerschen Bestrebungen zugethan sind, bilden sie das Rückgrat der freisinnigen Partei, einer solchen bürgerlichen Demokratie. Hier ist durch die letzten politischen Ereignisse eine tiefe Misstimmung deutlich hervorgetreten, aus der bei der Landtagswahl wie bei der Reichstagswahl der freisinnigen Volkspartei neue Kräfte aufsteigen werden.

Ob die Misstimmung in jenen Kreisen aber so stark ist, die Partei auf den Bestehen vom Jahre 1890 zu heben, erscheint sehr zweifelhaft, da das liberale Kleinbürgertum jeden politischen Eifer vermissen läßt und gerade in jenen Bevölkerungsklassen das ganze Parteileben trägt und theilnahmlos dahinsiecht. So sehe ich die bürgerliche Opposition gegen das Junkertum verrauchen, Deutschlands bürgerliche Demokratie hat längst vor der Sozialdemokratie Reichthum genommen.

Sollen wir nun diese schwächliche bürgerliche Opposition stärken? Denn um die Erfüllung dieser Aufgabe handelt es sich ja zunächst bei der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Der Erfolg wäre eine Vermehrung der freisinnigen Mandate. Wenn wir den Gewinn auf 15-20 beziffern, so haben wir ihn sicherlich doch eingeschätzt, wobei wir für uns noch einige Mandate in Abzug

bringen. Auch in der weiteren Folge kann die liberale Partei und die Sozialdemokratie nie über ein bescheidenes Maß hinauskommen, denn das Wahlrecht ist so sorgfältig aufgebaut, daß Großbourgeoisie und Junkertum unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlsystems immer das Best in Händen behalten werden. Dieser Mangel jeder Aussicht auf die endliche Niederwerfung des gemeinsamen Gegners muß die Begeisterung für die Wahl lähmen. Hieraus erklärt es sich, daß bei allen Wahlen, wo das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eingeführt ist, die Beteiligung der Wähler eine größere und lebhaftere ist, als bei allen das Wahlrecht beschränkenden Systemen. Ueber solche Hindernisse können wir uns theoretisch viel leichter hinwegsetzen als in der höchst unbequemen Praxis. Es ist möglich, daß beim ersten Anlauf die Beteiligung von unserer Seite größer ist, als ich annehme; dagegen dürfte ich mich kaum täuschen, wenn ich bezweifle, daß ein Misserfolg, in dem das ganze traurige Wahlsystem zum Ausdruck kommt, die Wähler zum Kampf gegen das Dreiklassen-Wahlrecht mobil macht, wie Kautsky annimmt. Für die folgende Wahl könnte weit eher Entmutigung als vermehrter Eifer eintreten. Die rechtlose Stellung der Arbeiterklasse unter diesem Wahlsystem braucht nicht durch eine Probe besonders vorgeführt zu werden. Wir könnten schon mitten in der Protestbewegung gegen dieses elendeste aller Wahlsysteme sein, wenn wir uns nicht den Joru für die Wahl ansparren. Gewisse an dem heute herrschenden Regierungssystem besonders interessirte Kreise würden sich allerdings durch einen solchen Protest nicht bestimmen lassen, auch nur die kleinste Milderung der Ungerechtigkeiten des Dreiklassen-Wahlrechts eintreten zu lassen. Diese Kreise sind aber gegenwärtig die ausschlaggebenden; ihnen liegt nicht daran, die tiefe Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse zu verringern, sie wollen die bevorrechtete Stellung der besitzenden Klasse zur Unterdrückung der Arbeiterklasse rücksichtslos angewandt wissen. Aber auf die Dauer ist dieser Zustand unhaltbar, die Gegensätze werden so scharf, daß ein Einlenken unvermeidlich wird.

Nun finden Kautsky und Bebel in dem Abschließen eines Kompromisses mit anderen Parteien nichts Bedenkliches. Könnten wir aus eigenen Kräften auch nur einige Mandate erringen, dann würden in der Partei kaum Meinungsverschiedenheiten bestehen und die Frage wäre längst entschieden. Mit wem sollen wir aber den Kompromiß abschließen? Etwa mit den Nationalliberalen? Da sind die Gegensätze zwischen uns und ihnen doch zu stark, als daß ein solcher Vertrag geschlossen werden könnte. Das Zentrum hat uns bereits durch seine tonangebenden Blätter eine Abfolge zu theil werden lassen. Da man von den Antisemiten in diesem Zusammenhang gar nicht zu reden braucht, bleiben uns nur die Freisinnigen, aber die Bebel im Jahre 1893 in Köln folgendes treffende Urtheil fällt:

„Wer nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahl noch glaubte, daß freisinnige Wähler sogar öffentlich ihre Stimme für einen Sozialdemokraten abgeben, der verkennt ganz und gar die Natur unseres liberalen Bürgerthums. Forderte das z. B. einen Dichter von seinen Anhängern, sie würden ihn in hellen Haufen verlassen! Ein großer Theil selbst derjenigen Liberalen, die so lang und einsichtig waren, sich zu sagen, es schadet uns nichts, wenn ein paar Sozialdemokraten in den Landtag kommen, wenn wir freisinnigen dadurch gewinnen, könnten öffentlich ihre Stimme uns nicht geben, weil die gesellschaftliche Miseregelung auch ihnen auf dem Fuße folgte.“

Dieses Urtheil wird sich auch bei den nächsten Wahlen bestätigen. Gehen wir wirklich auf den Seim, mit den freisinnigen Kompromisse abzuschließen, dann werden wir die Gepestelten sein.

Bebel sagt nun zwar in der „Neuen Zeit“: „Diejenigen, die einen solchen Kompromiß als unter allen Umständen verwerflich anstreifen, übersehen, daß unsere ganze politische Thätigkeit im Reichstag, in den Landtagen, in den Gemeindevertretungen etc. uns fortgesetzt zu Kompromissen zwingt.“

Wir scheitern die Bezeichnung Kompromisspolitik für unser Verhältnis zu den gequerrischen Parteien innerhalb des Parlaments nicht recht glücklich gewählt, ich bezweifle, daß man ein solches Verhältnis so bezeichnen kann. Wenn das aber auch der Fall wäre, dann wird unser Verhältnis zu der freisinnigen Partei bei der Landtagswahl doch ein anderes als bisher. Wir verlangen von den Freisinnigen, daß sie unsere Liebe zu ihnen nicht unerwidert lassen, es wird ein Handel um Mandate abgeschlossen, der dahin geht: unterwirft sich unser Kandidat, dann werden wir auch euren wählen. So einfach wie bei den Reichstags-Wahlen ist die Sache doch nicht. Denn geben wir die Parole aus: wählt den Freisinnigen unbekümmert um die Gegenleistung, wie es bei der Reichstagswahl üblich war, dann wäre das Aufstellen von eigenen Wahlmännern überflüssig und der Vorschlag Kuer der einzig richtige. Wollten wir diese Schacherpolitik im Parlament fortsetzen, so würden sich die Dinge so gestalten, daß wir unseren Gegnern anbieten: wir wollen euch helfen, diese oder jene Sache durchzusetzen; aber wie steht es um den Preis für unsere Bemühungen, seid ihr gewillt, unsere Bemühungen durch eine Gegenleistung auszugleichen? Das ist die Taktik der bürgerlichen Parteien, die wir bisher streng gemieden haben. Und wenn Kautsky sagt: „Allerdings ist anzunehmen, daß unsere Beteiligung an den Landtagswahlen nicht ohne Einfluß auf den Charakter unserer Bewegung sein wird, aber ich erwarte eher einen fördernden, als einen forumpirenden“ — so möchte ich allerdings auch nicht wünschen, daß der Weg in der von mir gekennzeichneten Richtung fortgesetzt werde, denn er würde den Charakter der Partei verderben. Aber das Drängen, um jeden Preis sogenannte praktische Politik zu treiben, kann weit eher in das Gegenheil des von Kautsky erwarteten fördernden Einflusses ausarten.

Den Nutzen, den die Partei bei den Landtagswahlen erzielen wird, sagt Kautsky kurz in vier Punkten zusammen. 1. Schwächung der politischen Macht des Junkertums, 2. Eroberung von Mandaten, 3. die Erweiterung des Kampfgebietes und 4. die Inszenierung des Kampfes um allgemeine Wahlrecht zum Landtage.

Die Zunahme einiger freisinniger Mandate bedeutet für das Junkertum noch nicht eine Schwächung seiner politischen Macht, denn es konnte seinem Einfluß auch gegenwärtig nur mit Hilfe der Nationalliberalen voll Geltung verschaffen; auch künftig wird es nur noch im Stande sein, mit dieser Unterstützung im Landtage manches sehr reaktionäre Attentat auf die Volksrechte auszuführen.

Der Gewinn einiger Mandate ist für uns sehr unsicher, da das ganz von dem guten Willen der Freisinnigen abhängen wird. Unser Agitations- und Kampfgebiet ist mir nie zu klein erschienen, es wird sich aber ganz von selbst bei den nächsten Reichstagswahlen auf die Thätigkeit des Landtags ausdehnen. Die Protestbewegung wird, da wir im nächsten Jahre die Agitation für den Reichstag und Landtag vorhaben, an Kraft verlieren, denn das politische Interesse wird durch diese beiden Aktionen erschöpft sein.

In Parteitreuen gewinnt allerdings die Stimmung für die Wahlbeteiligung immer mehr die Oberhand. Es ist anzunehmen, daß der Parteitag in Hamburg in diesem Sinne die Entscheidung trifft. Ich halte diesen gesamtdeutschen Parteitag auch für die allein richtige Instanz; denn wir würden durch einen preussischen Parteitag zur Entscheidung der Frage einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen, der der partikularistischen Eigenbrödelei einen starken Rückhalt giebt. Der zentrale Charakter der Partei muß gewahrt bleiben und über die Einzelheiten der Wahltaktik werden sich die Genossen in Preußen sehr bald einigen können. Schließlich halte ich den Beschluß weder für eine ernste Gefahr für die Partei, noch glaube ich, daß er zu großen Differenzen Anlaß geben wird. Die kleine Zieherstimmung kann für die Partei auch ganz heilsame Folgen haben, wenn die Reaktion eingetreten ist.

R. S.

Versammlungen.

In einer Versammlung von Händlern und Händlerinnen, die, nur schwach besucht, am Freitag im Englischen Garten tagte, vertrat der Referent Gottfeld die Ansicht, daß der von den Mitgliedern der Heilsarmee betriebene Verkauf frommer Schriften die Händler schädige. Er bezeichnete es als eine Ungerechtigkeit gegenüber den Händlern, daß die Heilsolbaten ohne Gewerbeschein und ohne Rücksicht auf die Sonntagsruhe dem Vertrieb von Druckschriften obliegen. Er machte dann seiner Abneigung gegen das Schreiben und die religiöse Richtung der Heilsarmee in so ungeheurer Weise Luft, daß ein blutjunges Mädchen, anscheinend ein Jünglingsvereiner, leichtes Spiel hatte, in der Diskussion die Redebühnen des Referenten zu zerpfücken. Auch bei seinen Berufskollegen fanden die Ausführungen Gottfeld's wenig Anklang, sie hielten zum Theil sogar auf heftigen Widerspruch; beispielsweise bezeichnete Appelt die Bemerkung über den Schriftenverkauf der Heilsarmee ohne Gewerbeschein als eine unwürdige Denunziation; eine Ansicht, der auch andere Redner beipflichteten. Ad. Hoffmann bemerkte unter anderem, daß man der Heilsarmee wirklich zu viel Ehre antheue, wenn man sich in einer Versammlung, die den Berufsinteressen der Händler dienen solle, mit dieser bedeutungslosen Sache befasse. Schröder, Beutler und Trunsch waren gleichfalls der Meinung, daß das Thema unglücklich gewählt sei, und daß es besser wäre, wenn man sich in Versammlungen mit den speziellen Berufsangelegenheiten der Händler beschäftigen würde. Von einer Schädigung der Händler durch den Vertrieb des „Kriegsruhs“ und ähnlicher Schriften könne keine Rede sein. Die Debatte war zeitweise eine sehr erregte, gereizte persönliche Auslassungen wurden hier und da laut. Nachdem endlich um Mitternacht die Diskussion mit einem allgemeineren Anruhe und sorgföhten Schlußfassen entgegengenommenen Schlußwort Gottfeld's ihr Ende erreicht hatte und ein großer Theil der Versammelten fortgegangen war, entspann sich unter dem Punkt „Verschiedenes“ nochmals eine so heftige und unerquickliche, mit Schimpfereien gepickte persönliche Debatte zwischen Schröder einerseits und Schütz, Beutler, Trunsch und Gottfeld andererseits, daß der Vorsitzende, um der drohenden Auflösung vorzubeugen, gegen 1 Uhr kurzerhand die Versammlung schloß.

Eine Versammlung des deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes tagte am 7. September in den Reminhallen. Vor Eintritt in die Tagesordnung kritisierte der Vorsitzende Wittke, daß in der bürgerlichen Presse ein völlig einseitiger, nur der Phantasie des betreffenden Berichterstatters entsprungener Bericht über die letzte öffentliche Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung erschienen sei. Der Bericht habe vielfach zu Mißverständnissen unter solchen Kollegen beigetragen, die sich über Vorgänge in der Arbeiterbewegung leider noch aus bürgerlichen Blättern inforamtionen holen, und dann ein ganz schiefes Bild der Verhandlungen bekommen; nur der vom „Vorwärts“ gebrachte Bericht gäbe die Verhandlungen richtig wieder. Die Versammlung beschloß, der bürgerlichen Presse die entsprechende Berichtigung zugehen zu lassen. Hiernach hielt Kollege Stoltenberg einen einleitenden Vortrag über die Praxis des Berliner Gewerbegerichts. In einer ausgedehnten Diskussion fanden viele Fragen bezüglich des Arbeitsvertrages durch die anwesenden Gewerbegerichts-Beisitzer sachgemäße Beantwortung. Manche in der Kammer I unter Vorsitz des Haffersdorff Helwig gefällten Urtheile erfuhren hierbei scharfe Kritik. Die nun folgende Abrechnung vom 11. Quartal 1897 vom Kassirer Zimm wies eine Einnahme für den Verband von 1214,96 Mark auf, von welcher Summe 850 M. an die Hauptkasse gesandt wurden. Die Einnahme der örtlichen Lokalkasse, einschließlich eines Bestandes von 2288 M., betrug 3021 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 688,34 M., somit bleibt ein Bestand von 2387,66 M. zu verzeichnen. Die Richtigkeit wurde von den Revisoren bestätigt, und auf deren Antrag dem Kassirer Decharge erteilt. Ferner entschied die Versammlung dahin, daß die Redaktion des örtlichen Fachblattes und die Thätigkeit in dem Arbeitsnachweis- und Auskunfts-Bureau in Zukunft einer Person zu übertragen sei, und ernannte Zimm für diesen Posten. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß am Sonntag, den 28. September, nachmittags 1 Uhr, eine Sondervorstellung in der Urania stattfindet.

Charlottenburg. Am 8. d. M. fand hier in der Gambinns-Bräuerei eine außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Lettow-Beestow-Storkow-Charlottenburg statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung euren die Anwesenden das Andenken des verstorbenen Vereinsmitgliedes Krippstadt durch Erheben von den Plätzen. Es erhielt sodann der Genosse Lankow das Wort zu seinem Vortrage „Die Entwicklung Frankreichs vom 16. bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts“. Zur Befprechung des § 10 des Vereinsstatuts wurde schließlich noch längerer lebhafter Debatte ein eingehender Antrag des Vorstandes angenommen, welcher lautet: „Eingehende Regulierung des § 10 des Vereinsstatuts, werden die Wahlvereins-Mitglieder angefordert, ihre rückständigen Beiträge bis zum 15. Oktober 1897 zu bezahlen. Von diesem Tage an werden alle diejenigen Mitglieder gestrichen, welche 6 Monate mit ihren Beiträgen zurückbleiben.“ Ebenso wurde ein Antrag Siegfried's, daß alle diejenigen Mitglieder, welche während eines Vierteljahres auf Grund des Generalversammlungs-Beschlusses vom 8. September 1897 gestrichen worden, in der darauf folgenden Generalversammlung bekannt zu geben sind, von der Versammlung akzeptiert. — Als Abtheilungsführer wurden sodann neu gewählt die Genossen Jahnert, Sellin, Feder, Scharnberg, Rob. Göbde, Weisner und Preis. — In Vereinsangelegenheiten machte der Vorsitzende zunächst bekannt, daß sich behufs Einsicht der Wählerlisten zu den Stadtverordnetenwahlen circa 800 Personen haben einschreiben lassen und konstatirt mit großer Begeisterung die lebhafteste Beteiligung, was wohl mit Recht darauf schließen lasse, daß auch die Beteiligung an den kommenden Wahlen eine derartige werden würde, jedoch wir wohl die berechtigte Hoffnung hegen dürften, einige unserer Genossen durchzubringen. Behufs Agitation zu diesen Wahlen wird dem Vorstande alles weitere anheimgegeben. Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, Wohnungsveränderungen möglichst bald dem Hauptkassirer Börrer mitzutheilen. Der Vorsitzende macht wiederholt auf den Besuch der Urania am Sonntag, den 19. d. M., aufmerksam.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission, welche am 6. d. M. ihre Sitzung abhielt, behandelte die neue von einer besonderen Kommission ausgearbeitete Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung, welche sich mit der der Berliner Kommission im wesentlichen deckt, wurde nach einer regen Debatte angenommen. Da nun die Ordnung einen Ausschuss zur Regelung der Arbeiten vorschreibt, so wurden Keilmann, Menge und Guzinski in denselben gewählt. Zur weiteren Verhandlung gelangte die Frage der Zentralherberge. Beschlossen wurde, eine Herbergskommission, bestehend aus Keilmann, Hölzner, Kienischer zu wählen. Zur Gewerbegerichts- Angelegenheit wurden die Beisitzer beauftragt, bei der Stadtverordneten-Versammlung eine Petition einzureichen, in welcher verlangt wird, bei den nächsten Gewerbegerichts-Beisitzerwahlen einige Beisitzer mehr zu wählen, welche als Erfahrungsmänner fungieren sollen. Unter Verschiedenes theilte Zimm mit, daß die Sitzungen der Gewerkschaftskommission fortan bei Leder stattfinden und nur im Falle, wenn das Lokal vergeben ist, im anderen Lokale. Betreten waren bis auf die Handels-Hilfsarbeiter alle Gewerkschaften.

In Südbude tagte am 8. d. M. eine öffentliche Volksversammlung, in welcher Genosse Zubeil Bericht erstattete über die Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und versprach mit aller Kraft in die Agitation einzutreten, damit auch

Oeffentliche Versammlungen

der
sozialdemokratischen Parteigenossen und Genossinnen Berlins
am Dienstag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr,

in folgenden Lokalen:

1. Kreis: „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20.
2. Kreis: „Bockbrauerei“ am Tempelhoferberg.
3. Kreis: „Ressource“, Kommandantenstr. 57.
4. Kreis: „Stechert's Säle“, Andreasstr. 21.
5. Kreis: „Brauerei Bölow“, Prenzlauer Allee 247.
6. Kreis: „Kolberger Salon“, Kolbergerstr. 23.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung von der Brandenburger Konferenz. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Mitgliedes der Agitationskommission und des Zentral-Wahlkomitees. 4. Stellungnahme zum Hamburger Parteitag. 5. Wahl der Delegierten zu demselben.

Da dieser Parteitag Beschlüsse zu fassen hat, die für die Partei von weittragender Bedeutung sind, so ist es notwendig, daß alle Genossen in den Versammlungen erscheinen.

213/16

Die Vertrauenspersonen.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 13. September 1897, abends 6 1/2 Uhr,
in Cohn's Fest-Sälen, Benthstr. 20:

Gr. Versammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Genossen Liebkecht über: Geschichtsmaterialistische Weltanschauung.

Nach dem Vortrag:

Gemüthliches Beisammensein und Tanz,

wozu nur noch Mitglieder mit ihren Angehörigen Zutritt haben.
Eintritt 10 Pf. Garderobe 10 Pf.
Die Mitglieder und Gäste sind hierdurch höflichst eingeladen und erwartet zahlreichen Besuch
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Berlin). Bezirks-Versammlungen

Montag, den 13. September, abends 8 Uhr.

Osten und Nordosten bei Thiel, Fruchtstraße 16a.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Rein: Das Arbeiterlohn und die wirtschaftlich-politischen Kämpfe der Gegenwart. 2. Diskussion. 3. Werkstatt- und Verbandsangelegenheiten.
Eingeladen ist die Werkstätte von Fischer, Friedenstr. 52.

Südosten bei Rautenberg, Oranienstraße 180.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Koblenzer über: Kranken- und Invalidenlohn-Gesetze. Diskussion. 2. Wahl eines Beitrags-Sammlers auf Zahlstelle 12 bei Streif. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Westen und Südwesten bei Zubell, Lindenstraße 106.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Schönhäuser und Rosenthaler Vorstadt bei Wernau, Schwedterstraße 23.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Adolph Hoffmann über: Gesetz und Recht. 2. Diskussion. 3. Werkstatt- und Verbandsangelegenheiten.

Wedding-Gesundbrunnen im Kolberger Salon (Roabe), Kolbergerstraße 23.
Tagesordnung: 1. Kulturgeschichtlicher Vortrag. Referent Genosse Lankow. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Beitrags-Sammlers und Ergänzung der Kommission. 4. Verbands- und Werkstattangelegenheiten.

Moabit bei Böwin, Stromstraße 28.

Dazu werden die Kollegen aus den Werkstätten von Otto u. Statowa, Bernerstr. 60, Herzogelle u. Häbener, Wilhelmshagenstr. 28, und im besonderen nochmals von Weisse, Beuststr. 32, eingeladen.

Friedrichsberg bei Heinecke, Friedrich Sarstr. 11.

Tagesordnung: Vortrag. Diskussion. Verbandsangelegenheiten.

Friedrichsfelde: Prinzen-Allee 30.

Tagesordnung: 1. Vortrag von B. Stabernack über: Die Profitwuth des Kapitalismus. 2. Diskussion. 3. Werkstätten- Angelegenheit. 4. Verschiedenes.

Am Sonnabend, den 2. Oktober, bei Keller, Kopenstraße:

5. Stiftungsfest.

Großes Instrumental-Konzert und Gesangs-Aufführungen.
Billets à 25 Pf. sind auf allen Zahlstellen des Verbandes zu haben.

Großer Ball.

Herren, die daran theilnehmen wollen, zahlen 50 Pfg. nach Programm am Eingang des Saales.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin). Montag, den 13. September 1897, abends 8 1/2 Uhr: Bezirks-Versammlung für Weißensee im Lokal von „Pfeifen-Müller“, König-Charuffe 38.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Massatsch über: Die Gewerkschaftsbewegung einst und jetzt. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Kollegen werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Müßig Achtung!
zu allen Privat- und Vereins-Festlichkeiten vom Abvier bis zum größten Erbecker. Prompte Kaufkraft. Bestellungen werden täglich mündlich von 10 1/2-1 Uhr, sowie schriftlich und per Telefon entgegengenommen.
Restaurant Schiller, Rosenfelderstraße 57.
60/2 Telefon-Amt III. 1296.

Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmänner Berlins u. Umg.

Achtung! Bildhauer. Achtung!

Montag, den 13. September, abends 8 1/2 Uhr,
Köpenickerstraße 62: 22/20
Versammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Streit der Kollegen in der Möbelfabrik von Barth (Werkführer Engelmann). 3. Bericht über den Zentral-Verband der Bildhauer Deutschlands, Verwaltungsstelle Berlin. Der Vorstand.

Achtung! Schuhmacher! Achtung!

Dienstag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal
Königsbank, Gr. Frankfurterstr. 117: 188/11
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum Lokalfonds. 2. Wie stellen sich die Kollegen zur Einführung von Streifen? 3. Verschiedenes. Die Kommission.

Verein deutscher Schuhmacher. Montag, den 13. September, abends 8 1/2 Uhr, in Stabernack's Lokal, Inletstr. 10: 286/2

Kombinierte Mitgliederversammlung
Tages-Ordnung:
1. Wahl der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Vorkände.

Bildungsverein „Mehr Licht“. Sonntag, den 12. d. M., mittags punkt 12 Uhr: Besuch des Museums für Naturkunde, Invalidenstr. 42/44, unter Führung des Herrn Dr. Joël. Treffpunkt vor dem Museum. Abends 6 1/2 Uhr, Alexanderstraße 27c: Versammlung.

Vortrag über: „Aus der Urzeit der Erde“. Ref.: Herr Dr. Joël, Diskussion.
Nachdem: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.
Gäste sind sehr willkommen. 57/6

Stuckateure!

Montag, den 13. September, abends 8 Uhr,
bei Buske, Grenadierstr. 33:
Gr. öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Görke, Charlottenburg. 2. Diskussion. 3. Wahl der Redatoren für den öffentlichen Fonds.
Aus sind in dieser Versammlung die Unterführungs-Marken (à 10 Pf.) abzurechnen, da dieselben eingezogen werden, und sind die betreffenden Kollegen hierauf aufmerksam zu machen.

Renz' Ball-Salon, Naunynstr. 27.

Empfehle meine Säle, 900 Personen fassend, zu allen Festlichkeiten und Versammlungen. Einige Sonnabende sind noch unter kulantesten Bedingungen an Vereine zu vergeben. 2360/2
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: Grosser Ball.
NB. Die Vorkände derjenigen Vereine, welche mit meinem Vorgänger Festlichkeiten abgeschlossen haben, erlaube ich, nochmals mit mir Rücksprache zu nehmen, da mir keine Geschäftsbücher ausgeliefert wurden.
Gustav Graumann.

Kur- und Bade-Anstalt Gr. Hamburgerstraße 20 (Bahnhof Börs).

Spezialität: patent. Heilstrohlentherapie (Kastenbäder und Inhalatorium).
Bannbäder, künstliche Wasseranwendungen (Kneipp'sche Gasse). Strenge Kuren nach ärztlicher Vorschrift bei Wicht, Rheumatismus, Gelenkigkeit, Krampfen, Unterleib, Haut-Verden.
Kerzl. Sprechstunden: tägl. 8-8 ab, Sonntag, Oberleitung Dr. Hirschfeld, Montag, Donnerstag auch 11-12 um.

Wochentags geöffnet 8 bis abends 9 1/2 Uhr, Sonntags 8-10 und 12-2 Uhr.
R. Bartsch, Innungs-Möbel-Polsterwaren-Fabrik
Meister. Fernsprecher Amt 4 No. 3306.
Berlin S., Oranienstraße 73,
an der Kommandantenstraße.
Grösstes Lager Bürgerlicher
Wohnungs-Einrichtungen
von 100 bis 5000 Mark.
Direkter Verkauf an das Privatpublikum nur im
eigens dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude.
II. Geschäft: Schützenstraße No. 2,
Ecke Friedrichstraße.
Bitte, verlangen Sie mein reich illu-
striertes Musterbuch
gratis und franko.

Muschel-Kleiderspinden 36 Mk.
Nussbaum-fournierte 55 Mk.
Muschel-Bettst. m. Federb. u. Keilk., best. Drollbez., Patent u. Rosshaar.

Achtung! Stuckateure.

Die Zahlstellen der Stuckateure für die Filiale Berlin und Umgegend sind folgende: 270/7
Nr. 1 C. Stein- und Gormannstraße-Ed., Arbeitsnachweis, Inhaber W. Schramm.
Nr. 2 N. Rosanien-Allee 11 bei Augustin, Inhaber Kollege S. Kruse.
Nr. 3 Moabit, Bismarckstr. 28, Edle Stephanstraße bei Fr. Klinge, Inhaber Kollege S. Rittsche.
Nr. 4 W. Blönowstr. 60 bei Werner, Inhaber Kollege J. Gofele.
Nr. 5 Charlottenburg, Wallstr. 68 bei Witte, Inhaber Kollege S. Digner.
Nr. 6 Rixdorf, Bergstraße bei Thomas, Inhaber Kollege S. Barfanti.

Wir machen hiermit besonders aufmerksam, daß die Zahlstellen jeden Sonntag, vormittags von 10-12 Uhr geöffnet sind. Jedes Mitglied ist verpflichtet, dort seine Beiträge zu entrichten, auch werden dieselbe neue Mitglieder aufgenommen. Diejenigen Kollegen, welche mit ihren früheren Beiträgen bis 1. August rückständig sind, werden ersucht, dieselben unverzüglich im Arbeitsnachweis bei Schramm, oder in der nächsten Versammlung zu regeln. Ferner zur Kenntnis, daß die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen, Montag nach dem 15. jeden Monats, bei Buske, Grenadierstr. 33, stattfinden.
Berlin, den 3. September 1897.

Die Lokalverwaltung.

Frauen-Vortrag
Montag, 13. Sept., abends 8 1/2 Uhr,
Weberstr. 17 bei Nieff
vom prof. Naturheilkundigen Grundmann,
demonstrirt an anatomischen Präparaten.
Entree 20 Pf.
Verein für Körper- und Naturheilkunde.
Alexanderstr. 8.

Keine Scheinwerkstätten!
Möbelschlerei
für
Wohnungs-Einrichtungen.
Direkter Verkauf an das Privatpublikum.
G. A. Noack, Tischlermeister, Berlin,
Luiseufer 22, Ecke Dredenerstraße
am Oranienplatz.
Garantie für gute und dauerhafte Arbeit.
Kataloge franco!

Herren-Stock-Reste zu Anzügen
von 6 Mk. an.
Knaben-Stock-Reste für jedes Alter
von 1 Mk. an.
Herrenhosenreste von 2 Mk. an.
Haltbarkeit der Stoffe unter Garantie! 65/14
Umsonst angeschuitten. Engel, Münzstr. 26, part.
Der Stoff hat fertige Knöpfe, feinste Futterenden.
Nr. 18, - - - - - Nr. 20, - - - - -

Metzner's Korbwaren-Fabrik.
Berlin, Andreadstr. 23, vis-à-vis dem Andreadplatz.
II. Geschäft: Brunnenstr. 95, vis-à-vis Humboldt.
III. Geschäft: Beuststr. 67 (Moabit).
IV. Geschäft: Leipzigerstraße (Spittelkolonnenabn).
Kinderwagen, größtes Lager Berlins.
1000 Mark zahle ich jedem, der mir in Berlin ein größeres Kinderwagen-Lager als das meinige nachweist.
2995/2

Möbel auf Credit
Lieferung der Jahre hinaus
Central-Möbel-Halle
Berlin, Kommandantenstr. 51.
Zahlungswise

Durch Reparatur von Läden und Schaufenstermischen bieten ich in meinem Geschäftsfloz 2920/2
Landsberger Strasse 90, I. Etage,
jeden Vortheil im Ein- und Verkauf von:
speciell Schleierische Fabrikate: weisse
Tauf und empfehle:
zu Hemden, Beugeln, Betttücher, Handtücher, Tischentwürfer,
Tischzeuge und Servietten, Hemden, Hemden und Blousen,
Vorgebe, Jäcken und Julets, Gardinen, Planelle und Teppiche
in großer Auswahl zu billigen aber festen Preisen.
Siegbert Schwerin, Berlin, 90 Landsberger-
Strasse 90, I Et.

Homöopath. Arzt Dr. Hoeseh, Linienstr. 140, 8-1-
5-7, Sonntags 8-10, f. Brust-, Unterleibs-,
Frauen-, Kinder-, Haut-, Nervenkrankheiten
Poliklinik Linsenstr. 17, 2-3 Uhr. 3000/2

Einsegnungs-Anzüge
unerreichbar an Güte, Billigkeit, Façon
und in tausendfacher Auswahl von 8, 10, 12, 15, 18,
20 Mk. Pracht-Exemplare 22, 24, 25 Mk.
Herbst- und Winter-Paletots
in reichster Auswahl und neuesten Façons bei uns
nur 10, 12, 15, 18, 20, 22, 24 Mk., die hochfeinsten,
auch mit Seide gefüttert, 25, 27, 30 Mk.
Jaquet- u. Rockanzüge in den
neuesten Modern, unter Garantie reicher Waare,
jezt nur 12, 15, 18, 20, 22, 24, 27 Mk., Pracht-
Exemplare 30, 33, 36 Mk. 3033/2

**Goldene 110, Leipziger-
strasse 110**
Dieses Panelsofa mit Teppichdecken
u. Velour Plüsch-Einfassung, Höhe 140 cm,
Breite 190 cm, 85 Mark.
Wohnzimmer-Sofas
von 25 Mark 33 an.

Möbel. Möbel.

In den neu erbauten großen Salen Neue Schönhauserstr. 2 (früher Rosenthalerstraße 13), Seitenflügel u. Übergänge, erste u. zweite Etage, dicht an Hofischen Markt, werden neue u. verlebene gemessene elegante u. einf. Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft; für Brautleute und zum Umzug ganz besonders geeignet: Kuchentische, Mahagoni- und Eichen-Schreibtische, 10, 12, 14, 16, 18, 20, Kommoden 16, Bettstellen in Matratzen u. Keilissen 21 M., französische, formierte Kuchentische in Sprungfeder-Matratzen u. Keilissen 48, Truhen 58, elegante Klischee u. Stoff-Garnituren 70, 105 Mark, Herren-Schreibtische, Damen-Schreibtische, Sophas mit Sitz- und Fußbank 33 M., Spiegel in allen Größen u. Arten, Ankleidebüchse, Kristallleuchten, Garderoben-Spindeln, alle Arten Küchenmöbel etc. Auch gebe ich Einrichtungen auf Tischplatten, Beamten mit ganz geringer Anzahlung. Gelaufte Möbel können beliebig Zeit stehen bleiben u. werden durch eigene Bedienung transportiert u. aufgestellt.



Kompl. Federbett, groß, u. neuen Federn, Bettstelle, Matratze u. Keilissen, alles zusammen 23.-. Dasselbe feiner 33.-, 43.-, 63.-, 73.- u. höher. Betten-Fabrik Stand 10.-, 11.50, 18.-, 30.- bis allerfeinste. Stößen der Betten auf Wunsch im Betteln der Käufer. Bettstellen, deutsche u. englische, für Erwachsene u. Kinder. Polster-Bettstellen, Chaiselongues, Matratzen-Fabrik, Kinderwagen, Kleinen auswahl, hochmodern 10.-, 16.-, 20.- bis allerfeinste. Kinderwagen, Puppenwagen, Preisabgabe nach Vereinbarung gestattet. Amt III 5281.

Kinderwagen u. Schlafmöbel-Parasol Baby. I. Invalidenstr. 100, n. d. Markthalle. II. Alexanderstr. 44 (Kranenberglage). III. Draniensstr. 70. Ecke Domänenstrasse. IV. Reindensdorferstr. 2 D-E. V. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 22 I. Für Kinderwagen-Verkauf nur Invalidenstr. 100.

Große vorräthige Teppiche!! Portièren!! Gardinen!! Steppdecken!! ersichtlich billig. Teppich-Haus Emil Lesèvre, Berlin S. Draniensstr. 158. Prachtkatalog mit bunten Teppich-Illustrationen, sowie circa 200 Gardinen- und Portièren-Abbildungen in künstlerischer Ausführung auf Wunsch gratis und franco! 29942* Größtes Teppichhaus Berlins.

Kinderwagen-Parasol Max Brinner, Arenalenerstr. 42, Brunnenstr. 6, Dresdenstr. 16. Ganzjährige Auswahl von Kinder-, Sport-, und Puppenwagen, dieses Habitar, billig. Wasserbuch gratis u. franco. Theilzahl gestattet.

Reelle Bedienung! Elegante Passform!

Baer Sohn

24a Chausseestrasse 24a. 11 Brückenstrasse 11. 16 Gr. Frankfurterstr. 16.

Fabrikation im grossen Maassstabe.

Streng feste, sehr billige, in Zahlen gezeichnete Preise.

Eröffnung der Winter-Saison.

- Winter-Paletots,** weicher Double, in schönen glatten Farben, mit warmem Futter, 25.- 20.- 18.- 12.- **10 Mk.**
- Festtags-Anzüge,** Diagonal und Cheviots von elegantem Stoff u. guter Verarbeitung, 30.- 25.- 20.- **18 Mk.**
- Winter-Paletots,** Erminer, Cheviots, Floconné in prächtiger Auswahl mit eleg. Futter, 45.- 35.- 25.- **21 Mk.**
- Festtags-Anzüge,** Kammgarn, Kammgarn-Cheviots u. elegant durchwirkte Stoffe, 50.- 45.- 40.- 35.- **25 Mk.**
- Winter-Paletots,** Prima Götting, Rafé, Diagonal u. f. w. in hochf. Ausführung, 55.- 50.- 45.- 40.- **36 Mk.**
- Gehrock-Anzüge,** zweireihige, lange Tragart, mit vorzüglichem Schnitt, 60.- 50.- 40.- 35.- **33 Mk.**
- Hohenzollern-Mäntel** mit großer, weisfarbiger Hoden-Pelzlinie, in feinen Ausführungen, 65.- 60.- 50.- 45.- 30.- 25.- **21 Mk.**
- Toden-Joppen** mit warmem Futter, in enormer Auswahl, 18.- 15.- 12.- 9.- **6 Mk.**
- Winter-Hosen,** Schwere Belour-Waaren - Besondere Leistungsfähigkeit. 6.- 5.- 4.- **3 Mk.**
- Einsegnungs-Anzüge** Kammgarn, Kammgarn-Cheviots, Satin, Nips etc. Je nach Größe und Qualität, 27.- 24.- 21.- 18.- 15.- 12.- **9 Mk. 50**

Erstklassige Kinder-Anzüge, Knaben-Mäntel, Säuglings-Mäntel. Falls obige Angebote ausverkauft sind, wird Ersatz oder Neuankündigung ohne Preis-Ausschlag gewährt.

Moderne Maass-Anfertigung. Einfacher, mittlerer und sehr vornehmer Geschmack.

HERREN- u. KNABEN-Bekleidung.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends: Verkauf von frisch gef. Fleisch. Verwaltung der Kochanstalt Stadt, Schlachthof

Speck, letter à Pfd. 35 Pf., 5 Pf. 50 Pf., mager à Pfd. 70 Pf., 5 Pf. 50 Pf. Leberwurst à Pfd. 50 Pf., Thüringer Kochwurst à Pfd. 55 Pf., 11. Leberwurst à Pfd. 75 Pf., Braunschweiger Mettwurst à Pfd. 55 Pf., Westfälische Schinkenwurst à Pfd. 1.10 M., Cervelat- und Solamiwurst à Pfd. von 85 Pf. an. Vorder-Schinken im ganzen à Pfd. 43 Pf., Echter oppressischer Land-Schinken à Pfd. 90 Pf., Delikat-Schinken ohne Knochen à Pfd. 1.05 M., Feinster Koch-Schinken à Pfd. 1.35 M., Blasen-Schinken à Pfd. 90 Pf. Ernst Klähn, Köpnickstr. 163, IV, 6151.

Otto Wetzels & Co. Schuhwaaren-Fabrik.

Wir bringen dem geehrten Publikum zur Kenntniß, daß wir unsere ersten Verkaufshäuser 32 Landsbergerstraße 32 und 114 Brangelstraße 114 eröffnet haben und bemerken gleichzeitig, daß wir unser ganzes Produkt ohne Zwischenhandel zu festen auf der Sohle aufgestempelten Preisen abgeben. Wir empfehlen unser reich sortirtes Lager vom einfachsten bis zum feinsten Genre und garantiren bei unserem Fabrikat für gute Kernsohle, so auch für Lederbrandsohle und Lederkappe.



Tannin-Badekur

Berlin, Wallstr. 70, Ausbacherstr. 19, Paulstr. 32, wirkt geradezu Wunder! bei allen Haut-, Blut- u. Frauenkrankheiten, Nicht, Föchlas und jedem

Rheumatismus

sowie bei allen Folgen der Infuenza und Quecksilberkur, Verdauungsstörungen, Nerven-, Blasen- und Nierenleiden etc. Arzt im Hause. Pension für auswärtige u. schwerkrante Patienten.

Prospecte, Anschreiben Geheilte gratis u. franco. Auch werden die Ingredienzien zu meinen Bädern mit Gebrauchsanweisung per Duzend für 18 M. per Post versandt.

Bäder für Krankenkassen. Wo alles vergebens, helfen meine Bäder sicher. Bitte daher, einen Versuch zu machen.

Ersatz für Baderkur. Patienten, welche nicht nach hier kommen können, wollen sich brieflich an mich wenden.

Mittheilungen Geheilte.

Herr Kirchhoff, Inspektor Apel, Berlin, an der Sophienkirche, litt seit zwei Jahren an Kniegelenks-Entzündung und hatte furchtbare Schmerzen an den Füßgelenken. Das Ante wurde keif, so daß er in der Ausübung seines Berufes verhindert war. Nach vielen vergeblichen Kuren versuchte er es mit meinen Bädern. Durch 16 derselben war sein Leiden geheilt.
Herr F. Göhle, Fabrikbesitzer, Berlin, Wasserthorstraße 3, litt längere Zeit an Nicht und Bodagra. Nach Gebrauch von 26 meiner Loh-Tannin-Bäder war er vollständig geheilt.
Herr Kaufmann Maier, Berlin, Badstraße 21, litt seit einigen Monaten an Rheumatismus. 16 meiner Loh-Tannin-Bäder führten eine Beseitigung der Schmerzen und Geschwulst herbei, welche dauernd fortblieben.
Seit mehreren Jahren hatte Herr Rechnungsrath Gebringer, Potsdam, an heftiger Föchlas gelitten; nachdem sich Baderkur nach vergeblichen bekannten Kurorten als ganz zwecklos gezeigt hatten, ist genannter Herr nach Benutzung von 16 meiner Loh-Tannin-Bäder vollständig von seinem Leiden genesen.
Fräulein Marie Schneider, Berlin, Sophienstr. 14, welche lange Zeit an Malaria, Bluten und Bleichsucht gelitten, wurde, nachdem dieselbe mehrere Verzele konsultiert hatte, durch den Gebrauch meiner Loh-Tannin-Bäder in kürzester Zeit von ihrem Leiden vollständig geheilt.
Herr G. Jung, Berlin, Spidstr. 19, welcher 2 Jahre an Blasenkatarrh sowie Magenleiden litt, wurde nach Gebrauch von 32 meiner Loh-Tannin-Bäder vollständig wieder geheilt.
Herr Kanneberg, Gumtow bei Rerig, litt 8 Wochen an Föchlas (Küsten), welches so heftig antrat, daß er nur per Tracht zur Bade-Anstalt befördert werden konnte, welches Leiden mit 5 meiner Loh-Tannin-Bäder vollständig verschwunden ist.
Frau Bastian, Berlin, Kugelnbergstr. 72, litt 6 Monate an Rückenmarkleiden. Sie konnte nicht allein nicht gehen. Nach ca. 50 meiner Loh-Tannin-Bäder war das Leiden vollständig verschwunden.
Anfolge von zurückgetriebener Geschlechtskrankheit bekam ich nach Verlauf von 6 Monaten eine Drüsenanschwellung am Hals und bald darauf eine Geschwäre an Lippen und Wunden. Alle dagegen angewandten ärztlichen Gegenmittel halfen nicht, sondern die Krankheit kam immer wieder zum Vorschein. Ich versuchte es endlich mit den Münsel'schen Loh-Tannin-Bädern und kann wahrheitsgemäß bestätigen, daß nach 20 Bädern die Krankheit aus dem Hute heraus war. F. G. in Königs-Wusterhausen.
(Genau Adresse liegt in der Anstalt des Herrn G. Münsel)
Herr Kemner G. Vogt, Berlin, Beuststr. 55, I, rechts, litt zwei Jahre an einer Herzkrankheit. Viele Kräfte war vergebens. Circa 35-40 meiner Loh-Tannin-Bäder haben das Leiden vollständig beseitigt.
Herr G. Neumann, Postbeamter, Grambow bei Stettin, hatte eine unheilbare Nervenlähmung (Muskelschwund), so daß er sich nicht allein an- und ausziehen konnte, ihm nährte das Essen und Trinken gereicht werden. Nach circa 60 meiner Loh-Tannin-Bäder war das Leiden vollständig verschwunden.
Frau Hirschbach, Berlin, Märdenbergstr. 68, litt drei Jahre an Neuralgie (einseitigem Kopfschmerz), welches Leiden nach neun meiner Loh-Tannin-Bäder vollständig geheilt wurde.
Fräulein Böhle, Berlin, Bahstr. 2, hatte infolge eines Schlaganfalls die Sprache verloren, auch war die rechte Seite gelähmt. Die Wirkung, welche meine Loh-Tannin-Bäder bei dieser Patientin hatten, ist direkt wunderbar zu nennen; denn nach 17 Bädern hatte obiges Fräulein die Sprache vollkommen wieder erlangt, auch war die Lähmung fast gänzlich verschwunden.
Herr F. Boguslawski, Lokomotivführer, Arnswalde R.M., Bahnhofsstr. 34, heilte ich mit 24 meiner heilkräftigen Loh-Tannin-Bäder von einer hartnäckigen Schuppenflechte.
Herr G. Remus, Berlin, Albrechtstr. 22, hatte circa 10 bis 14 Monate lang einen schweren Blasenkatarrh und Nierenentzündung. Alle angewandten Mittel ohne Erfolg. 30 meiner Loh-Tannin-Bäder führten eine vollständige Heilung herbei, welches Leiden dauernd fort blieb.

Pluvinor-Pflaster

In den neuesten Geweben, à Meter 45 Pf., 60 und 75 Pf. Bessere Qualitäten auch in schwarz à Meter 80 Pf., 90 Pf., 1-2 Mt.

Hummer-Flanellen

20 Meter 7 Mark, prima Qualität 20 Meter 8.50 Mark, empfehlen Gebrüder Wolff, Berlin N., Invalidenstr. 134. Illustrierte Preisliste gratis und franco.

Eine Wohlthat

für Hausfrauen ist **Karol Weil's Seifenextrakt** die beste trockene Seife in Pulverform. Es erleichtert ihnen die Arbeit, schon die Wäsche und hält letztere jahrelang in bestem Zustande, da es kein Chlor oder andere ätzende Bestandtheile enthält. Einmal versucht, nie aus dem Hause gelassen. In allen Seifen- und Kolonialwaaren-Geschäften käuflich. Das vorzüglichste: **Karol Weil's „Karola“**. Liebungsseife der Damenwelt.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Stellung der Zentralbanken. — Die Deutsche Reichsbank. — Verstaatlichungsfrage. — Tendenz der Kapitalkonzentration in Bankwesen.

Zu unserer letzten volkswirtschaftlichen Rundschau hatten wir die Grundzüge des Bankgeschäftes, das Wesen des Giroverkehrs und der Banknotenausgabe und die ökonomische Bedeutung der durch die Banken repräsentierten Organisation des Kredits in kurzem Umriss zu veranschaulichen gesucht. Zum Schlusse war auf die eigentümliche Rolle der großen nationalen Zentralbanken, die mit dem Privileg der Banknotenausgabe ausgerüstet sind, hingewiesen. Wie die privaten Kunden der gewöhnlichen Banken in diesen die gerade überschüssigen Gelder hinterlegen, so werden — das ist wenigstens die Tendenz, der die Entwicklung der großen, staatlich privilegierten Zentralbanken zutreibt — die im laufenden Bankgeschäft überschüssigen Gelder von den privaten Banken als Deposita wiederum dem zentralen Bankinstitut zugesprochen, welches so die Fäden der bankmäßigen Kreditorganisation in sich vereinigt, zur Bank der Banken, zur Verwalterin des nationalen Bankgeschäftes wird. Die Politik der Zentralbank erhält dabei entscheidende Bedeutung für die gesammten mit ihr verbundenen Banken. Jede Heraushebung des Diskontsatzes, durch welchen das zentrale Institut seine Kreditgewährung vertheuert und erschwert, ebenso wie jede Herabsetzung, wird in allen Gliedern des eng verflochtenen Systems und darüber hinaus in den weiten Kreisen des auf den Kredit angewiesenen Geschäftsverkehrs gespürt. Eine rationelle Leitung des obersten Bankinstituts wird zum gemeinsamen, öffentlichen Interesse der bürgerlich-kapitalistischen vom Geldmarkt abhängigen Welt.

Der Gedanke, daß die zentrale, von dem Staate mit dem Recht der Banknotenausgabe beliehene Bank, deren Verhalten von so außerordentlichem Einfluß auf das gesammte Geschäftsleben ist, ein dem Interesse privater Aktionäre völlig entrückt Staatsinstitut sein sollte, liegt daher auch der rein bürgerlichen Auffassung sehr nahe. Wenn trotzdem in der großen Mehrzahl der europäischen Länder — und vor allen auch in den kapitalistisch am meisten entwickelten — die Zentralbanken auf privatem Aktienkapital begründet sind, und wenn diese ihre Konstitution von den bürgerlichen Parteien nicht wesentlich angefochten wird, so erklärt es sich nur daraus, daß die öffentliche Geschäftskontrolle, der die Führung der Zentralbanken unterworfen ist, im großen und ganzen ähnliche Garantien wie eine direkt staatliche Verwaltung bietet. Der moralische Druck genügt im allgemeinen, um eine direkte Schädigung der öffentlichen Aufgaben durch das private Dividenden-Interesse der Aktionäre der Zentralbank zu hintertreiben. Wie hatten uns dafür auf das Beispiel der Bank von England berufen.

— — — Wehnlich liegen die Verhältnisse in Deutschland. In Kürze wird sich, da der Vertrag mit diesem Institut für das Jahr 1901 gefündigt werden kann, der Reichstag mit der Frage der Verstaatlichung von neuem zu beschäftigen haben, aber es scheint nicht fraglich, daß die bürgerlichen Parteien in ihrer Mehrheit für die Fortführung des bestehenden Modus eintreten werden.

Das grundlegende Gesetz von 1875 war eine unmittelbare Folge der Einigung Deutschlands. Es war nur natürlich, daß sich damals alsbald das Bedürfnis regte, dem buntschiedigen Notenbank-System, das sich in allen Bundesstaaten verschiedenes herausgebildet hatte, ein Ende zu bereiten und das neugeschaffene einheitliche Münzsystem durch eine einheitliche, zentralisierende Regelung des Banknotensystems zu ergänzen. Konnte man auch die in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Notenbanken nicht ohne weiteres streichen, so wurde wenigstens die Gründung neuer verboten, und die bestehenden unterwarf man einer gemeinsamen Norm.

Die neue Reichsbank erhielt von vornherein eine alle die alten Notenbanken weit überragende Stellung, die sich äußerlich bereits darin ausdrückte, daß, während der Gesamtheit aller Notenbanken (mit der Reichsbank zusammen 55 an Zahl) eine steuerfreie, metallisch ungedeckte Banknotenausgabe von 885 Millionen Mark gestattet wurde, der auf die Reichsbank entfallende Anteil allein mit 250 Millionen besetzt wurde.

Seinem ganzen Bau nach war das neue Institut ein Mittelglied zwischen privater Aktien- und Staatsbank. Das Grundkapital von 120 Millionen wurde durch Aktienzeichnungen aufgebracht; aber die Aktionäre, deren Vertretung der Zentralausschuß ist, haben in der Leitung und Verwaltung der Bank nur eine beratende Stimme; die ausschlaggebende Entscheidung liegt bei dem Reichsbankdirektorium, einer staatlichen Behörde, die dem Reichskanzler untersteht.

Nach dem Gesetz sollen die Geschäfte der Reichsbank vor allem darin bestehen, daß sie Edelmetall und Münzen kauft und verkauft, besonders gut gesicherte Wechsel von höchstens 3 Monaten Verfallzeit diskontiert, kurzfristige Darlehen gegen sicheres Wertpapierpfand gewährt, verzinsliche und unverzinsliche Gelder im Depositengeschäft und im Giroverkehr annimmt und Einlassungen wie Geldausgaben für Rechnung ihrer Kunden besorgt. Die Mittel, die ihr zur Ausführung dieser Zwecke zu Gebote gestellt wurden, waren das Grundkapital von 120 Millionen und das Privileg der Banknotenausgabe.

Banknoten sind aber eine besondere Art von Schuldverschreibungen, die eine Bank auf sich selber ausstellt. Kauft sie Wechsel mit Banknoten oder zahlt sie die von ihr geforderten Lombardvorschüsse in Banknoten aus, so gewinnt sie Diskonto und Zins, ohne darum das Baargeld, über welches sie verfügt, festzulegen. Der Wechselverläufer oder der Vorkaufnehmer sind mit dieser Art der Zahlung zufrieden, wofür eben nur Sicherheit besteht, daß die aufgestellten Banknoten jederzeit an der Bankkasse gegen bares Geld umgetauscht werden können. Diese Sicherheit aber beruht natürlich darauf, daß die Bank jederseit eine genügende Baarschaft übrig behält, um die aus der Zirkulation zurückziehenden, an der Bankkasse präsentierten Noten sofort mit Geld einlösen zu können. Wie groß die Baarschaft im Verhältnis zur Notenausgabe sein muß, um unter allen Umständen die Zahlungsfähigkeit einer Notenbank aufrechtzuerhalten, darüber giebt es natürlich nichts wie eine allgemeine Regel, das hängt in jedem Falle von den besonderen Umständen ab. So haben sich z. B. die mechanischen Bestimmungen der englischen Peel's Acte vom Jahre 1844, wonach die Bank von England für jede Banknote, die sie über einen gewissen gesetzlich fixierten Betrag hinaus verausgabte, volle Baardeckung halten mußte, in keiner Weise bewährt.

Die Bank bedurfte ihrer zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit nicht, und die Bedürfnisse des Handels gar erwiesen sich als gänzlich unverträglich mit einer plötzlichen Einstellung der bankmäßigen Kreditgewährung, wie sie in der Konsequenz jener volle Baardeckung verlangenden Bestimmung lag. In den kritischen Momenten, wenn die Kreditansprüche an die Bank sich derart steigerten, daß die von dem Gesetz erlaubte Notenmenge nicht mehr hinreichte, wurde das Gesetz, um eine gewaltsame Erschütterung des Kreditverkehrs zu vermeiden, denn auch regelmäßig suspendiert, der Einkauf von Wechseln durch die Bank, der wichtigste Zweig ihrer Kreditgewährung, ununterbrochen fortgeführt. Par den Diskontsatz, d. h. den Zinsbetrag, den sich die Bank beim Kaufe von Wechseln berechnete, erhöhte man, um durch Vertheuerung der Kreditgewährung die an die Bank gestellten Ansprüche zu erschweren und einzuschränken und die im Wechselkauf ausgegebene Notenmenge nicht allzu hoch über den vorhandenen Baarschatz anschwellen zu lassen.

Die Bestimmungen des deutschen Reichsbankgesetzes finden den in England gemachten Erfahrungen nachgebildet. Wir erwähnten bereits, daß die Banknotenausgabe, die von der Reichsbank und der Gesamtheit der übrigen Notenbanken steuerfrei ohne Baardeckung verausgabt werden darf, durch das Gesetz festgelegt ist. Eine Ueberschreitung dieser Summe ist indessen erlaubt, nur muß von dem Ueberschusse eine fünfprozentige Steuer an das Reich entrichtet werden. Die Reichsbank kann also von vornherein plötzlich hochgestiegenen Kreditansprüchen des Handels mit ihrer Banknotenausgabe nachkommen, und sich — das war auch die Absicht des Gesetzgebers — wenn das steuerfreie Kontingent überschritten wird, durch eine Erhöhung des Diskontsatzes schadlos halten. Die Steuer war als eine Art Zwang zur Diskont-Erhöhung in Zeiten hoch gesteigerten Kreditbedarfs gedacht, doch hat die Reichsbank in den wenigen Fällen, wo sie die Grenze überschritt, nur selten zu dem Mittel der Diskont-Erhöhung gegriffen. Im Durchschnitt bleibt ihre ungedeckte Notenausgabe bedeutend hinter dem im Gesetz vorgesehenen Maße zurück.

Jene Schranke, die der Reichsbank als Banknoteninstitut gezogen worden ist, hat sie aber durch eine rasche und glänzende Entwicklung des Giroverkehrs der Sache nach überwunden. Unter den Geschäften, welche das Gesetz der Bank anweist, ist ausdrücklich die Annahme von verzinslichen und unverzinslichen Geldern im Depositengeschäft und Giroverkehr hervorgehoben, ohne daß aber irgend etwas über die für diesen Theil des Kreditgeschäftes notwendige Baardeckung vorgeschrieben wäre. Da die Banknotenausgabe durch die Steuerbegrenzung eingeschränkt war, lag es also außerordentlich nahe, den Wirkungsbereich der Reichsbank vornehmlich durch die Vermittelung des Depositengeschäftes und Giroverkehrs auszuweiten. Die Schuldverbindlichkeiten, die der Bank aus der verzinslichen und unverzinslichen Uebernahme fremder Kapitale in diesem Geschäftszweige erwachsen, verlangen natürlich ebenso wie die durch Banknotenausgabe eingegangenen Schuldverbindlichkeiten das Vorhandensein einer Baarschaft, aus der die an die Bank heranretenden Geldforderungen befreit werden können. Aber da nur über die Baardeckung der Noten und nicht über die der Giroguthaben beschränkende gesetzliche Bestimmungen getroffen sind, ist die Bewegungsfreiheit der Bank durch diese Erweiterung ihres Geschäftskreislaufes faktisch wieder hergestellt. Nur so konnte sie, ganz Deutschland mit einem dichten Netz von Zweigstellen überziehend, ihre gegenwärtige Stellung auf dem Geldmarkte erringen und die Kreditgewährung, im wesentlichen ungehindert durch die Steuerbegrenzung, ausüben. Vielfach ist bereits die völlige Befreiung der Steuerbegrenzung, die nur als ein unbegründetes, durch die Erfahrung widerlegtes Mißtrauensvotum gegen die Bankleitung erscheine und ohne jeden realen Werth sei, gefordert worden.

— — — Ein näheres Eingehen auf die Organisation des Giroverkehrs durch die Reichsbank, das Zusammenwirken von Girogeschäft und Banknotenausgabe und die Diskontpolitik des Zentralinstituts würde hier zu weit abseits führen. Für die Stellungnahme zur Verstaatlichung der Reichsbank sind andere Gesichtspunkte ausschlaggebend. Das Bankgesetz von 1875 hat von vornherein die Ueberführung der Reichsbank in das Staatseigenthum ins Auge gefaßt. Nicht nur, daß die Verwaltung in die Hände von Staatsbeamten gelegt wurde, der Staat erhielt das Recht, im Jahre 1891 und von da ab von 10 zu 10 Jahren den Vertrag mit den privaten Aktionären der Reichsbank zu kündigen und ohne Aufgeld durch einfache Herauszahlung des Grundkapitals und der Hälfte des Reservefonds die Bank zu seinem Eigenthum zu machen. Auch wurde von Anfang an dem Reiche eine Antheilnahme am dem Gewinn der Reichsbank zugesichert; wenn dieser 4 1/2 pSt. übersteigt, entfällt die Hälfte des Ueberschusses (nach Abzug einer für den Reservefonds bestimmten Summe) an die Reichskasse, bei besonders hohem Ertrage ein noch größerer Anteil. Im Jahre 1891, als der Vertrag zum ersten Male kündbar wurde, ist der Gewinnanteil des Staates vom Reichstag um ein Weniges erhöht, die Ueberführung der Reichsbank in Staatseigenthum jedoch abgelehnt worden. Handel und Verkehr waren mit der bisherigen Geschäftsführung des Instituts völlig zufrieden und wünschten daher keine Aenderung. Für die Verstaatlichung stimmte nur die agrarische Rechte und die Sozialdemokratie.

Selbstverständlich konnten unsere Vertreter von der Verstaatlichung keinen unmittelbaren Nutzen für die Sache des Sozialismus erwarten. Aller Voraussicht nach wären die Bankgeschäfte, wenn der Staat zum Eigentümer des Kapitals avancierte, in der bisherigen Weise fortgeführt worden; oder wären Veränderungen in der Geschäftsführung eingetreten, so sicherlich solche, an denen das Proletariat nicht das geringste Interesse gehabt hätte. Andererseits aber bedeutete die Verstaatlichung die Aufhebung eines privaten Privilegs, durch welche das Reich jährlich einige Millionen gewonnen haben würde, und lag, das ist die Hauptsache, im Sinne des sozialistischen Programmes. So wenig eine Staatsbank unter den augenblicklichen Verhältnissen bedeutete, so bedeutungslos konnte sie in einer ferneren Zukunft für das Ziel, dem die Sozialdemokratie zustrebt, werden. Das Bankwesen ist einer der Haupttheile moderner Produktion. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel, von welcher die Sozialdemokratie die Emanzipation der Arbeiterklasse erwartet, schließt aber als eine ihrer Voraussetzungen in sich, daß die Gesellschaft sich auch der großen Kreditorganisationen, die unentbehrliche Zwischenglieder in Handel und Produktion geworden sind, bemächtigt. Das Eintreten für die Verstaatlichung war so zugleich eine Demonstration für die Zukunftsideen der Sozialdemokratie.

Es ist nun aus Parteikreisen heraus die Frage aufgeworfen, ob nicht die prinzipielle Gegnerchaft, in welcher wir zu dem Agrarierthum stehen, und, wenn jetzt wiederum über die Verstaatlichung der Reichsbank entschieden werden soll, eine andere Stellungnahme aufzuzubringen. Die Agrarier sind es in der That, von denen auch jetzt wieder die Agitation für die Verstaatlichung ausgeht. Was sie von einer verstaatlichten Reichsbank für sich erwarten, ist gelegentlich von ihnen selbst mit aller Deutlichkeit ausgesprochen. Nicht eine vervollkommnete Banktechnik, sondern im Gegentheil den Bruch mit allen früher bewährten Banktraditionen zugunsten der kreditbedürftigen Landwirtschaft; die Wechsel der Gütsbesitzer sollen bei der Reichsbank möglichst bequem Unterschlag finden, auch wenn dieselben nur mit einer Unterschrift versehen sind und 1/2 bis 3/4 jährige Verfallzeit haben. Auf Sicherheit und Flüssigkeit der von der Bank gemachten Geldanlagen, sowie auf die Beherrschung des gesammten Geldmarktes kommt es weniger an, als darauf, daß die verstaatlichte Reichsbank den ihr mit allen anderen Staatsinstitutionen gemeinsamen Verfall entdecken soll: der Landwirtschaft zu helfen.

Doch das sind aller Voraussicht nach nur Illusionen. Was auch der Zickzackkurs an Unbegreiflichkeiten geleistet haben mag, daß ist dem doch von ihm zu erwarten, daß er von einem so gefährlichen Spiele sich fernhalten und die Bank, auch wenn er das Eigentumsrecht an ihr erwirbt, in der bisherigen Weise weiterwirtschaften lassen wird. Es bliebe dann alles beim Alten, die Agrarier wären die Dämonen, und die Sache würde schließlich auf einen hässlichen Janz zwischen Regierung und Grundbesitz hinauslaufen, der sehr erreglich werden könnte. Angenommen aber den unwahrscheinlichen Fall, daß die Regierung zu allerhand agrarischen Kreditabteuern die Hand böte und schließlich so weit ginge, den Kredit der Reichsbank dadurch ernstlich zu gefährden — sind wir die Hüter dieses Kredits? Oder haben wir sonst Ursache, einen solchen Ausgang unerschrocken zu finden? Es gäbe wenig, womit sich die Regierung vor dem Bürgerthum so wirksam blamieren, womit sie den matten bürgerlichen Krieg gegen das Agrarierthum zu einer heller loderbenden Flamme entfachen könnte, als dadurch, daß sie das Allerheiligste, die Grundlage des ganzen Kreditwesens, freventlich antastete. Das Mißgelingen einer solchen Bankpolitik wäre politisch der beschleunigte Bankrott der Junkerherrschaft.

In beiden Fällen würden sich die Agrarier gründlich verrechnen; und angenommen selbst, es fände sich eine Art von Mittelweg, auf dem die Reichsbank ohne wesentliche Erschütterung ihre Kreditgewährung an die Landwirtschaft erleichtern könnte, so würde das dem hypothetisch verheulenden Junkerthum auch noch so gut wie gar nichts helfen. Der Schuld drückt es auf einer anderen Stelle.

Welche Eventualität man auch immer ins Auge faßt, eine wirkliche Verstärkung der agrarischen Position ist von der Verstaatlichung der Reichsbank in keinem Falle zu erwarten, viel eher noch eine Verwirrung, ein Aufeinanderplayen der Gegensätze, die den oppositionellen Parteien zu gute kommen muß. Das Eintreten der Agrarier für die Verstaatlichung darf uns daher in unserer, dem allgemeinen Sinne unseres Programms entsprechenden Stellungnahme nicht erschüttern. Eine Politik der Kreditexperimente, sollte sie überhaupt zu befürchten sein, würde sich bald gegen die Urheber selbst kehren.

— — — Die Verstaatlichung der Reichsbank, die heute schon ohne alle ökonomische Schwierigkeiten zu bewerkstelligen ist, hätte nur den Sinn eines wegweisenden Zeichens für spätere Entwicklungen. Auf wenigen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens vollzieht sich die Bewegung der Kapitalkonzentration mit solcher Behemung wie gerade im Bankwesen. Mit der privilegierten Reichsbank zusammen sind die mächtigen Effektenbanken des Deutschen Reiches wetteifernd in die Höhe gewachsen. Ohne jedes Privileg, nur gestützt auf ihre zunehmende Kapitalmacht, haben sie die Sphäre ihres Einflusses dauernd erweitert. Erst im vorigen Monat machte z. B. wieder die Deutsche Bank einen großen und entscheidenden Vorstoß. Das Aktienkapital dieser Privatbank wurde von 100 auf 150 Millionen Mark erhöht, eine Summe, um 90 Millionen größer als das Kapital der Reichsbank. Einer der Gründe für die Erhöhung war die Vereinigung zweier großer Provinzialinstitute, der Bergisch-Märkischen Bank und des Schlesischen Bankvereins mit der Deutschen Bank. Der „Deutsche Oekonomist“, ein spezifisches Börsen- und Bankblatt, meint, daß damit der Betriebsumfang der Deutschen Bank der größte auf der ganzen Welt geworden sei. Im Anschluß an dieses Ereigniß schildert er die allgemeine Kapitalkonzentration der Bankkapitale und die Tendenz, die die Bewegung zutreibt: „Fort und fort gelangen Anerbietungen von Privatbankiers an die Aktienbanken, ihre Geschäfte zu übernehmen. Auf Seite der Aktienbanken waren es zunächst die größeren Provinzialinstitute, welche mit hauptstädtischen Banken verschmolzen wurden; in weiterem Verlauf werden noch die kleineren Provinzialbanken an die Reihe kommen, mit den großen Instituten des Zentralplatzes Berlin fusionirt zu werden. Die weitere Entwicklung in der Richtung der Zentralisation scheint unabwendbar, aber (seit das ökonomisch-liberale Blatt sehr charakteristisch hinzu) wir können nicht sagen, daß sie uns gefällt.“ Denn aus dem Monopol ergeben sich nothwendig Schädigungen des Publikums und damit der Ruf nach Verstaatlichung dieser auf dem Boden der freien Konkurrenz ausgewachsenen Kreditkolosse. „Man mag dies, heißt es weiter, im Bankwesen heute noch als eine grundlose Beschränkung, als eine bloße Phantastie ansehen, aber wir behaupten doch: Das Ende der heutigen Konzentration aller Betriebe im Bank- und Verkehrswesen und in der Industrie ist die Verstaatlichung, gleichviel, ob dieselbe unversehentlich e letzte Ziel in einer längeren oder kürzeren Reihe von Jahren erreicht wird. Die Verstaatlichung in solcher Umfange ist der Staatssozialismus.“ Wenn die Bewegung so mit Riesenschritten auf dem freien Bankmarkt vorwärts eilt — und der mancherseitliche „Oekonomist“ ist sicher ein unwiderstehlicher Zeuge — dann sollten wir, wenn es einwirken auch eine bloße Demonstration ist, vor der Verstaatlichung der Reichsbank durch den agrarischen Arian uns zurückschrecken lassen? Jehn Jahre, eh' der Vertrag von neuem kündbar wird, sind eine lange Zeit, da kann sich viel geändert haben. Wer weiß, ob die Gelegenheit sich dann im gleichen Maße günstig wieder bieten wird? C. S.

Öffentliche Oeffnung über die bei der städtischen Haupt-Stiftungskasse für die durch Unwetter Geschädigten Deutschlands eingegangenen Beträge.

(Fortsetzung.) Ertrag der Sammlung durch Bankstellen in dem Steuer-Erheber-Revier Nr. 19, 817,25. Durch die Bank für Handel und Industrie 630.—, Brunelias u. Co., Frankfurt a. M. 500.—, Keller, Geh. Baarsatz 100.—, Krause u. Veidt, Cassel 30.—, Durch die Reichsbank für die in Schwert 472.—, Peters, Betermarath 10.—, Wärensprung u. Ehlers 20.—, H. R. R. 3.—, Erdelz, Ober-Bamberg 20.—, Giese, Ober-Rheinhardt 10.—, H. v. Wilsberg 10.—, H. R. 20.—, Ungenannt 10.—, Nitzner, Rechtsanwalt 10.—, Stadler, Pastor 10.—, Spitta, August 50.—, H. Peters 6.—, H. Weimar 10.—, H. R. 3.—, Junze 15.—, Frau Branno 20.—, Wäntler, Cäcilie 10.—, Schiel 2.—, H. R. 6.—, St. 3.—, Frau v. Wippenhoff geb. v. Loosow 15.—, H. R. 5.—,

H. R. 5.—, Du abut es nicht 5.—, Ungenannt 5.—, H. R. 10.—, Seneke, G. 2.—, Frau v. Läden geb. v. Mierheim 20.—, Pöbbe, Rentner 40.—, Sahn, Hof-Konzertmeister 10.—, W. Lamm 10.—, O. R. 20.—, H. R. 5.—, Rischauer, A. 10.—, H. R. 2.—, H. R. 2.—, H. R. 10.—, H. R. 10.—, Gebrüder Reibem 6.—, H. R. 2.—, H. R. 6.—, H. R. 1.—, S. B. 20.—, Bode, D. 5.—, Algen. Elektricitäts-Gesellschaft 3000.—, Kastenau, General-Director 500.—, Dohm, F., Schuldner 5.—, Mohr, Schiedsmann, in Sachen Wille kontra Neuvendorf 3.—, Stadtgemeinde Werra 4000.—, Ertrag der Sammlungen in Werra für Schützen und Saisler 5086,53. Durch das Postamt I Hohenlimburg: Sammlung des Antmanns Panke in Hohenlimburg 2500.—, Stadtgemeinde Stahfurt 100.—, Stadtgemeinde Bromberg 6000.—, Stadtgemeinde Salzweil 600.—, Ortskomitee in Hirdorf, als 6. Rate 1000.—, Redaktion der „Neuen Strittiner Zeitung“, Strittin, als 6. Rate 1000.—, Högow, Hermann 100.—, Sammlung des Kladderadatsch 295,30. Bezirksverein Roßitz 20.—, Engelst. Rhodius, Kaufmann, Kurfürststr. 50 300.—, Richter, Wilhelm, Theaterdirector 10.—, Ertrag der Sammlung durch Bankstellen im Steuererheber-Revier Nr. 7 1354,31. Expedition der „Anslamer Zeitung“, als 5. Rate 310.—, Expedition des „Kreidblatt“ in Schöbelheim, 4. Rate 150.—, Gemeindefalle Wilda 300.—,

Durch Prediger Hirschberg, Sammlung der Kirchengemeinde Schöpsdorf bei Oberwalde 28.—, Redaktion des „Altenaer Kreisblatt“, Altena i. Westf. 99,30. „Gesellschaft „Erholung“ in Saalfeld 100.—, Udermühlbacher Courier in Grenzau, gesammelt im Dorfe Debelow bei Grenzau i. V. R. 84.—, Schwarz, Karl, Bismarckstr. 5a, 100.—, Stämmlich, Axel 25.—, Angestellte und Inhaber der F. D. Weidinger'schen Stellungen 14.—, Frau Wreder, Agnes 10.—, Wreder, Edith 3.—, Wreder, Axel 0,50. Walter, F. G., Königbergerstr. 26/27, 10.—, Gemeinde Ostramondra 5. C. Köhler 50,67. Rännegefangenverein „Germania“ in Reetz durch die Postagentur Reetz bei Stiesberg i. W. 79,05. Gemeindefalle Zeperoda nur für Schützen 100.—, Stadtgemeinde Galbe a. Saale 1000.—, Von dem Männer-Verein in Galbe a. S. gesammelte Beiträge 12,00. Frau J. Treuberg, Witzgrabenstraße 100, 5.—, Julius Bisher, Unter den Linden 8, 100.—, Frau Paula Fabian in Graudenz 3.—, Ertrag der Sammlung durch Hausstätten im Steuererheber-Revier Nr. 61 544,20. Stadtgemeinde Galda 2000.—, Unterstufungs-Komitee zu Reu-Brandenburg 1000.—, Gesammelt bei Hermann Wühl, Zumbalderstr. 38 (50,25), für Schützen: Geburtsfeier am 9. August 1.—, Schloß 2.—, Haupt 2.—, Dinerse 65—Epieler 3,25. Fülle 1.—, Buchholz, A. 3.—, Garmatter, G. 3.—, Schulze, Paul 1.—, Winter

1.-, Chan, M. 2.- Hochhammer 2.-, Schlichting 1.-, Jung, G. 3.-, Südde 3.-, Städe, Jul. 2.-, Ertrag der Sammlung durch Hauslisten in dem Steuer-Erheber-Revier Nr. 3 1856,45. Rate des „Wochenblatts“ von Neuhaldensleben 400.-. Dahn, G. Professor, Friedrichshain 30.-, Neue Wache, Berlin 10,55. Beitrag der Stadt Samter 106.-. Beitrag der Stadt Hörter a. W. 300.-. 2. Rate der Dantsiger „Neuesten Nachrichten“ 164,45. Beitrag der Gemeinde St. Cajans, Polen 300.-. Beitrag der Stadt Gamen, Kreis Hamm 300.-. Viehiger und Verlach, Lehrer in Stolzenberg 3,80. Hausammlung der Gemeinde Rindorf, Kreis Rendsburg 20,05. Beitrag der Stadt Droffen 449,05. Ertrag eines allgemeinen Spielabends in Welle 76,50. Beitrag der Gemeinde Oberhedingen 100.-. Rate d. „Süderländer Volksfreund“ i. Verdoh 200.-. Stadtgemeinde zu Anklam, für Schlesien 500.-. Städte, Rud., Verlagsbuchhändler in Bad Harzburg, Ertrag eines arrangierten Wohlthätigkeits-Konzerts 461.-. Rippe, Viktor, aus einem scheidmännlichen Vergleich, für Schlesien 20.-. Berliner Elektrizitätswerke 2000.-. Durch das königliche Polizeipräsidium (1100,00): Reinhardt, Gastwirth, Ertrag eines Sommerfestes 67,40. Holland, Regierungs-Baumeister 20.-. Ratten, Bauinspektor 20.-. Dr. Zimmer, Bezirks-Vorsteher 10.-. J. W. Eggersmann, Blinde, durch den Schaafhäuserischen Bankverein 688,50. Beule, Restaurateur, Ertrag eines Konzerts in der Bismarck-Brauerei 285.-. Behrens, Feig, Kurfürstendamm 11 100.-. Kholz, Statistisches Bureau in Charlottenburg 10.-. Heitzel, Stadtverordneter 20.-. Bourlet, Stadt. Thierarzt 5,05. Delbrück, W., Professor, Berlin W 50 30.-. Bürgermeisterei Wendheim 400.-. 4. Rate des „Polemaler Anzeigers“ 340.-. Stadtgemeinde Wehlenfeld a. S. 1000.-. Sammlung des Landraths des Rheingau-Kreises Wagner, als 1. Rate 1300.-. Hilfskomitee zu Kassel, als 3. Rate 2000.-. Ertrag der Sammlung durch Hauslisten im Steuer-Erheber-Revier Nr. 53 542,45. Von der Teltower Kreis-Kommunalfasse als Ertrag der Sammlung im Kreise Teltow, 3. Rate 4280,78. Ertrag der Sammlungen durch Hauslisten: Im Steuer-Erheber-Revier Nr. 131 457,35, im Steuer-Erheber-Revier Nr. 49 635,05, im Steuer-Erheber-Revier Nr. 35 548,35, im Steuer-Erheber-Revier Nr. 102 1005,80, im Steuer-Erheber-Revier Nr. 38 363,65. Von der Expedition der „Berliner Zeitung“ und „Berliner Abendpost“ 108,10. Expedition des „Saxtoner Journal“ 717,56. Sammlung beim Königlichen der Schenkung der Haupt- und Residenzstadt Berlin 300.-. Durch die Gebrüder H. u. K. Müller in Langensfeld, Rheinland, Ertrag der Sammlungen aus der Bürgermeisterei Ronheim 417,55. Stadtgemeinde Dassel a. Harz 300.-. Gewerbeamt Berlin, in Sachen Feig kontra Zimmermann 6.-. Wagner, großherzoglich sächsischer Landammerrat in Güttersloh bei Triptis, Ertrag eines Wohlthätigkeits-Bajars der Volkswohlfahrts-Gesellschaft 340.-. Gemeindevorstand Gerzwalde i. U./M., eingezahlte Beträge 70,05. Kreis-Kommunalfasse zu Neuen, Sammlung aus den Ortschaften des Kreises Ost-Pravensland 6500.- und 815 Reichspost-Anhalten mit 32 286,53.

Wegen Uebernahme des S. HEINE'schen Waarenhauses, Chausseestrasse 14

Grosser Ausverkauf

sämmtlicher vorhandenen Bestände, bestehend in: Kleiderstoffen, Herren-, Damen- u. Kinderwäsche, Bettzeugen, Tischzeugen, Tücher u. Decken, Teppichen, Gardinen, Tischdecken, Damen- u. Kinderkleidern, Posamentier- u. Weisswaren, Normal-Unterkleidern, Jupons, Schürzen etc. zu spottbilligen Preisen.

Täglich eingehende **Saison-Neuheiten** ebenfalls sehr billig.

H. Stege.

Ungarwein

Fruchtweine

Cognac

Rum

Stonsdorfer

medicinisches, beste Qualität, 6 Literfische M. 2,10, 5 Literfische M. 9,25. Johannsbeer-Wein, weiß und rot, Geidelbeer- u. Stachelbeer-Wein, 6 Flasche (1/2 Liter) 75 Pf. - deutscher - 6 Literfische M. 2,10, 2,50, 3.-, Cognac fine Champagne, 1/2 Literf. à M. 3,50, 4,50, 5,50. anerkannt gut 6 Literfische M. 1,10, 1,60, 2,10 bei Entnahme von 5 Flaschen à Flasche 10 Pf. billiger. Vitfor, à Str. 1,20, 5 Str. 5,50. Echl. alt. Nordhänf. à 9 L. - 52 4,50 Pomeranzen, Ingwer, Wachholder, Getreide-Kümmel, à Liter M. 1.-. Einzelne Flaschen senden durch unsere Gespanne frei Haus. Eugen Neumann & Co., Berlin SW. 68. Fernsprecher: Amt IV. 9678. 23596. Detail-Verkaufsläden: Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV, 3679. - Neue Friedrichstr. 81. - Oranienstr. 190. - Genslerstr. 29. - Grüner Weg 56. - Kommandantenstr. 67. - Wilsdrufferstr. 25. Charlottenburg: Kaiser-Friedrichstr. 48. - Potsdam: Bäderstr. 7. - Sont 1. Oktober ab auch Schneberg: Hauptstr. 129.

Kauft Alle bei Heinrich Mull Nachflgr., Invalidenstrasse 160, unweit der Markthalle. Gutes Weizenmehl à Pfd. 15 Pf. Wiener Auszug Pfd. 18 u. 20 Pf. Roggenmehl Pfd. 13 u. 15 Pf. Kartoffelmehl, beides Pfd. 15 Pf. Reis Pfd. 15 Pf. Gramen Pfd. 15 Pf. Gerst Pfd. 15 Pf. Hirse Pfd. 15 Pf. Hafergrübe Pfd. 17 Pf. Ockerform Pfd. 18 Pf. Erbsen Pfd. 13 Pf. Bohnen Pfd. 15 Pf. Linsen Pfd. 15 Pf. Eiermittelnudeln Pfd. 35 Pf. Gebr. Gerste Pfd. 12 Pf. Gebr. Kaffee Pfd. 1 M. Thee, Päckchen 10 Pf. Kaffee Pfd. 1,10 M. Zucker Pfd. 25 Pf. Frankkaffee 25 Pf. Schokolade Pfd. 80 Pf. Schokolade, Päckchen 5 Pf. Rosinen Pfd. 30 Pf. Mandeln Pfd. 60 Pf. Citronat Pfd. 80 Pf. Vanille, Päckchen 30 Pf. Schnittkäse Pfd. 25 Pf. Backobst Pfd. 40 Pf. Sauerkohl 10 Pf. Marmelade Pfd. 25 Pf. Eingel. Früchte, Konerven, Pralinen, Bonia Pfd. 70 Pf. Spirit-Gläser à 20 Pf. Rohrkäse, Gewürze, Bonille, Stärke Pfd. 25 Pf. Vogelfutter Pfd. 15 Pf., get. Semmel Pfd. 15 Pf. etc.



Uhren, Gold- und Silberwaaren
Juwelen - Alfenide
MAX BUSSE Uhrmacher und Juwelier
BERLIN N., Brunnenstrasse 175, neben der Invalidenstrasse.

Der **Zod** ist ohne Gnade sicher allen Dingen sonnt deren Brut durch das sofort sicher tödtende „Concentrirte Wanzeng-Fluid“ in Flaschen zu 50 Pf., M. 1,00 2,00, 3,00 und 5,00. Sprig-Apparat 50 Pf. Verhindert dauernd jede Wiederkehr, durchdringt Lücken und Stoffe und zerstört alle Keime bis auf den letzten Rest. Hinterlässt nirgends Flecke. Ist überall anwendbar.

Der **Zensel** holt auf der Stelle alle Schwaben mit samt der ganzen Brut bei der geringsten Berührung mit „Poudre Martial“ in Päckchen zu 50 Pf., M. 1,00, 2,00 und das Pfund M. 4,00. Tödtet wie kein zweites Mittel absolut sicher. Einzig mögliche Anrothung u. totale Vernichtung. Garantie für radikalen Erfolg! Glänzende Anerkennungen bis aus den fernsten Ländern. Zu haben einzig und allein nur direkt bei **Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahn-Strasse 4.** gegenüber der Markthalle. Nirgends weiter! Alle Bestellungen sofort frei nach jeder Wohnung. Fernsprecher: Amt IV Nr. 3190.

Wegen Erfüllung, Gicht und Rheumatismus. **Loh-Tannin-, Heisstrockenluft- und Dampfkastenbäder mit Verpackung, Massage.** **Ritter-Bad, Bad Frankfurt,** 18 Ritterstr. 18 (alte Prinzenstr.) 136 Gr. Frankfurterstr. 136. Bäderlieferung für sämtliche Krankenhäuser Berlins und Umgegend.

A. Schulz, Möbel- und Polsterwaarenfabrik gegründet 1878. 2996L. Reichenbergerstrasse No. 5, zwischen Kottbuser Thor und Ritterstrasse. Sehr großes Lager bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen in Nußbaum und Mahagoni von 210, 300, 400, 500, 600, 800 bis 10000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung.

Sie kaufen Einsegnungs-Geschenke reell und am billigsten direkt **Goldwaaren-Industrie Belmonte & Co., Königstr. 22.** Einzelverkauf nur im Fabrikgebäude, Hof part. Beachten Sie unsere komplette Musterausstellung mit Original-Preisnotirung in dem prunkvollen Schaufenster vor dem Hause Königstr. 22. Silberne Uhren von 9 M. an. Unter Jähriger, schriftlicher Goldene Damenuhren von 16,50 M. an. Garantie für gutes und richtiges Gehen. Komplette Garnituren (Armband, Brosche u. Ohrringe) von 7 M. an. Massiv goldene Ringe, gefällig gestempelt, von 2 M. an. Verkauf nur gegen Cassa zu festen Original-Preisen, ohne Aufschlag für die übliche hohe Ladenmiete. da Einzelverkauf nur Königstr. 22, Hof part.

BLAS-ACCORDEONS Besten Noteninstrumenten mit in eigener Fabrikation. 1878. 2996L. 114. Grünrammgesch. Rolle, Sordoff vert. Hof. Wegener, Röhrenstr. 4. 14788

J. Baer, Berlin N., 30102. **nur Gesundbrunnen 26, Badstraße 26, Ecke Prinzen-Allee,** empfiehlt, wie bekannt, in reellster Ausführung und allerbilligsten Preisen. **Herren- u. Knaben-Garderobe, -Arbeitsachen.** - Anfertigung nach Maass. Gigante Patente und Mäntel. Gigante Einsegnungs-Geschenke.

Monopol-Cheviot!! Unsere bekannte Specialität **solid u. modern** bewiesen durch zahllose Empfehlungen. Liefern wir in schwarz, blau oder braun 3/4, Meter zum Anzuge für **10 Mark.** - Extra prima, 140 Centimeter breit, 3 Met. zum Anzuge **12 Mark, reine Wolle, echte Farbe.** Ferner **ESKIMO** in 6 modern. ganz neu Farben, eleganter gediegener Winterüberziehstoff **2 1/2 Meter für 12 Mark 75 Pfg.** Muster von diesen hervorragenden Specialitäten und allen anderen Herrenstoffen bis zu den hochfeinsten **speziell: Aachener prämierte Tuchwaaren** in überaus schönem Anwahl zu **bekannt niedrigen Preisen franco** an Jedermann. Abgabe jedes Maasses. **Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen No. 78.**

Trauringe reelle Dataten, ge- Kemp 890. 2 Datat. 22,50 M. 1/2, Datat. 17,50 M. Kronen- gold gestemp. 900. 7 Gramm 20,50 M. 5/4, Gramm 15,50 M. Alle anderen Goldwaaren ebenso reell. 2724b **Hugo Lemcke, Auguststr. 91** vt. nahe d. Oranienburgerstr. Begr. 1840.

Aluminium-Gebisse, Preis per Zahn inkl. Platte 4 Mark **Kautschuk-Gebisse** Preis per Zahn inkl. Platte 3 Mark. **Blonden** 1,50 M., Zahnziehen 1 M. Schmerzloses Ziehen eines od. mehrerer Zähne (Schlag- od. Chloroformanästhesie) im Beisteln eines Arztes 6 Mark. **Waldemar und Reinhold Haupt, Brunnenstrasse 18 II, Frankfurterstrasse 113 II.**

Zähne v. Mt. 2 an eventuell 2 Teilzahl. **Krau Olga Jacobson,** 63/11* Invalidenstr. 145.